Montag, 21. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr. Frankreich 6,00 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 Din. Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 67 - 12.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf 10 08 64. 4300 Essen 1 Tel 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 80 Esc Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Barschel: Über Verschiebung nochmals reden

DW./dpa, **Bonn/Hamburg**
Nur zwei Tage nachdem der Bundesrat abgelehnt hatte, die für den 27. April dieses Jahres vorgesehene Volkszählung um zwei Jahre zu verschieben, hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel gestern dafür plädiert, über eine Verschiebung der Volkszählung „unvoreingenommen noch einmal zu reden", wenn die Aufklärungskampagne in der Bevölkerung „nichts fruchtet". Barschel sagte im Deutschlandfunk, dieses Verfahren sei zwar kostspielig, die Daten wären jedoch nur eingeschränkt verwendbar, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung die Fragebögen nicht richtig ausfülle oder boykottiere. Eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Informatiker wird nach einer Meldung des Magazins „Der Spiegel" in den nächsten Tagen die bereits gegen das Volkszählungsgesetz eingelegten Verfassungsbeschwerden durch eine eigene Verfassungsbeschwerde unterstützen. Dies kündigte der Bremer Informatik-Professor Wilhelm Steinmüller an.

„Kürzungen gefährden US-Sicherheit"

dpa, **Washington**
Präsident Ronald Reagan hat der Demokratischen Partei seines Landes vorgeworfen, durch die von ihr verlangten Kürzungen im Verteidigungshaushalt die Sicherheit der USA aufs Spiel zu setzen. Am Wochenende sagte Reagan in einer Rundfunkansprache, Streichungen in Höhe von 163 Milliarden Dollar in den nächsten fünf Jahren würden das Land in eine Position „militärischer Verwundbarkeit" zurückversetzen. Für 1984 hat Reagan rund 238 Milliarden Dollar für das Pentagon angefordert. Die Demokraten wollen diese Summe um neun Milliarden kürzen. Abstriche werden aber auch von einer Reihe republikanischer Abgeordneter für unumgänglich gehalten. Reagan sagte, als er sein Amt angetreten habe, sei er „geschockt" gewesen, daß viele Schiffe und Flugzeuge wegen Treibstoff- oder Ersatzteilmangel sowie wegen fehlender Besatzungen nicht einsatzfähig gewesen seien. Inzwischen habe die Regierung bei ihrem Programm für „Frieden durch Stärke" wirkliche Fortschritte erzielt.

ZITAT DES TAGES



❟ Natürlich haben wir Stimmen von Arbeitern verloren – vor allem dort, wo sie schon ein Häuschen oder sonst ein bißchen Eigentum haben. ❞

Hermann Heinemann, Chef des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, gestern in Berlin.
FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Depot entdeckt

dpa, **Hannover**
In einem Wald bei der niedersächsischen Ortschaft Stadthagen (Kreis Schaumburg) ist ein ausgemauertes Depot entdeckt worden. Nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) in Hannover vom Freitag befanden sich darin Feuerlöscher und mehrere Plastikkanister mit einem bis dahin nicht identifizierten Inhalt. Später verweigerte das LKA jede weitere Auskunft. Feuerlöscher waren in der Vergangenheit von Terroristen mehrfach als Mäntel für Bomben verwendet worden.

Eine andere Republik?

dpa, **Mainz**
Einer der drei gleichberechtigten Landesvorsitzenden der rheinland-pfälzischen Grünen, Harald Paulitz, ist mit der Begründung zurückgetreten, im Landesverband setzten sich immer mehr diejenigen Kräfte durch, die „am Ende doch eine andere Republik" wollten. Paulitz sagte, sein Versuch, eine vernünftige und pragmatische ökologische Politik zu verwirklichen, müsse er als gescheitert ansehen. Die zukünftige Entwicklung der Grünen, auch ihr Verhalten im Bundestag, werde zeigen, ob er als Beamter überhaupt noch in dieser Partei bleiben könne.

Peking lehnt ab

AP/DW. **Peking**
Die Volksrepublik China hat nach Informationen japanischer Sozialisten einen Vorschlag der Sowjetunion zurückgewiesen, einen gegenseitigen Nichtangriffs- und Grenzsicherheitspakt zu unterzeichnen. Das Argument Pekings sei, ein solches Dokument wäre wertlos, solange Moskau starke Truppenverbände an der chinesischen Grenze stehen habe, Afghanistan besetzt halte und die vietnamesische Besetzung Kambodschas unterstütze.
Seite 6

„Gefährlicher Streit"

AP, **Bonn**
Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel ergt, die Friedenserziehung in den Schulen zum Thema der Ministerpräsidenten-Konferenz zu machen. In einem Interview mit Radio Luxemburg erklärte Vogel gestern, die Entwicklung, die sich nach dem parteipolitischen Streit zwischen Unions- und SPD-regierten Bundesländern in der Konferenz der Kultusminister abzeichne, müsse gestoppt werden. „Ich halte das Thema für zu wichtig, und ich halte die Grenzlinie durch die Bundesrepublik in dieser Frage für zu gefährlich", sagte Vogel.

WIRTSCHAFT

Polen: Schulden steigen

dpa/VWD, **Frankfurt**
Mit einer Erhöhung der polnischen West-Verschuldung um fünf Milliarden auf etwa 65 Milliarden Mark in diesem Jahr rechnet Hubert Gabrisch, Ostexperte des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg. Bis 1985 könnte die Verschuldung Polens sogar auf knapp 80 Milliarden Mark angewachsen sein, erklärte Gabrisch gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Dabei geht er davon aus, daß sich die Überschüsse im Westhandel bis dahin auf einem Niveau von 500 Millionen bis 700 Millionen Dollar pro Jahr bewegten und die Refinanzierungsquote bei den Zinszahlungen etwa 50 bis 60 Prozent betrage. Eine Umschuldung allein könne den Anstieg der polnischen Verbindlichkeiten nicht stoppen.

Nur 5,1 Prozent mehr?

pje. **Bonn**
Die Pflegekosten in den 3234 deutschen Krankenhäusern sind 1982 nach Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) nur um 5,1 Prozent gestiegen. Sie lägen damit nur um 0,2 Prozent über der für die Ausgabensteigerungen im Medizinbetrieb vorgegebenen Entwicklung der Grundlohnsumme (4,9 Prozent). Die DKG widersprach damit Berechnungen der Krankenkassen, nach denen die Kostensteigerung im Krankenhausbereich 1982 8,6 Prozent betragen habe.
Seite 4

SPORT

Neuer Weltrekord

DW. **Bonn**
Klaus Ostwald aus der „DDR" wurde in Harrachov (CSSR) neuer Weltmeister im Ski-Fliegen. Der Tschechoslowake Pavel Ploc hatte zuvor mit 181 Metern einen neuen Weltrekord aufgestellt. – Auf der Jubiläumstagung aus Anlaß seines einhundertjährigen Bestehens wählte der Deutsche Ruder-Verband (DRV) in Köln einen neuen Präsidenten. Nachfolger des Würzburger Claus Heß wurde Henrik Lotz aus Hanau.
Seiten 12, 13 und 14

WETTER

Unbeständig

DW. **Essen**
In ganz Deutschland bewölkt bis bedeckt, dabei gebietsweise schauerartiger Regen. Tageshöchsttemperaturen um 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte 5 bis 2 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest.

Heute in der WELT

In Bonn noch Kontroversen über Zwangsabgabe und Außenpolitik

FDP macht CSU für die Nichteinhaltung des Terminplans verantwortlich

ms/gil./hey, **Bonn**
Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP haben zwar in der Sachpolitik erhebliche Fortschritte gebracht, werden sich aber jetzt doch bis morgen hinzögern. Völlig unklar ist nach wie vor, ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in München bleibt oder ein Ministeramt in Bonn übernimmt.

Auch ein weiteres Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Strauß am Samstag abend hatte darüber keinen Aufschluß gebracht. Strauß will sich erst zum Abschluß der Koalitionsverhandlungen erklären. Strittig ist nach wie vor die Rückzahlbarkeit der Zwangsabgabe. Auch Kontroversen über die Außenpolitik werden erwartet. Ursprünglich sollten die Beratungen über das Koalitionspapier bereits am Wochenende beendet werden. Die FDP machte für die Verzögerung die CSU verantwortlich.

Ungeachtet des neuen Zeitplanes haben sich die drei Parteien unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl in weiteren wichtigen Fragen verständigt:

● **Rentenversicherung:** Durch indirekte Beitragserhöhungen und wiederum verschobene Rentenerhöhungen soll das System dauerhaft saniert werden. Es bleibt zwar dabei, daß 1984 der Rentenbeitrag bei 18,5 Prozent verharrt (also nicht auf 19 Prozent erhöht wird), aber auf Beitragszahler kommen höhere Lasten zu. So sollen die Sonderzahlungen während eines Jahres (Urlaubs-, Weihnachtsgeld etc.) „gezwölftelt" und dadurch voll beitragspflichtig werden.

Ein Beispiel: Wer 3600 Mark monatlich verdient und im Dezember ein 13. Gehalt bekommt, der stieß nur im Dezember an die Beitragsbemessungsgrenze (5000 Mark) und zahlte deshalb den Höchstbeitrag. Künftig soll die Sonderzahlung auf alle zwölf Monate verteilt werden. Sein beitragspflichtiges Einkommen betrüge also 3600 plus ein Zwölftel von 3600 (gleich 300) Mark, zusammen also 3900 Mark. Der Arbeitgeber muß ebenfalls entsprechende höhere Beiträge entrichten. Nicht berührt davon sind Kleinverdiener weit unterhalb der 5000-Mark-Grenze und solche, die bereits den Höchstbetrag zahlen. Freilich steigt mit dieser indirekten Beitragserhöhung auch der künftige Rentenanspruch.

SEITE 3:
Poker um Posten und Politik

Neben einigen Verschärfungen des Rentenrechts einigten sich die Koalitionspartner darauf, den Weihnachtsfreibetrag voll mit Sozialabgaben zu belegen (bisher sind noch 100 Mark von ihm abgabenfrei). Die künftigen Rentenerhöhungen werden magerer ausfallen. So sollen sich bereits die Erhöhungen 1984 an den Lohnerhöhungen von 1983 orientieren.

Ferner sollen die nächsten beiden Anpassungen nach jeweils 15 Monaten stattfinden (alternativ: nach 18 und 12 Monaten). Das bedeutet, daß (nach der Rentenerhöhung zum 1. 7. 1983) die übernächste am 1. 10. 1984 oder erst am 1. 1. 1985) in Kraft träte. Es bleibt beim steigenden Krankenversicherungsbeitrag der Rentner; er wird jedoch erst mit den Erhöhungen fällig.

● **Investitionsabgabe:** Die CDU/CSU bot der FDP einen Kompromißvorschlag an, über den sich heute Stoltenberg, Streibl und Graf Lambsdorff verständigen sollen. Die Kernpunkte: Die Abgabe dieses Jahres wird laut Gesetz voll an die Steuerzahler zurückerstattet. Für das Jahr 1984 werden drei Varianten angeboten. 1. Der Bund erhebt eine fünfprozentige Ergän-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Schlechte Zeichen

PETER GILLIES

Das Unvermeidliche hinauszuschieben läßt Entscheidungsschwäche vermuten. Daß die Partner des Europäischen Währungssystems (EWS) sich über eine verhältnismäßig normale Änderung der Wechselkurse zunächst nicht zu einigen vermochten und deswegen heute die Devisenbörsen schließen, ist ein schlechtes Zeichen für Europa.

Für einen Kaufmann ist es berechtigter Wunsch, angesichts der Fülle des Unkalkulierbaren wenigstens die Wechselkurse mit den wichtigsten Handelspartnern überschaubar zu halten. Den Schöpfern von festen Währungssystemen schwebte immer vor, wenn man den Austausch des Geldes festzurre, folge über kurz oder lang auch der Rest der Finanz- und Wirtschaftspolitik – zum Nutzen aller Mitglieder.

Das war stets ein Trugschluß. Was als Klammer für Europa gedacht war, erweist sich jetzt als ein Sprengsatz. Die ökonomischen Philosophien drifteten und driften so weit auseinander, daß das System der festgezurrten Kurse sie nicht zusammenzuhalten vermag. Korrekturen sind unvermeidlich.

Das Inflationstempo in Frankreich ist dreimal so hoch wie das deutsche. Dort versuchen Sozialisten mit dem Abwürgen der Marktkräfte Besserung zu erzwingen, hier entfaltet die Marktwirtschaft Stabilität und Vertrauen, gestützt zumal durch ein entsprechendes Wahlergebnis.

Grundlage von EG und EWS war nie, Inflation und Leistungsschwäche auf alle Mitglieder gleichmäßig zu verteilen, sondern der stete Zwang zu mehr Stabilität und mehr Effizienz. Den Erfolgreichen im Bunde als „arrogant" zu bezeichnen, verkennt den Sinn europäischer Integration. Den kessen, aber unzutreffenden Belehrungen aus Frankreich sei erwidert, daß das Inflationsgefälle zwischen zwei Länder immer die Ursache und nie die Folge von Wechselkursänderungen ist.

Heute muß sich der EWS-Club über neue Paritäten verständigen. Dabei zahlen die Deutschen mit einer Exportbremsung, die Franzosen mit etwas nationalem Prestige. Die Märkte brauchen dringend Klarheit und Vertrauen in die Stabilität ihrer Instanzen. Aus Ärger über das hohe Fieber das Thermometer zu zerbrechen, ist keine gesunde Politik. Bonn darf sich durch das vermeidbare Debakel als EG-Ratsmacht herausgefordert fühlen.

EWS: Nun heute neue Wechselkurse?

Stoltenberg kam Frankreich weit entgegen: DM-Aufwertung um bis zu sechs Prozent

WILHELM HADLER/DW. **Brüssel**
Entgegen optimistischen Prognosen noch am Sonntagmittag haben die EG-Finanzminister ihre Brüsseler Konferenz über eine Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) gestern nachmittag überraschend ohne Einigung beendet und die Fortsetzung auf Montag vertagt. In allen acht EWS-Staaten ist heute die Pflicht zur Intervention an den Devisenmärkten für einen Tag ausgesetzt worden.

Beobachter vermuten, daß ein maßgeblicher Grund für die vorläufige Nichteinigung die mutmaßliche Regierungsumbildung in Paris war.

Die Tatsache, daß der französische Wirtschafts- und Finanzminister Delors in Brüssel zwar hart, aber nicht auf einen Bruch hin verhandelt hat, gilt allerdings als Hinweis darauf, daß Frankreich doch nicht die Absicht hat, den Europäischen Währungsverbund zu verlassen. Die Brüsseler Konferenz hatte noch am Samstagabend unter der französischen Drohung begonnen, bei einem Scheitern der Verhandlungen den Franc aus dem Europäischen Währungssystem herauszunehmen.

Die streng abgeschirmten Beratungen im EWS waren notwendig geworden, weil die innerhalb des Wechselkursverbundes festgelegten Leitkurse nicht länger zu halten waren. Verursacht durch immer größere wirtschaftliche Mißerfolge Frankreichs, mußte die Pariser Zentralbank Milliarden an Währungsreserven verkaufen, um den im EWS vereinbarten Mindestkurs seiner Währung zu stützen. Die Bundesbank andererseits kaufte große Mengen von französischen und belgischen Franc auf. Trotzdem konnte das Währungsgleichgewicht von Tag zu Tag nur mit immer größeren Opfern aufrechterhalten werden.

Frankreichs Finanzminister Jacques Delors war mit der erklärten Absicht nach Brüssel gekommen, jedes Ansinnen auf eine Abwertung der französischen Währung abzulehnen. Die Pariser Linksregierung scheute vor allem den politischen Prestigeverlust, der zwangsläufig mit der dritten Währungsoperation seit ihrem Amtsantritt verbunden ist.

Delors wollte allein der Bundesregierung die Verantwortung für die Wiederherstellung der monetären Ordnung in Europa auferlegen.

Die Franzosen interpretieren den Wechselkursverbund so, daß auch die Währungen, die sich im gemeinsamen „Korb" als zu kraftstrotzend erweisen, zu Abwehrmaßnahmen verpflichtet seien.

Paris verlangte deshalb, daß statt der französischen Abwertung eine Aufwertung der D-Mark beschlossen würde, zumindest jedoch, daß der französische Franc nicht als einzige Währung geringer bewertet würde. Sowohl Italien wie auch Belgien und Dänemark lehnten noch am Sonntag eine Leitkursänderung ihrer Währung entschieden ab; Italien soll im Verlauf des Nachmittags aber Kompromißbereitschaft angedeutet haben. Besonders die Belgier weigerten sich jedoch beharrlich, da sie unter dem Druck ihrer luxemburgischen Partner standen, die mit ihnen eine Wirtschafts- und Währungsunion bilden. Das Großherzogtum fürchtet, durch eine Abwertung des belgisch/luxemburgischen Franc sein Prestige als internationaler Bankplatz zu verlieren.

Am Sonntagnachmittag galt es als ausgemacht, daß Bonn den Franzosen ein erhebliches Stück entgegenkommen würde. Grund

■ Fortsetzung Seite 8

Konkrete Vorschläge der Europäer für Zwischenlösung

Grundlage für US-Initiative bei Genfer Verhandlungen

BERNT CONRAD, **Bonn**
Die europäischen Allianzpartner haben den Amerikanern in der letzten Sitzung der Sonderberatungsgruppe der NATO (Special Consultative Group) in Brüssel konkrete Anregungen zur Erreichung eines Zwischenergebnisses bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) unterbreitet. Dies wurde gestern in Bonn bekannt.

Danach sollen die USA – bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Ziels einer beiderseitigen Null-Lösung – eine Vereinbarung mit Moskau anstreben, die eine Reduzierung der SS-20-Raketen bei einem gleichzeitigen westlichen Verzicht auf einen Teil der geplanten Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper vorsieht. Dabei sollen die britischen und französischen Nuklearsysteme nicht angerechnet werden. Aufgrund einer solchen Zwischenlösung würde die westliche Nachrüstung Ende des Jahres in reduzierter Form beginnen.

Der Unterstaatssekretär im britischen Kabinettsamt, Goodall, und der Abrüstungsexperte der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, äußerten am Wochenende die Überzeugung, daß die Amerikaner „sehr bald" einen in diese Richtung zielenden Kompromißvorschlag in Genf einbringen werden. Nach übereinstimmender Ansicht des Bonner Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruth, und des Staatssekretärs im britischen Foreign Office, Sir Antony Acland, müßte es möglich sein, ein Zwischenergebnis in Genf bis zum Herbst zu vereinbaren.

Bei den traditionellen deutsch-englischen Gesprächen in Königswinter betonte Ruth: „Die Europäer haben klargemacht, daß sie eine westliche Bewegung wollen, die zeigt, daß die Allianz unter grundsätzlicher Beibehaltung der Null-Lösung zu einem Zwischenergebnis bereit ist." Nach Überzeugung der Bundesregierung würde ein solcher Schritt die Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungswillens beweisen und gleichzeitig eine Aufrechterhaltung des sowjetischen Monopols im Mittelstreckenbereich ausschließen. Mit seiner Unterschrift unter ein derartiges Abkommen würde Moskau eine Regelung auf der Basis der Gleichheit akzeptieren. „Dies würde die Grundlage für eine Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen bilden", sagte Ruth.

Die Aussichten, daß sich die amerikanische Regierung eine solche Perspektive zu eigen macht, werden in unterrichteten Kreisen angesichts der ausgezeichneten Atmosphäre der NATO-Konsultationen am vergangenen Freitag sehr hoch eingeschätzt. Staatssekretär Richard Burt vom US-State Department sagte nach der Brüsseler Sitzung, die europäischen Gedanken würden in Washington sehr ernsthaft erwogen werden. NATO-Generalsekretär Joseph Luns stellte fest: „Wir gehen jetzt auf eine Zwischenlösung zu."

Zur gleichen Zeit wiederholten die sowjetischen Medien in scharfer Form ihre Warnungen vor einer westlichen Nachrüstung. Die Nachrichtenagentur Tass drohte „entsprechende Maßnahmen" Moskaus an. Die „Prawda" schrieb, trotz aller Mahnungen prüfe Washington derzeit eine „Zwischenlösung", die eine Raketenstationierung in Westeuropa vorsehe.

Seite 2: Botschaft an die Bewegten

Rücktritt störte Mitterrands Pläne

Außenhandelsminister Jobert repräsentierte die bürgerlichen Wähler

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Der überraschende Rücktritt des Außenhandelsministers Michel Jobert gestern morgen hat offenbar Pläne des Staatspräsidenten Mitterrand, spätestens bis Mitte der Woche – nach dem europäischen Gipfel in Brüssel und vor einer Fernsehansprache an die Franzosen am Mittwochabend – in Ruhe eine Regierungsumbildung vorzunehmen, völlig über den Haufen geworfen.

Gleich nach Veröffentlichung des zunächst nicht akzeptierten Rücktrittsgesuchs des Ministers berief der Staatschef zwei führende Kabinettsmitglieder – den Sozialminister Pierre Beregovoy und den Budgetminister Laurent Fabius – ins Elysée, um mit ihnen zu beraten. Später stieß der Kabinettschef des in Brüssel weilenden Wirtschafts- und Finanzministers Delors hinzu. Entgegen allen Gewohnheiten wurden die Journalisten, die im Innenhof des Elysée warteten, am frühen Nachmittag aus dem Hof verwiesen.

Zum selben Zeitpunkt hatte auch Premierminister Mauroy, der zur Einführung seines Stadtrates in Lille gewesen war, den Rückweg nach Paris angetreten. Jacques Delors hatte am Rande der Brüsseler Konferenz schon am Morgen angedeutet, daß es in Paris wichtige Umwälzungen geben werde und er spätestens um 15 Uhr in Paris zurück sein müßte.

Der Rücktritt Joberts von seinem Amt des Ministers für den Außenhandel, das er seit Juni 1981 inne hatte, traf das politische Paris wie eine Keule. Er bedeutet einen schweren politischen Rückschlag für Präsident Mitterrand. Denn Jobert, einst ein Gaullist und langjähriger engster Berater, später Außenminister des Präsidenten Pompidou, war als Vertreter all jener ins Kabinett Mauroy eingetreten, die im Mai 1981 Mitterrand gewählt hatten, ohne dessen sozialistische Ideale zu teilen. Diese Wähler waren es, die der Linken im ersten Wahlgang zu den Kommunalwahlen am 6. März eine schwere Niederlage beibrachten, indem sie wieder ihren eigentlichen Neigungen entsprechend wählten.

Jobert hatte in einem aufsehenerregenden Interview mit der sozialistischen Zeitung „Le Matin" am 28. Februar, nach Bekanntwerden der schlechten Außenhandelszahlen des Monats Januar, indirekt die Regierungspolitik kritisiert und sich selber als einen Mann „ohne Mittel und ohne jeden Einfluß auf diese Politik" hingestellt. Seit diesem Tage war sein Rücktritt nur noch eine Frage der Zeit. Der äußerst eigenwillige Minister wählte den schlechtesten Tag für seinen Staatspräsidenten. In einem Kommuniqué seiner am Sonntag tagenden politischen Formation „Bewegung der Demokraten" heißt es: „Nach zwei Jahren des Zögerns über die richtige Interpretation und den guten Gebrauch der wirtschaftlichen Fakten darf Frankreich jetzt weder Mühe noch Zeit scheuen, eine nach außen offene aber harte Wirtschaftspolitik zu betreiben, die auf niemanden Rücksicht nimmt und allein von der Courage diktiert wird."

Gespräche über Libanon vor entscheidender Phase?

Hussein will Arafat treffen / Habib reiste nach Israel

fpdpa/AP, **London**
König Hussein von Jordanien hat am Wochenende in London angekündigt, er werde in den nächsten Tagen über die Beteiligung seines Landes an Nahost-Friedensverhandlungen entscheiden.

Sein für Anfang dieser Woche angesetztes Treffen mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat sei dabei von „entscheidender Bedeutung", sagte Hussein vor der Presse. Mit Arafat will Hussein über die Zukunft des von Israel besetzten Westjordanlandes und des Gaza-Streifens verhandeln. Der König beschrieb die Haltung der Europäer als konstruktiv. Europäischer Druck auf Israel wäre zu begrüßen, meinte er.

Hussein, der als Leiter einer Delegation der Arabischen Liga nach London kam, setzte sich im Gespräch mit der britischen Premierminsterin Margaret Thatcher und Außenminister Francis Pym für die Gründung eines „unabhängigen palästinensischen Staates" ein. Dieser müsse „unter Führung" der PLO stehen, der „einzigen legitimen Vertretung" der Palästinenser, sagte Hussein. Nach einem Besuch bei Königin Elizabeth II. auf Schloß Windsor bei London traf sich Hussein mit dem US-Nahost-Beauftragten Philip Habib, der ihn über die Lage im Libanon-Konflikt unterrichtete. Habib, der in London auch mit Libanons Außenminister Elie Salem konferierte, reiste gestern zu einer neuen Nahost-Mission nach Israel.

Wesentlicher Punkt der Gespräche Habibs mit Hussein und Salem waren die neuen amerikanischen Vorschläge für den Abbau aller fremden Truppen aus Libanon. Beobachter hatten den Eindruck, daß sich die Verhandlungen darüber einer entscheidenden Phase nähern. Washington ist gegen jeden Verbleib israelischer Truppen in Libanon und versucht, die Sorgen Jerusalems über künftige palästinensische Terrorakte durch ein verstärktes amerikanisches Sicherheitsengagement auszuräumen.

US-Präsident Reagan äußerte gegenüber der Londoner „Sunday Times" Optimismus über einen Truppenabzug aus Libanon. Nach dem Abzug, so Reagan, werde sich Hussein als Verhandlungspartner für eine Fortsetzung der Nahost-Friedensgespräche zur Verfügung stellen.

Seite 5: Friedenstruppen

Börner für nur zwei Parteien

AP, **Stuttgart**
Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat sich für ein Zwei-Parteien-System im Bund in den den Ländern ausgesprochen. Im Süddeutschen Rundfunk erklärte er, daß nach seiner Meinung eine solche Entwicklung für die Stabilisierong der Demokratie nützlich sei. Zugleich kritisierte er die SPD und warf seiner Partei unter anderem vor, sich zu wenig um das Handwerk gekümmert zu haben, obwohl dies eine ureigene Domäne der Sozialdemokraten sei. Für die Durchsetzung ihrer Politik werde die SPD im übrigen zwar die Gewerkschaften nicht „okkupieren", aber sie müsse den gewerkschaftlichen Anliegen dort Raum geben, wo sie politische Verantwortung trage.

Der hessiche FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt warf Börner vor, mit seinen Zwei-Parteien-Überlegungen „nach den Angriffen gegen die Grünen nun auch eine Vernichtungskampagne gegen die FDP zu starten".

Verhandlungen gescheitert

dpa, **München**
Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Bayern sind die Tarifgespräche für alle 3,9 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie in die Sackgasse geraten. Die bayerischen Metall-Arbeitgeber wollen heute der Gewerkschaft das Scheitern der Verhandlungen mitteilen. Während der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wegen der „Blockadepolitik" der Gewerkschaft weitere Gespräche auch in anderen Tarifbezirken ausschloß, forderte der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler die „unverzügliche" Fortsetzung der Verhandlungen in Baden-Württemberg.

Die Verhandlungen in Bayern, denen bundesweite Signalwirkung beigemessen wurde, waren in der Nacht zum Samstag geplatzt. Die Arbeitgeber hatten den von der IG Metall geforderten VW-Abschluß mit einer Lohnerhöhung von vier Prozent bei 15 Monaten Laufzeit abgelehnt. Sie hatten zuletzt drei Prozent geboten.

Seite 2: Jakob verteuert sich

BGS soll saubere Nordsee schützen

rtr, **Bonn**
Bei den Beratungen des Bundesetats 1984 und der Finanzplanung bis 1987 wird das Bundesinnenministerium auf eine rasche Verwirklichung seines Vorhabens drängen, die Nordsee durch den Bundesgrenzschutz (BGS) auf Verstöße gegen die Umweltschutzvorschriften überwachen zu lassen. Kernstück des von Fachleuten auf mindestens eine Milliarde Mark Einstandskosten geschätzten Projekts sollen vier mit Hubschraubern ausgerüstete Schiffe sein, die jeweils 180 bis 220 Millionen Mark kosten werden.

Das Nordsee-Projekt und den Bau der Schiffe hatte Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) vor einigen Tagen angekündigt. Sein Sprecher ließ erkennen, daß im Ministerium trotz der finanziellen Enge fest mit der Verwirklichung des Vorhabens gerechnet wird. Er wies darauf hin, daß der Umweltschutz im Programm der neuen Bundesregierung einen hohen Stellenwert habe.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Botschaft an die Bewegten

Von Bernt Conrad

Die Amerikaner werden nun wohl bald den Sowjets in Genf eine Zwischenlösung zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen in Ost und West vorschlagen. Die europäischen Verbündeten haben darauf solange gedrungen – zuletzt auch mit konkreten Anregungen –, daß Washington sich dem Gedanken kaum länger entziehen kann.

Verhandlungstaktisch wäre es vielleicht klüger gewesen, auf vernünftigen Gegenvorschlägen Moskaus zu der vom Westen unverändert für ideal gehaltenen, aber von den Sowjets strikt abgelehnten Null-Lösung zu beharren und sich dann sozusagen in der Mitte zu treffen. Doch der nicht nur in der Bundesrepublik, sondern beispielsweise auch in Großbritannien unter der Jugend und auf der Linken rumorende Widerstand gegen eine Nachrüstung ließ in Bonn wie in anderen europäischen Hauptstädten den Wunsch nach einer Geste westlicher Flexibilität wachsen.

In der Tat wäre eine Vereinbarung mit Moskau über eine Reduzierung der SS-20-Raketen bei einem gleichzeitigen Verzicht der NATO auf einen Teil der geplanten Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper ein wirksames Argument gegen die „Friedensbewegung". Denn der damit verbundene, wenngleich zahlenmäßig eingeschränkte Beginn der westlichen Nachrüstung hatte ja gewissermaßen den Segen des Kreml.

Gerade darum lehnen die Sowjets derzeit jeden Gedanken an eine Zwischenlösung laut ab. Sie werden bei ihrem Nein bleiben, solange sie noch hoffen können, das Ziel eines vollkommenen westlichen Verzichts auf die Nachrüstung durch politischen Druck und die Verunsicherung der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik erreichen zu können. Erst wenn die Sowjetführung zweifelsfrei erkennt, daß sich der Westen auf keinen Fall von der Durchführung beider Teile des NATO-Doppelbeschlusses abbringen läßt, werden Teillösungen möglich sein.

Jakob verteuert sich

Von Enno v. Loewenstern

Nun stehen die Kraftworte einander gegenüber: „Wir werden den Arbeitskampf nicht in einem Bereich ausschließen, wo es für uns günstig ist. Wir sind ja nicht töricht!" – „Wenn die IG Metall mit Streiks die Auseinandersetzung beginnt, heißt unsere Antwort unweigerlich Aussperrung." Dazwischen stehen die mündigen Bürger und fragen sich, ob das Wesen des Tarifstreits eher aus der Geschichte der Arbeiterbewegung oder aus dem Balzverhalten des Auerhahns zu erschließen ist.

Die wutentbrannten Arbeitgeber verbreiten, daß man in Bayern auf dem besten Weg gewesen sei, doch dann sei der Vorstand der IG Bau mit seiner Drei-Prozent-Einigung gescheitert. Nun wird das Wort einers IG-Metall-Funktionärs kolportiert: „Das kommt davon, wenn man den billigen Jakob spielt." Die allerletzte Forderung der bayerischen Metallgewerkschaften lag demgemäß bei vier Prozent mehr Lohn mit fünfzehn Monaten Laufzeit. Damit hatte man jenen VW-Abschluß-Anschluß erreicht, den die Metall-Arbeitgeber ablehnen – vier Prozent sei für die Aufschwungfirma VW erträglich, aber nicht für die gesamte Industrie. Sie bestehen auf drei Prozent für fünfzehn Monate und verwünschen insgeheim die allzu schnell gefälligen Autobauer.

Streiks und Aussperrungen also wegen eines Prozentpunkts Lohnerhöhung? Das zu einem Zeitpunkt, da alle ernst zu nehmenden Wirtschaftswissenschaftler die Ursache der Arbeitslosigkeit zu einem entscheidenden Teil in der Höhe der Lohnkosten sehen; da in manchen Bereichen weltweit sogar Lohnkürzungen vereinbart werden? Daß die Streikkassen nicht überlaufen, ist ohnehin bekannt. Und die Vorstellung, die Nürnberger Kassen zusätzlich mit Ausgaben für Streikopfer zu belasten, mutet abenteuerlich an.

Aber da steht eine heilige Kuh auf dem Eis: der „Inflationsausgleich". Doch alle Indikatoren dieses Jahres weisen ohnehin auf eine Inflationsrate von drei Prozent. Die Arbeitslosen, deren Einkünfte mittlerweile aus fiskalischen Gründen ins Gespräch gebracht worden sind, verfolgen die Auseinandersetzung mit Interesse. Denn die Arbeitsbesitzer, das hat man ihnen gesagt, sind nicht töricht.

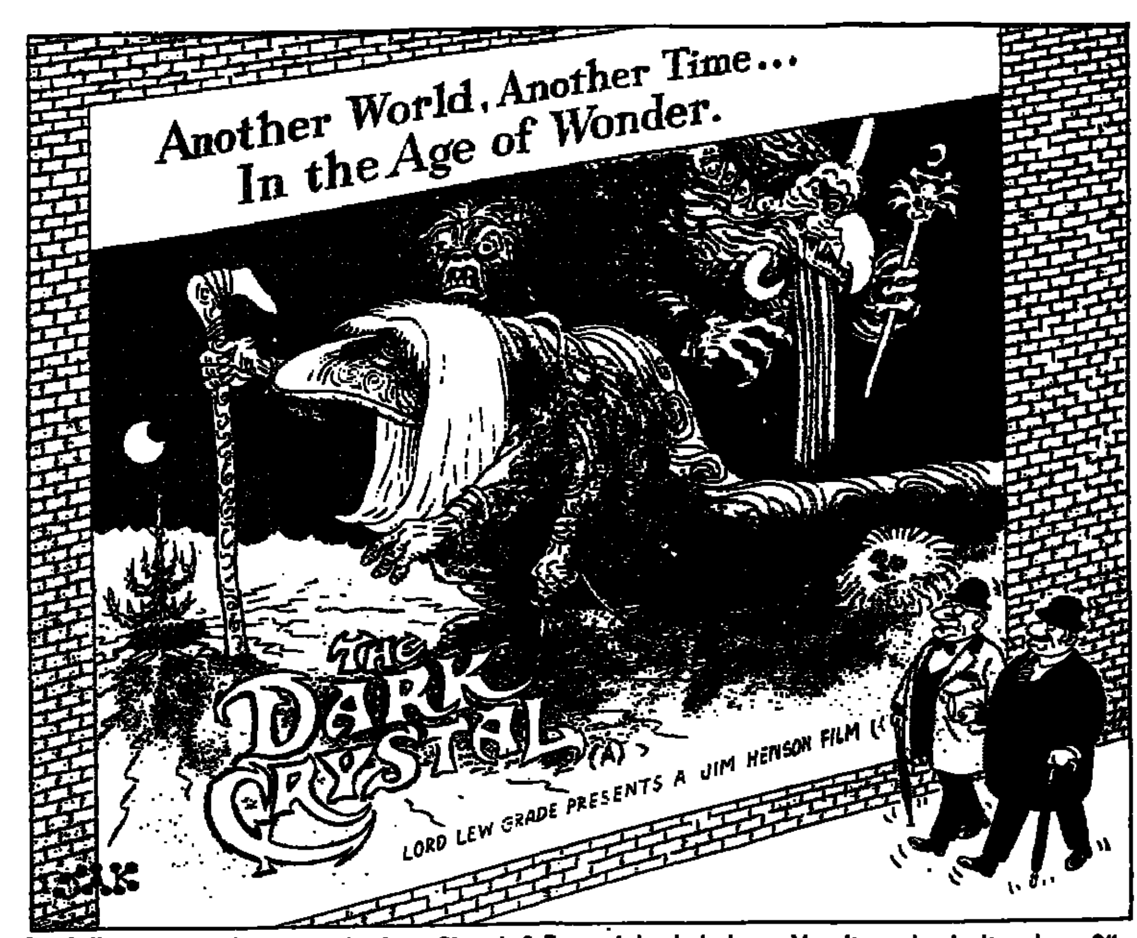
Palmes Beitrag

Von Heinz Barth

Schleifende Geräusche vom Schären-Grund, dann Stille, absolute Stille – das war alles, was die Unterwasser-Mikrophone damals registrierten. Ein halbes Jahr später ist der Fall des beschädigten „fremden" U-Bootes, das sich so intensiv für Schwedens Küsten-Verteidigung interessiert hatte, so tief weggetaucht, wie vorauszusehen war. Unangenehm für die Regierung Palme ist nur, daß die Affäre in der Stockholmer Presse noch immer schleifende Geräusche hinterläßt.

Das Magazin „7 Dagar" versichert, eine „fremde" Macht – Sie wissen schon, welche – habe seinerzeit Schweden unter Drohungen gezwungen, die Hilfeaktion für das havarierte Boot einzustellen: andernfalls würde sich dieses mit einem nuklearen Torpedo selbst vernichten. Von dem offiziellen Bericht, den die schwedische Regierung Ende April vorlegen will, darf man wohl kaum eine vollständige Aufklärung erhoffen, ob sich die Sowjets wirklich nicht scheuten, mit dieser plumpen Erpressung zu arbeiten. Denn nicht einmal der schreckhafte Pazifist Palme konnte darauf hereinfallen, daß Moskau für den Schutz seiner militärischen Geheimnisse den exorbitanten Preis zahlen würde, die Küste eines neutralen Landes in eine Atomwüste zu verwandeln.

So muß man annehmen, daß er die Erpressung ernster nahm, als sie wirklich war, um dem Boot das Entkommen zu erleichtern. Daß es Kernwaffen an Bord hatte, gilt längst als erwiesen. Auf seine eigene Weise hat Olof Palme damit einen Beitrag zur atomwaffenfreien Zone in Europa geleistet, um die er sich im Verein mit Egon Bahr so emsig bemüht. Bald wird es wieder Sommer in den Schären. Dann werden die Schweden sehen, wie frei von Kernwaffen ihre Küsten unter der Führung des Friedensfreundes Palme bleiben, dem jeder Gedanke an eine Politik der Abschreckung fremd ist.



„Da fällt mir gerade ein – glauben Sie, daß Foot sich als Labour-Vorsitzender halten kann?"
ZEICHNUNG: JAK/EVENING STANDARD

Wie die Alten sungen?

Von Joachim Neander

Wo immer über den 75jährigen Werner Vogel, diesen freundlichen alten Herrn, der als Grüner beinahe Alterspräsident des Bundestages geworden wäre, geschrieben oder diskutiert wurde – fast nirgendwo fehlte der Hinweis auf das „national gesinnte Elternhaus". Die Erziehung, das Vorbild der Eltern also als beherrschendes Motiv einer Erklärung für das so vielen jungen Menschen offenbar Unerklärliche: daß ein „Alternativer", ein Friedensfreund, früher ein Nazi gewesen sein soll.

An dieser Stelle soll nicht noch einmal ein „Fall Vogel" aufgekocht werden. Der Ruhestand sei dem Mann gegönnt. Hier geht es um Denkabläufe in Deutschland 1983, um die seltsame Tatsache, daß bisher niemand gegen dieses Erklärungs- und Entschuldigungsmotiv protestiert hat.

Zunächst ist es einigermaßen merkwürdig, einem Mann, der zum Zeitpunkt der Machtübernahme 1933 bereits 25 Jahre und bei seiner Beförderung zum SA-Sturmführer 1939 sogar 31 Jahre alt war, Elterneinfluß als Entschuldigung zuzubilligen, wenn man zuvor anderen, wesentlich jüngeren Politikern in vergleichbarer Situation – man denke an die Bundespräsidenten Scheel und Carstens, auch an Franz Josef Strauß – solche Entlastung strikt verweigert hat.

Aber die Annahme, die – grundsätzlich in Teilbereichen sicher nicht abzustreitende – Kontinuität zwischen deutschem Nationalismus und Nationalsozialismus habe sich direkt von Generation zu Generation über das Elternhaus verwirklicht, widerspricht auch historischen Erkenntnissen. Der Sprung direkt aus dem deutschnationalen Elternhaus in die NS-Partei ist untypisch.

An den Biographien der Machthaber des NS-Staats ist eher das Gegenteil abzulesen. Die meisten suchten aus Opposition oder gar Rebellion gegen die Eltern den Anschluß an die neue Bewegung. Hitler und Goebbels z. B. haben ihre „spießbürgerliche Familie", obwohl beide bis ins Mannesalter von ihr ernährt wurden, entweder totgeschwiegen oder von ihr mit Verachtung oder gar Haß gesprochen.

Über die Geschichte der „politischen Generationen" der letzten hundert Jahre ist bisher nur wenig wissenschaftlich gearbeitet worden. Deutlich ist jedoch, daß das politische Engagement der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg auf beiden Flügeln stark durch die bewußte Abkehr vom eigenen Elternhaus, durch Zurückweisung von Herkunft, Erziehung und Milieu geprägt wurde. Die Organisationswut dieser Jahre spiegelt teilweise die Entwurzelung und die Sehnsucht nach so etwas wie Ersatz für die verlassene, verachtete oder verlorene Familie. Der Nationalsozialismus hat zwar stets Wert auf Tradition und Geschichte gelegt. Damit waren aber vor allem Institutionen wie Schule und Militär, später die NS-Organisationen gemeint. Das vierte Gebot haben die Nazis nie hochgehalten. Manche Denunziation der eigenen Eltern, bei Kriegsende auch Fälle von Durchhaltefanatismus der halbwüchsigen Söhne im Protest gegen den „feigen Defätismus" der eigenen durchaus konservativen Eltern sind nur so zu erklären.

Aber der entschuldigende Hinweis auf den Einfluß der Eltern beim Weg zur NS-Bewegung widerspricht auch bisheriger Logik im Kreise der Neuen Linken. Der gewaltsame Protest gegen die autoritäre, konservative Erziehung im Elternhaus – das war doch in den letzten Jahren stets die Erklärung dafür, daß junge Menschen sich dem Terrorismus zuwenden.



Des Elternhauses angeblicher Einfluß: Werner Vogel
FOTO: MARTIN ATHENSTÄDT/DPA

Die Widersprüche und Ungereimtheiten zeigen, daß man bei den jungen Linken bisher über das Problem der Verstrickung der Generation ihrer Väter in das System und die Verbrechen des Nationalsozialismus, der Schuld, Mitschuld oder Haftung ernsthaft noch gar nicht nachgedacht hat. Aus politischem Opportunismus oder aus simpler Denkfaulheit hat man das Ganze, versehen mit den gängigen Klischees einer am Marxismus orientierten Faschismustheorie, dem politischen Gegner als dem allein Zuständigen zugeschoben. Der Einfluß des Elternhauses wird je nach Lage und Belieben mal an der einen, mal an der anderen Stelle eingesetzt.

Dabei ist der Zusammenhang zwischen politischem Engagement und Elterneinfluß, ohne Scheuklappen betrachtet, durchaus ein hochaktuelles Thema. Es könnte sich nämlich herausstellen, daß – und dies wäre nun wirklich Ironie der Geschichte – die 1968er Bewegung sich durch ihren massiven, durch linke Lehrer sozusagen staatlich noch verstärkten Angriff gegen die Erziehungsautorität der Eltern selbst das Wasser abgegraben hat.

Die nächste Elterngeneration hat schnell das Ausweichen, das Taktieren, das flexible Vermeiden von Konflikten mit den Kindern gelernt. Vielfach ist der Waffenstillstand an die Stelle des Kriegszustands in der Familie getreten. Es könnte sein, daß dies den Wandel im Verhalten der jungen Generation dämpfend beeinflußt hat.

Protestverhalten „rechter" Jugendlicher gegen ihre linksdoktrinären Eltern ist bisher hierzulande noch nicht sehr stark festzustellen, vielleicht weil diese Gruppen linker Eltern häufig Resignation oder gar Wurstigkeit an den Tag legen. Unmöglich ist eine solche Reaktion nicht. Die kleinen Neonazi-Gruppen, die in Moskau in den letzten Jahren (inoffiziell gebliebenes) Aufsehen erregten und sogar nachempfundene SS-Uniformen trugen, bestanden großenteils aus den Sprößlingen hoher kommunistischer Parteifunktionäre.

IM GESPRÄCH / Wolf Wegener

Besser „im" als „am"

Von Hans-Rüdiger Karutz

Von der Psychologie der Berliner, ihrer Liebe zu den vier Rädern, versteht er wohl mehr als jeder andere in der Stadt: Dr. Wolf Wegener, bekannter Rechtsanwalt, Präsident des ADAC-Zweigs Berlin und seit gestern 50 Jahre alt.

„Für mich und meine Landsleute ist dies eben kein Anti-Pannen-Club, sondern mehr: Freund und Helfer bei Reise, Sport und Erholung." Er muß es wissen: Jeder zweite Berliner PS-Ritter, aber nur jeder vierte Autofahrer im gesamten Bundesgebiet, zählt sich zur Familie mit dem weißen Adler-Wappen auf blauem Grund.

„In Berlin spielt das Bewußtsein, mit seinem Wagen schnell und ohne große Vorbereitungen über die Transitstrecken hinüber ins übrige Bundesgebiet zu fahren, eine enorme und geradezu lebenswichtige Rolle", stellt er fest. Das Automobil als Inbegriff des Stückchens Freiheit, zu fahren, wohin man will – manches in Berlin wäre schwerer zu ertragen, wüßte man nicht, wie unkompliziert das Hinüber und Herüber auf den Transit-Schnellwegen geschieht.

Daß jedoch zwischen 1971 und 1981 die Zahl der Berlin-Reisenden um 7 000 000 auf zweiundzwanzig Millionen stieg, liegt zu einem kleinen, aber vielleicht entscheidenden Teil an Wegeners Sachkunde. Denn drei von fünf Berlin-Besuchern reisen mit dem Auto an – viele nur deshalb, weil sie in der Regel sicher sein können, an den „DDR"-Grenzkontrollpunkten nicht aus dem Wagen klettern zu müssen.

„Eben dies war 1971 der Punkt, als ich von der Industrie- und Handelskammer gebeten wurde, in einem Arbeitskreis Vorschläge und Anregungen für Egon Bahrs Verhandlungen zur Transitregelung zu geben." Es sei damals um die beiden kleinen Worte „im" und „am" gegangen:

„Es wäre ja ein Unterschied gewesen, wenn die Formel von der Kontrolle ‚am' Fahrzeug der DDR die Chance gegeben hätte, die Leute auch zum Aussteigen zu zwingen! Im eigentlichen Transitvertrag haben wird das ‚im' nicht durchsetzen können, aber in den verbindlichen Protokollerklärungen steht seit damals: Die Reisenden werden grundsätzlich im Fahrzeug sitzen bleiben können." Wegeners Kommentar dazu: „Wozu Juristen doch manchmal gut sind . . ."



Was gerade den Berlinern das Auto bedeutet: ADAC-Chef Wegener
FOTO: DIE WELT

Auf der engen Insel Berlin sorgt der ADAC-Chef vor allem für die Klimapflege zwischen Autofahrern, Politikern, übers Ziel hinausschießenden Umweltschützern und der Polizei. Den Ordnungshütern verdarb er schon vor Jahren die lebhafte Benutzung „schwarzer Karteien" besonders auffälliger oder mit einem „Säuferbalken" im Führerschein stigmatisierter Autofahrer.

Im Streit um das angeblich umweltverpestende Auto wünscht er sich „weniger Ideologie, mehr Vernunft und Augenmaß". Eine seiner Lieblingsvokabeln im geschliffenen Wortschatz lautet „Transparenz" – von den Benzinpreisen, die vor allem bei den Berliner Automobilisten abgezapft werden, bis hin zur Verkehrssünderkartei. „Was spricht eigentlich dagegen, daß der Autofahrer auf Wunsch eine Art Kontoauszug aus Flensburg bekommt, wenn er wissen will, ob er mit Punkten bestraft wurde?" Seine Philosophie ist das Ja zum Auto – ein Berliner Synonym für Freiheit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die französischen Blätter waren am Samstag voller besorgter Spekulationen über die Zukunft des Franc und der Regierung:

LE MATIN

Einzige Unbekannte ist, welcher französische Premierminister die dritte Abwertung dieser siebenjährigen Präsidenten-Amtszeit auf sich nehmen wird? Den Rest – schließlich das Wesentliche für die Franzosen – bilden die begleitenden Maßnahmen zur Währungsanpassung, die am kommenden Mittwoch vom Ministerrat veröffentlicht werden. Man wird dann wissen, welche Sparpolitik angesichts des mit den Deutschen erreichten Kompromisses gemacht wird. Das Ziel bleibt unverändert, was auch immer geschehen wird. Es ist die drastische Verringerung des Außenhandelsdefizits bis Ende 1983.

France-Soir

Die „Affäre" endet also mit einem Kompromiß. Am Montag morgen werden die Devisenmärkte wieder zu ihrer Ruhe zurückfinden. Unsere Währung wird ganz einfach etwas weniger wert sein. Doch die Franzosen werden erst am kommenden Mittwoch, vermutlich nach dem Ministerrat in Paris, die unvermeidlichen Sparmaßnahmen erfahren und damit das Gewicht des wirtschaftlichen und währungspolitischen Dramas.

LIBERATION

Nach diesem Wochenende wird man wissen, ob Deutsche oder Franzosen die besseren Meistersinger sind. Und zu welchem Preis die einen oder anderen den Sieg errungen haben. Erst dann wird Mitterrand eine „historische" Entscheidung für Frankreich und die Franzosen treffen. Aus welcher Sicht man die Dinge auch betrachtet, es wird tatsächlich eine Entscheidung über die Gesellschaftsform. Mit beachtlichen Gefahren in jeder Beziehung und mit der Notwendigkeit, neue Lösungen, und zwar in allen Bereichen, zu finden. Sagt mir, mit welcher Sauce der Franc gegessen wird, und ich sage Euch, wie unsere Zukunft aussehen wird.

LE FIGARO

In der Politik trickst man nicht mit dem Unvermeidlichen: Die Neuangleichung der europäischen Währungsparitäten wird die dritte Abwertung des Franc seit dem Amtsantritt der Sozialisten besiegeln. In weniger als zwei Jahren, was einen Rekord in Frankreich darstellt. Die Stunde des Urteils und der Strafe hat geläutet. Das Urteil ist, daß der Franc sich nicht mehr auf der gleichen Ebene bewegt wie die anderen europäischen Währungen, nämlich die Mark . . . Wieder einmal zeigt sich die Strafe für eine inkohärente Wirtschaftspolitik, die nicht an die Gegebenheiten angepaßt wird und die die Frucht einer überholten Ideologie und einer notorischen Unfähigkeit ist, die auch zwei Jahre Machtausübung nicht ändern konnten . . . Die seit dem Mai 1981 geführte Politik und die Männer, die sie geführt haben, haben Frankreich an den Abgrund gebracht. Es wird Zeit, den Kurs und die Männer zu wechseln. Das ist die Aufgabe des Präsidenten.

Der Heizer auf der E-Lok macht den Briten nicht mehr warm

Versuchsweise und mit Geld wird ein Relikt abgelöst / Von Fritz Wirth

Nachruf auf eine romantische, liebenswerte Figur aus Jugendträumen: Er trug eine speckig glänzende Ledermütze. Sein Gesicht war angeschwärzt wie ein Schornsteinfeger. Er hatte Hände wie Kohlenschaufeln und verbreitete den rauhen Charme von der großen weiten Welt anno 1920. Wenn er mit zischender Lokomotive in den Bahnhof einfuhr, dann schaute er stolz, mit dem Ellenbogen auf das offene Fenster gestützt, in die wartende Menge. Die Rede ist vom braven Schaufelmann auf den guten alten Dampflokomotiven, dem Heizer.

Vorbei, überfahren und eliminiert von den kohlen- und staubfreien Diesel- und E-Loks. Heute sitzen würdige, beamtenhafte Männer im Führerhaus: mit weißen Kragen und aseptischen Thermosflaschen.

Vorbei? Nicht so in England. Dieses Land trennt sich nicht mit einem Schlag von der Vergangenheit und fügt sich nicht willig und eilig der kalten Logik des Fortschritts. Gewiß, auch hier ist er seit zwanzig Jahren überflüssig, dennoch hielt man ihm eine Nische offen auf den Zügen. Und so reisen sie denn als Leergut seit zwanzig Jahren auf den Diesel- und E-Loks mit, als „Heizer ehrenhalber". Sie taten nichts, schauten zu, genossen die Landschaft und jede Lohnerhöhung, die ihnen seit zwanzig Jahren gewährt wurde, einschließlich Produktivitätszulagen, und wurden allmählich zu legendären Gestalten: Sprach man von gewerkschaftlicher Obstruktion gegen Rationalisierung, dann kam einem unfehlbar die Symbolgestalt des „Heizers auf der E-Lok" in den Sinn.

In England macht man das so. In diesem Lande schauten beim „Daily Telegraph" zehn Jahre lang die Zeitungspacker einer Maschine zu, die ihre Arbeit vollautomatisch erledigte, bis schließlich die erreichte Pensionsgrenze sie vom beschwerlichen Schaugeschäft erlöste. Und in den Docks von Liverpool erscheinen seit zehn Jahren immer noch jeden Morgen die Hafenarbeiter und verteilen die Entlade-Arbeit von Schiffen, die schon lange nicht mehr ankommen. Denkmäler viktorianischer Leistungskraft und Nachfahren der ersten und zweiten industriellen Revolution, die ihre Kinder nicht fressen mag.

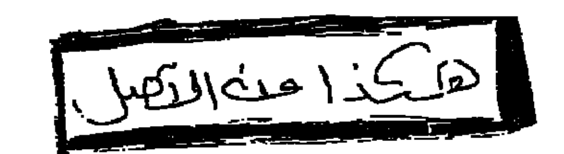
„Dies ist das Zeitalter des Zuges", heißt der Werbespruch der britischen Eisenbahnen. Das hört sich ungeheuer modern an. Der Haken nur ist: Wenn immer diese britische Eisenbahn, die dieses ganze Gewerbe ja einmal erfunden hat, heute mit dem Zug der Zeit gehen will und etwas ganz Modernes auf die Gleise stellt, geht etwas schief. Das war so mit dem Hochgeschwindigkeitszug, der die Reisezeit von London nach Glasgow um Stunden reduzieren sollte und nach wenigen mißglückten Versuchen im letzten Jahr voller Verlegenheit wieder in die Schuppen zurückgefahren wurde, und das war so mit dem revolutionärsten aller Züge, der zwischen Bedford und St. Pankraz in London verkehren sollte, dem sogenannten „Bedpan-Express". Das Revolutionäre an diesem Zug: Es sollte der erste Elektrozug in Großbritannien ohne Heizer sein und ohne einen zusätzlichen Mann im Bremserhäuschen. Ein sogenanntes „Ein-Mann-Wunder" also, allein von einem Lokomotivführer betrieben.

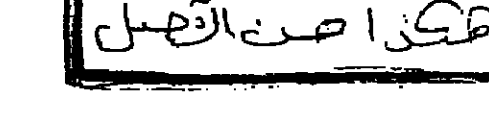
Seit einem Jahr sind über ein Dutzend dieser Züge, zum Gesamtpreis von rund sechshundert Millionen D-Mark gebaut, auf Abstellgleisen des Bahnhofs Cricklewood zu bewundern. Sie rosten dort vor sich hin, Opfer eines schlichten Phantasiemangels britischer Eisenbahner. Sie können sich einfach nicht vorstellen, wie solch ein heizerloses Ungetüm betriebssicher und pünktlich verkehren soll.

In der letzten Woche nun hat der Vorstand der britischen Eisenbahnen diese Phantasie mit dem Angebot beflügelt, daß jeder Lokomotivführer, der das Wagnis unternimmt, diesen Zug heizerlos und eigenhändig von Bedford nach London und zurück zu bewegen, pro Schicht mit einer Lohnzulage von umgerechnet rund zweiundzwanzig D-Mark rechnen kann.

Es war die entscheidende Geheimformel. Die Lokomotivführer sagten ja. Und so ist denn endgültig von den letzten erhaltenen keimfreien Exemplaren der Heizer Abschied zu nehmen. Möge Madame Tussaud einem von ihnen eine letzte Ruhestätte in Wachs einräumen, mit speckiger Mütze und Kohlenruß-Rändern unter den Augen.

Im übrigen aber sollte man aus dem langen Leben, das man in diesem Lande dem nicht mehr ganz zeitgemäßen Nachfahr aus viktorianischen Zeiten gewährte, nicht die falschen Schlüsse ziehen. Dieses Land ist dennoch durchaus dem Fortschritt aufgeschlossen. Es geschieht lediglich nach eigenwilligen Gesetzen: Wunder werden in diesem Lande nach wie vor sofort erledigt. Nur Revolutionen dauern etwas länger.





In Leipzig muß Marx noch für die Zukunft plädieren

Von L. SCHMIDT-MÜHLISCH

„Da rief sie: Heimat, süße Heimat, wann werden wir uns wiederseh'n?" singt der Bänkelsänger vor dem alten Leipziger Rathaus. Das Pferdchen mit den bunten Bordüren, das den Sängerkarren von Ort zu Ort zieht, schüttelt ein wenig mutwillig den Kopf, und so, als wolle es seine Belustigung ausdrücken, ob soviel unfreiwilliger Doppeldeutigkeit für den westlichen Messebesucher. Die Frühlingssonne scheint auf restaurierte Renaissance-Architektur wie auf herbeigeschafftes Fin-de-siècle-Ambiente.

Hier, in der verkehrsberuhigten Innenstadt, die man nur mit Sondergenehmigung (oder wenn man fünf Mark zahlt) per Auto befahren darf, scheint zumindest an Messetagen die sozialistische Welt ganz in Ordnung. Die Menschen nutzen die schüchterne Frühjahrs-Sonne für ein erstes Glas Bier im Freien. Das Gedränge nimmt manchmal beängstigende Formen an. Als der Moritatensänger weitergezogen ist, spielen die „Kleinpariser Stadtmusikanten" auf. „Marmor, Stein und Eisen bricht"! Für Minuten fühlt man sich zu einer verspäteten Karnevalssitzung verschlagen. Und wären da nicht die vielen Plakate und Transparente, auf denen der populär Karl Marx immer noch für die Zukunft wirbt, könnte man fast vergessen, in Leipzig zu sein.

Aber schon einen halben Kilometer vom Zentrum entfernt, begreift man sehr schnell, warum Marx nach wie vor für die Zukunft plädieren muß. Die Trübsal fällt die Menschen an, und die Schlaglöcher strapazieren das Auto. Modische Attribute treten zurück. Notwendigkeiten übernehmen die Herrschaft: Gelbe Gummistiefel zum grünen Wintermantel, gestrickter Wollschal überm ersten kunstseidenen Frühjahrsfähnchen. Man nimmt, was man hat, und das ist nach wie vor nicht viel.

Die Bilder werden noch deprimierender. Jede Lücke zwischen den Häuserzeilen wird als Müllplatz genutzt. Fabrikschornsteine quellen gleichsam über vor schwarzem, schmierigem Qualm. Auf der anderen Straßenseite nebelt einen eine Dampflokomotive von anno dazumal minutenlang ein. Und der Lkw, hinter dem man mühsam einhertuckert, tut das seine, den Ausblick auf die sozialistischen Erfolge zu vernebeln. Emissionsschutz ist ein kapitalistisches Fremdwort.

Der Braunkohlen-Tagebau hat sich bis in die Vororte hineingeschoben. Ganz Leipzig liegt auf einem mächtigen Braunkohle-Flöz. „Am liebsten", erklärt mir ein Arbeiter, den ich danach befrage, „würden die die ganze Stadt abreißen und anderswo wieder aufbauen, damit sie an die Kohle rankommen." Doch das Bisherige genügt eigentlich schon. Ein trübes, braunschwarzes Nirwana, vor allem im Süden. Niemandsland. Ohne Bäume, ohne Häuser. Aufgerissene Erde. Bagger. Kräne. Wirtschaftliche Zwänge verwandeln die Welt.

Dazwischen immer wieder ein paar Neubaugebiete. Riesige monotone Blöcke ins Nichts hineingesetzt. Rauchgeschwärzt, längst bevor sie fertig sind. Und fertig scheinen sie nie recht zu werden. Jedenfalls das Drumherum nicht. Kein Weg, kein Steg. Die Menschen stapfen durch die Matsche. Die „Trabis" und „Wartburgs" stehen kreuz und quer herum, wo sich gerade ein halbwegs trockenes Plätzchen finden ließ. Dazwischen ein paar Baracken, in denen man einkaufen kann. „Wenn wir immer nur einweihen würden, was fertiggestellt ist, hätten wir überhaupt nichts zu feiern", witzelt ein Leipziger Kabarett selbstkritisch.

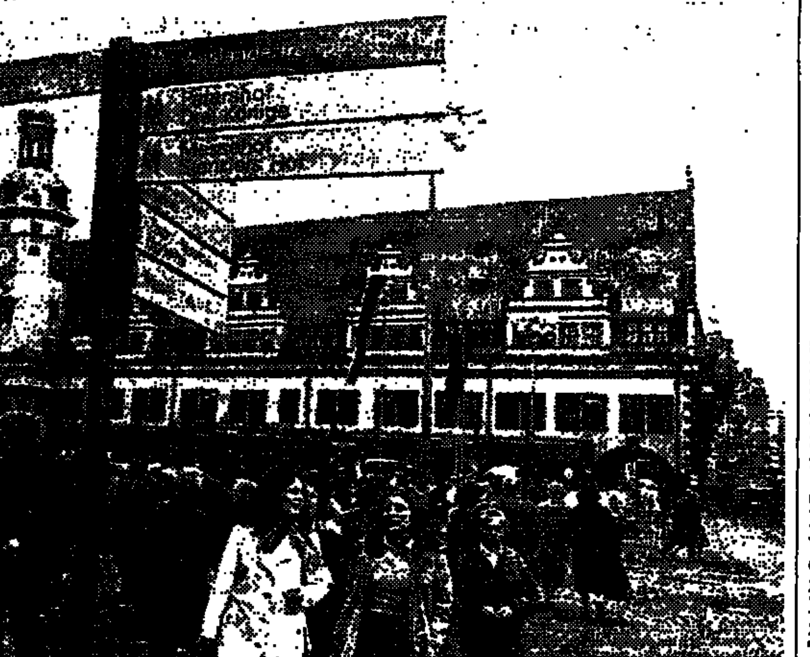
Wenn man aus dem Auto steigt, wird man nach Westgeld befragt. Kurs eins zu vier. Die Menschen sind freundlich. Einladung zu einem Kaffee. Die Häuser, gerade drei Jahre alt, wirken verwohnt. Im Hausflur scheint der Anstrich schon Jahrzehnte zurückzuliegen. Die Wohnung: Kleinbürger aller Länder vereinigt euch. Ein Nierentischchen aus den 50ern, eine Anrichte aus Hitlers Zeiten. Gehäkelte Deckchen. Nippes. Die Oma hat einen Kölner Dom mitgebracht. An der Wand eine Reklame-Uhr von Coca-Cola. Sie geht nicht. Die Batterie ist längst alle. Zum Kaffee ein sowjetischer Cognac. „Hat meine Frau gerade in der Innenstadt gekauft. Zur Messe gibt's manchmal was."

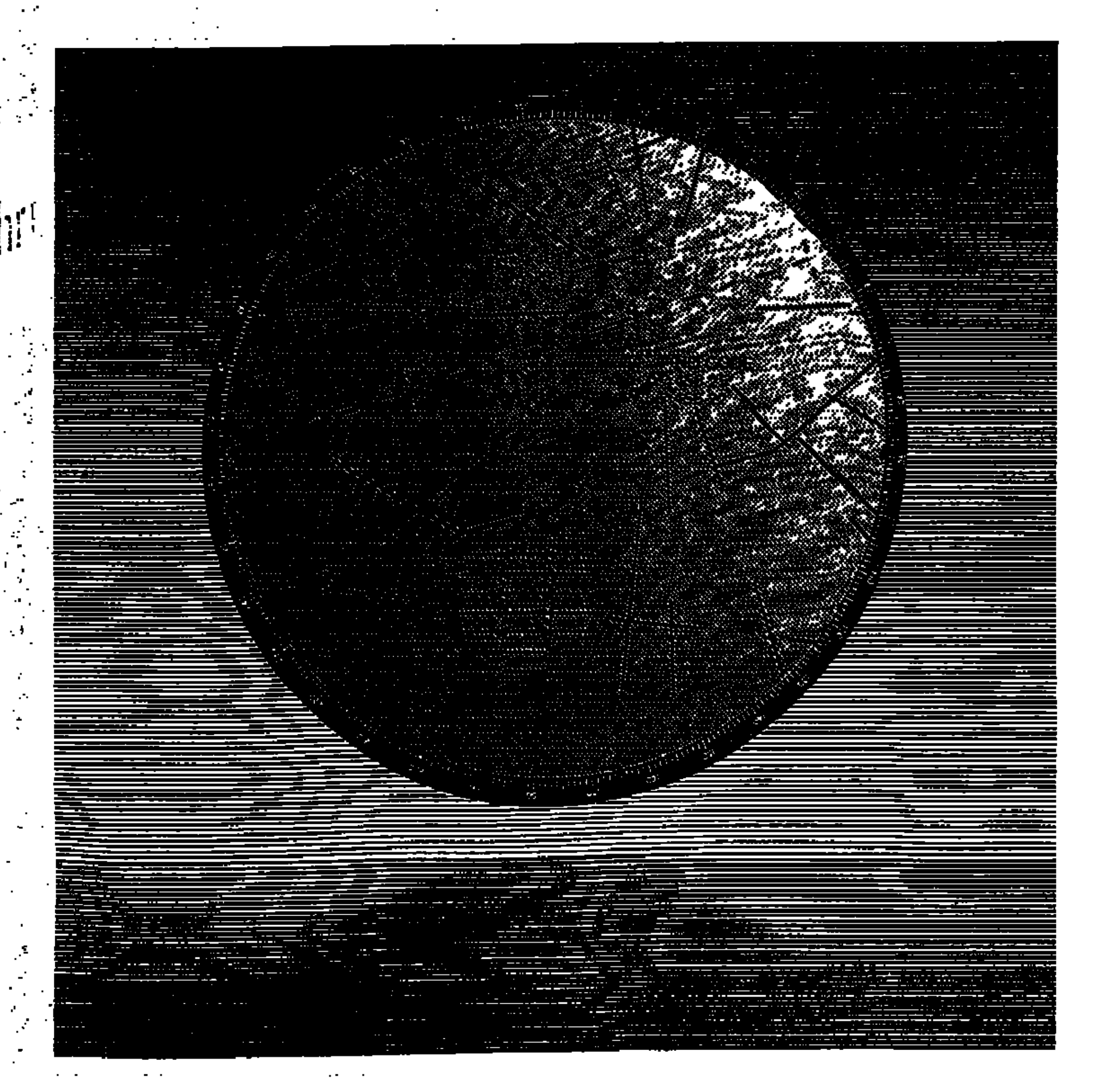
Und viele, viele politische Witzchen. Zum Beispiel der: „Erich kommt in den Himmel. Fragt Petrus: ‚Ost- oder Westhimmel?' Erich: ‚Natürlich Osthimmel!' Sagt Petrus: ‚Aber gegessen wird im Westhimmel. Für einen allein lohnt es sich nicht zu kochen.'"

Bitterkeiten. Die Zukunft beginnt nicht. Und draußen wieder der Dreck. Noch einen Satz aus dem Kabarett an der Thomaskirche findet man gar nicht komisch: „Wenn so der technische Fortschritt aussieht, weiß ich, warum der Weltmarkt vor uns zurückschreckt." Notwendigkeiten bestimmen das Leben. Für Stilfragen ist keine Zeit. Ein Hauch von Westlichkeit hilft gelegentlich der Hoffnung auf die müden Füße. Ein paar Jeans, eine Strumpfhose oder halt der silberne Kölner Dom. In diesem Kontext eher noch deprimierender.

Gegenbilder. In „Auerbachs Keller" Pressegespräche. Ein westlicher Senator hat die Aufmerksamkeit für sich. Bei Hirsch-Steak mit Birnen und Kartoffelklößen werden Probleme der deutschen Reedereien erörtert. Rotkäppchen-Sekt. Der Weinfaßreiter auf der Deckenlampe müßte eigentlich ins Rutschen geraten. Mephisto scheint Faust ins süße Leben zu führen. Ein Schlag auf den Tisch – und das süße Naß fließt in Strömen. Und dann die Nächste im „Haus Konnewitz". Mercedes-Parade. Um Mitternacht eine Schlange, die kaum eine Chance hat, eingelassen zu werden. Der Türsteher trifft seine Auswahl nach undurchschaubaren Kriterien. Fast eine Schlägerei um den Einlaß. Ist hier das Paradies von Leipzig?

Das Gedränge ist unvorstellbar. Eintritt: 3,40 M. Plus Kulturgroschen. Dafür singt die Kapelle: „Schenk deiner Frau doch hin und wieder rote Rosen!" Aber hier sind andere Geschenke gefragt. Dafür ist es dann auch nicht die eigene Frau. Zwei Mädchen fragen, ob man sie zu einem Getränk einlüde. „Am liebsten Gin-Jice!" Ihre Kleider scheinen noch von der Jugendweihe zu stammen. Schwarz mit vielen Rüschen, knielang. Ein Tänzchen in Ehren kann niemand verwehren. „Glaube mir, glaube mir, meine ganze Liebe gab ich dir!" Ob man nicht Lust hätte, mit nach Hause zu kommen. „Eine kleine Party wäre doch ganz gemütlich. Ein paar Flaschen Sekt könnten wir ja von hier mitnehmen." Ist das alles? „Na ja, morgen könnten Sie mir im Intershop eine Karottenhose kaufen." Die Kapelle spielt: „Tausend wunderbare Stunden." Eine Putzfrau drängt sich durch die Menge, wischt mit dem Scheuerlappen über die halbhoch gekachelten Wände, fegt Zigarettenkippen zusammen. Die Bardame lächelt wie Liza Minnelli. Im Flur warten ein paar westliche Herren darauf, ob sie jemandem eine Karottenhose im Intershop kaufen dürfen. Leipziger Paradiese. Sozialistisches Bewußtsein im Andrang des Kapitalismus. Hier möchte man sich gerne waschen, ohne den Pelz naß zu machen.





Wo die sozialistische Welt noch in Ordnung scheint: am Alten Rathaus in Leipzig FOTO: DW.



Kommt Strauß als Kabinettsmitglied nach Bonn? Für Kohl ein politischer Balanceakt zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten FOTO: POLY-PRESS

Poker um Posten und Politik

Von MANFRED SCHELL

Wenn es darum geht, dramaturgische Effekte zu setzen, fällt Franz Josef Strauß immer etwas ein. Und die Kunst, seine Person mit einer Aura des Geheimnisvollen zu umgeben, entwickelt er vor allem dann, wenn es gilt, politische Optionen bis zum Schluß offenzuhalten. So ist es auch diesmal, bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU und der FDP in Bonn, die „in der Sache" unproblematischer verlaufen, als zunächst angenommen werden konnte.

Was will Franz Josef Strauß? Bleibt er in München, oder strebt er ein Ministeramt im neuen Kabinett an? Bundeskanzler Helmut Kohl hätte, als er Samstag abend nach einem für alle anstrengenden Verhandlungstag mit Strauß noch etwas zusammensaß, darauf gerne eine Antwort gehabt. Sie kam aber nicht. Helmut Kohl und auch die engsten Mitarbeiter des CSU-Vorsitzenden sind an diesem Tag um kein Jota schlauer geworden. Helmut Kohl seinerseits war klug genug, seinem Duz- und Wanderfreund Zeit zu lassen, ihn nicht mit dieser harten Frage zu konfrontieren.

Der Kanzler weiß, daß es eine schwere Entscheidung für Franz Josef Strauß ist und daß er sich in solchen Situationen schwertut. Strauß zaudert. Er hat keine Präferenzen erkennen lassen. Um Zeit zu gewinnen, gibt er sibyllinische Erklärungen ab, wonach sein „Herz" für Bayern schlage, ihm der „Verstand" aber den Weg nach Bonn weise.

Nicht anders verhält es sich mit seiner Antwort auf die Frage, ob er noch in der „Kutsche" sitze. Strauß: „Aber selbstverständlich. Ich gehe auch erst raus, wenn der Ertrag sichergestellt ist, oder die Frage, ob ich rausgehe, wird erst beantwortet, wenn die volle Ernte da ist." Helmut Kohl, das war zu hören, hat Franz Josef Strauß in vertraulicher Runde, zu der nach einer guten halben Stunde die Generalsekretäre Heiner Geißler und Edmund Stoiber sowie der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, hinzukamen, erneut sein Angebot unterbreitet: fünf Ministerposten für den Fall, daß Strauß in München bleibt, vier Ministerämter, wenn Strauß nach Bonn kommt.

Diese „Alternativlösung" freilich hat von Anfang an den Widerspruch der CSU gefunden, die generell auf fünf Ämtern beharrt. Kohl und auch Geißler verwiesen auf den Unmut, der sich in CDU-Landesverbänden, vor allem in Norddeutschland, angesichts des „Übergewichts" der CSU ausbreite. Der Standpunkt der CSU in solchen Situationen ist bekannt: Sie versteht sich als Koalitionspartei, und sie mißt sich als solche an dem Gewicht der FDP.

Jedenfalls steht schon heute fest, gleich ob Strauß nach Bonn kommt oder in München bleibt, die CSU wird, was ihre Repräsentanz betrifft, glänzend dastehen. Erinnerungen an das Jahr 1965 werden wach. Damals erreichte es Strauß in zähen und geschickten Verhandlungen mit dem Kanzler Ludwig Erhard, daß die CSU einen fünften Ministerposten erhielt. Die Strategie, die Strauß damals an den Tag legte, hat viele Parallelitäten mit seinem heutigen Vorgehen: Er forderte von Ludwig Erhard ein „Angebot". Erhard trug Strauß daraufhin das Bundesinnenministerium an, und dieser lehnte ab. Als „Kompensation" für diesen Verzicht trotzte Strauß dem Kanzler den fünften Ministerposten für die CSU ab.

„Sie haben wohl den neuen Zeitplan nicht bedacht"

Allgemein war erwartet worden, daß Strauß sich am Samstag erkläre. Die Generalsekretäre Geißler und Stoiber hatten dies Mitte der Woche angekündigt. Vor den am Samstag eilends zusammengerufenen Journalisten teilten dann die beiden Generalsekretäre mit, daß nunmehr statt am Sonntag am Dienstag abschließend verhandelt werde. Stoiber kündigte an, Strauß werde sich am Montag vor dem CSU-Landesvorstand in München erklären. Kaum war diese Nachricht über die Agenturen verbreitet, kam die Korrektur: Die Entscheidung des CSU-Vorsitzenden sei erst nach dem Abschluß der Koalitionsverhandlungen, also am Dienstag, zu erwarten. Strauß zu Stoiber, als dieser in den Verhandlungssaal zurückgekehrt war: „Sie haben wohl den neuen Zeitplan nicht bedacht."

Freilich, so hatte man bei CDU und FDP den Eindruck, daß die CSU an diesem Tag „auf Zeit gespielt hat". Die erste Verzögerung jedenfalls hat Franz Josef Strauß bewirkt, der sein Privatflugzeug aus München eigenhändig gegen Wind anfliegen mußte. Bei gutem Willen, so wurde versichert, hätte man am Sonntag durchaus abschließen können. Besorgnisse, die Kanzlerwahl noch vor Ostern könne hinfällig werden, sind durch die geringe Zeitverzögerung nicht berechtigt. Prompt knüpften sich an die Terminverlagerung neue Spekulationen.

Der Runde war natürlich die neueste „Spiegel"-Meldung über angeblich belastende Aussagen gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nicht unbekannt. Helmut Kohl hatte schon im Laufe der Woche als „Gerücht" davon erfahren. Aber er gibt darauf nichts. Graf Lambsdorff sprach von „altem Kaffee, neu aufgerührt". Und auch Franz Josef Strauß, dem die Meldung „längst durchgestochen" war, hält sie für Unsinn. Eilends wurde jedoch ausgestreut, Strauß spiele auf Zeit, weil die Position von Graf Lambsdorff schwächer werde und somit doch noch der Platz des Bundeswirtschaftsministers freiwerden könnte. Aber der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat Kohl wiederholt wissen lassen, daß die FDP an Lambsdorff „nicht rütteln" läßt; und Kohl wird nichts tun, was den FDP-Politiker in die Nähe einer „Vorverurteilung" bringen würde.

Hinter den Kulissen gab es bei den Koalitionsgesprächen interessante Momente, die auch einer gewissen Dramatik nicht entbehrten. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der seit Tagen eine schwere Angina hat, drohte mit seinem Rücktritt, falls die Rentenerhöhung 1984 erneut verschoben würde. Erregt rief Blüm: „Ihr könnt alles mit mir machen, aber das nicht." Jetzt sollen neue Finanzierungsmodelle gefunden werden.

In der Rechts- und Innenpolitik wurde entgegen den Erwartungen rasch eine Verständigung gefunden. Die FDP akzeptierte die Wiedereinführung des Straftatbestandes „Landfriedensbruch"; die CDU verzichtete dafür auf ein „Vermummungsverbot". Am Paragraphen 218 wird nichts geändert, bis das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorliegt. Und in der heiklen Frage des Kontaktsperregesetzes hat man sich auf eine Lösung verabredet, die von allen Konzessionen verlangt: Inhaftierte Terroristen sollen auch in Situationen, in denen der Staat erpreßt werden soll, Zugang zu einer „Vertrauensperson" (nicht Anwalt) finden können.

Zimmermann und Baum berieten über Details

Nicht ohne Reiz war, daß zeitweise Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und sein Amtsvorgänger Gerhart Baum über Details beraten mußten, zumal beide aus ihrer gegenseitigen Abneigung keinen Hehl machten. Baum, so hieß es, habe Zimmermann auf das Problem der Homosexuellen aufmerksam gemacht und dabei von zwei Millionen Männern gesprochen, worauf Zimmermann trocken antwortete: „Gell des wissen Sie vom Datenschutz."

Als es um die Deutschlandpolitik ging, wurde der Besuch von Helmut Schmidt am Werbellinsee „Negativbeispiel" für den Umgang mit der „DDR" genannt. Zum Erstaunen vor allem der CSU sagte Graf Lambsdorff: „Sie haben recht, Herr Strauß, es war ein Skandal." Und am Tisch war auch zu hören, daß Genscher damals Schmidt – wegen der Vorgänge in Polen – empfohlen hatte, sofort zurückzureisen und eine Kabinettssitzung einzuberufen.

Kontroversen werden am Dienstag erwartet, wenn es um die Außenpolitik geht. Die FDP betrachtet auch hier die CSU als „Störfaktor". Sie kennt natürlich das Positionspapier, das Strauß in seiner Tasche hat und in dem es heißt, mit einer Außenpolitik der „Unverbindlichkeiten" müsse Schluß sein. Die Union fordert eine andere Südafrika-Politik, auch die Wiedereröffnung des Konsulats in Windhuk. Aber auch hier, so gibt man sich im Kanzleramt zuversichtlich, ist eine Übereinkunft möglich: vorausgesetzt, „Strauß und Genscher erklären sich nicht gegenseitig für unfähig". Und dann, am Dienstag, will Helmut Kohl den CSU-Vorsitzenden fragen: „Franz Josef, wie steht's?"

Lennings: Keine Entlastung durch Umverteilung

AP, Bonn

Der Präsident des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Manfred Lennings, hat gewerkschaftlichen Plänen zur Umverteilung der Arbeit eine Abfuhr erteilt. Denn 25 Prozent der Arbeitslosen hätten eine falsche Berufsausbildung und ihnen könne deshalb nicht mit Arbeitszeitverkürzung, wohl aber mit Umschulungsmaßnahmen geholfen werden.

Im übrigen, so sagte Lennings im Sender Freies Berlin, sei ohnehin nicht mit einem baldigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. „Wir werden kein Wachstum erzielen können, das so groß ist, daß es die Produktivitätssteigerungen und gleichzeitig die Tatsache überkompensiert, daß wesentlich mehr junge Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen ins Berufsleben eintreten, als ältere ausscheiden."

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, hat demgegenüber am Wochenende erneut die Verkürzung der Arbeitszeit als das „auf Dauer vermutlich einzig wirksame Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit" bezeichnet.

Gegen Rücknahme von Reformen

rtr/AP, Osnabrück

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günther Schröder, hat die Bundesregierung davor gewarnt, „die liberalen Reformen auf den Gebieten der Inneren Sicherheit und des Rechts anzutasten". Sollte es beim Demonstrationsrecht beispielsweise eine Einengung dadurch geben und die Vermummung von Demonstranten zu einem Straftatbestand gemacht werden, „werden wir uns massiv dagegen verwahren". Von der Polizei „darf nicht verlangt werden, Innere Sicherheit nur wegen eines Bundestagswahlausgangs mal so und mal so zu garantieren". In einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" lehnte er darüber hinaus den Einsatz von Beamten bei der Volkszählung ab, „die sich von ihren Aufgaben her mit der Strafverfolgung beschäftigenen müssen".

FDJ soll für Rekruten sorgen

AP, Berlin

Offensichtlich aus Sorge um eine ausreichende Zahl von Rekruten angesichts geburtenschwächerer Jahrgänge hat die staatliche Jugendorganisation FDJ ihren „politischen Kampfauftrag" unterstrichen, „sich zielstrebig um die Gewinnung des militärischen Berufsnachwuchses zu sorgen". Wie Major Fischer, Mitglied des FDJ-Zentralrates, jetzt in der Zeitschrift „Militärwesen" schrieb, läge gerade im Altersbereich von 14 bis 18 Jahren der Anteil der FDJ an der politisch-ideologischen Arbeit zur Sicherung des militärischen Berufsnachwuchses. Wichtige Bedingung für den Erfolg sei das abgestimmte Vorgehen mit der Schulleitung, der Schulparteiorganisation, den Lehrern, den Elternvertretern und den „Beauftragten für Nachwuchssicherung" an jeder Schule.

„Belastungen zu groß geworden"

AP, München

Der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter, hat die Katholiken vor einem Rückzug aus der Gesellschaftspolitik gewarnt: „Leisten wir uns keinen Rückzug in die Sakristei, und bekennen wir unseren Glauben mit allen Konsequenzen." Vor den Delegierten der Vollversammlung des Diözesanrates sagte Wetter in Freising, daß nur ein ungebrochenes Ja zum Leben die richtige Antwort sei auf eine weitverbreitete Mentalität der Lebensfeindlichkeit sowie eine wirksame Hilfe für Ehe und Familie. „Immer mehr Ehen zerbrechen, nicht weil die Menschen treueloser oder schlechter sind als früher, sondern weil die Belastungen für sie zu groß geworden sind."

Offene Kritik am Führungsstil Vogels aus der SPD-Fraktion

„Wehner hätte das nicht so gemacht" / Flügelkämpfe in der Parteispitze

WILM HERLYN, Berlin

Der Mitte-Rechts-Block in der SPD-Bundestagsfraktion will die Neuwahl der insgesamt acht Vizeposten und Arbeitskreisleitungen offen halten. Der Sprecher des „Seeheimer Kreises", der frühere Verteidigungsminister Hans Apel, sagte gestern vor dem Parteirat in Berlin: „Wenn aus elf Posten acht werden, ist es natürlich, wenn es dann knirscht." Einlenkend betonte er: „Unsere Alternative bedeutet aber nicht, daß wir nicht hinter dem Fraktionsvorsitzenden Vogel stünden." Damit wurde deutlich, daß er an dem Gegenvorschlag festhält, der am Dienstag in der Fraktion zur Abstimmung steht: Gegen das Integrationsmodell Vogels mit Roth, Emmerlich und Däubler-Gmelin steht das Apel-Modell mit Ehrenberg, Penner und Frau Steinhauer zur Wahl.

Auch die frühere Familienministerin Antje Huber zeigte sich nicht glücklich über Vogels Vorgehen: „Herbert Wehner hätte das nicht so gemacht. Da sind acht Posten zu vergeben und wir bekommen nur acht Personen zur Wahl. Das ist keine Wahl – das sind wir so in der Fraktion nicht gewohnt."

Nach dem Diskussionsbeitrag Apels sprachen Vogel und Apel in den Wandelgängen des Reichstages sieben Minuten lang miteinander – offensichtlich aber ohne Annäherung der Standpunkte.

Zuvor hatte Vogel deutlich gemacht, es sei in dieser Situation notwendig, „den Aufbruch nach vorn zu wagen. Aber um das leisten zu können, was wir uns vorgenommen haben, können wir keine Reibungsverluste gebrauchen". Gegen seine sonstige Gewohnheit, so berichteten Teilnehmer – habe Vogel emotionsbetont auch für seine Person Solidarität gefordert: „Ihr könnt mich mit meinen 58 Jahren nicht mehr zurechtzupfen. Entweder Ihr nehmt mich wie ich bin . . ." Den Satz vollendete ein Zwischenrufer: „. . . oder gar nicht." Auch wenn Vogel darauf nicht direkt einging, so machte er doch klar, wie wichtig ihm sein personelles und organisatorisches Konzept ist, daß er für die kommenden vier Jahre in der Opposition vorgelegt hat. Dabei setzt er darauf, vor allem die Flügelkämpfe und Gruppenabsprachen zu beseitigen und ein geschlossenes Bild zu präsentieren. Darin wird er – wenn auch gestern sehr verklausuliert – vom Bundesvorsitzenden der Partei, Willy Brandt, unterstützt.

Parteivorstand wie Parteirat – das höchste Gremium zwischen den Parteitagen – hatten sich am Wochenende im Berliner Reichstag getroffen., um die Niederlage des 6. März in Klausurtagung zu analysieren.

Frank Dahrendorf: „Wir haben alle verloren und ziehen jetzt die Lehren draus." Und: „Wir haben die Wahl nicht im Wahlkampf verloren, sondern in den Jahren zuvor." In den Diskussionen wurden die Bemühungen der Führungsspitze deutlich, aufkommende Flügelkämpfe im Keim zu ersticken. Brandt rief zu einer „kraftvollen und konstruktiven Opposition" auf. Die SPD werde „hart dagegen halten, wenn die Lasten der Wirtschaftskrise auf die Schwachen verteilt werden", wie es sich jetzt bei den Koalitionsverhandlungen in Bonn abzeichne.

Vogel sagte, die konservative Koalition habe die Wahl mit dem Slogan „Den Aufschwung wählen" gewonnen – „aber Konzepte dafür hat sie nicht". Gerade in der Wirtschaftspolitik werde die SPD angesichts der drückenden Arbeitslosigkeit ihre Lösungsvorschläge „offensiv ins Feld führen".

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, dem viele Genossen schon am Abend des 6. März eine falsche Strategie mit zu intellektuellen Themen vorgeworfen hatten, gestand in einer 97 Seiten langen Analyse ein, die SPD habe sich „auf wirtschaftspolitischem Feld zu wenig deutlich artikuliert".

Teilnehmer der Klausur verwiesen darauf, daß „Schuldzuweisungen peinlich vermieden wurden". Personelle wie organisatorische Konsequenzen wurden nicht gezogen.

Der Chef des mitgliederstärksten Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann, bekannte zwar: „Natürlich haben wir Stimmen von Arbeitern verloren – vor allem dort, wo sie schon ein Häuschen oder sonst ein bißchen Eigentum haben." Die Konsequenz für die SPD sei nun, ihre Vorstellungen „besser an den Mann zu bringen" und mehr auf den Bürger zuzugehen. Dies müsse vor allem beim „praktischen Umweltschutz geschehen, dort, wo der Bürger das anfassen kann".

Kritik übte auch der hessische Regierungschef Holger Börner. Er sagte, die SPD habe es nicht verstanden, sich um Handwerk und selbständigen Mittelstand zu kümmern. Gerade die Rückgewinnung dieser Schicht „der wir keine Themen angeboten haben", sei entscheidend für den Gewinn von Wahlen.

Brandts Vize umriß zusammenfassend die wichtigsten Problemgruppen der Arbeit für die SPD:

- die Wirtschaftskompetenz der Partei inhaltlich und personell deutlich machen,
- die Position abgrenzen gegenüber den Grünen und „grüne Themen" besetzen,
- „die Ränder nicht unscharf werden lassen".

Am 18. April wird der Vorstand noch einmal in Bonn abschließend die Argumente gewichten und organisatorische Konsequenzen ziehen. Die Richtung ist seit Berlin aber vorgegeben: Von vorn anfangen, über Basisarbeit in Städten und Gemeinden die Wahlen in Kommune, Land und später im Bund wiedergewinnen.

„Den weiteren Abbau von Betten stoppen"

Gespräch mit dem Chef der Krankenhausgesellschaft

PETER JENTSCH, Düsseldorf

Gegen die „Herabwürdigung der deutschen Krankenhäuser zum Buhmann der Nation" durch eine „Einheitsfront aus Ärzten, Zahnärzten, einem großen Teil der Politiker und der Krankenkassen" hat sich der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Prof. Hans-Werner Müller, ausgesprochen. Im Vorfeld der an diesem Mittwoch tagenden konzertierten Aktion im Gesundheitswesen erklärte Müller in einem Gespräch mit der WELT, er betrachte „den jetzt ganz offen geführten Kampf, die Krankenhäuser möglichst trocken zu legen und möglichst viele stationärübliche Maßnahmen in den ambulanten Bereich zu verlagern, als außerordentlich gefährlich, und zwar sowohl für den Patienten wie für das Gesundheitswesen insgesamt".

Der DKG-Chef, der 3234 Kliniken mit insgesamt rund 765 000 Beschäftigten vertritt, geißelte insbesondere die Forderungen nach weiteren Bettenabbau in den Kliniken. Vor zehn Jahren habe man den Krankenhäusern noch vorgeworfen, Patienten auf den Fluren unterzubringen, heute halte man ihnen den „Bettenberg" vor, an dem die Krankenhäuser selbst schuldlos seien. Müller wies in diesem Zusammenhang die Einschränkung von Politikern zurück, Bettenabbau bedeute nicht Personalabbau. Der DKG-Chef: „Wenn man Betten abbaut, ohne Personal zu entlassen, dann müssen die etwa gleichen Kosten auf weniger Patienten umgeschlagen werden. Das führt zu teureren Pflegesätzen. Man erreicht also das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte."

Die Reduzierung der Bettenkapazität ist darüber hinaus nach Darstellung von Professor Müller nicht in Einklang zu bringen mit der Medizinerausbildung. Heute hätten die Kliniken schon das sogenannte praktische Jahr zu verkraften. Hinzu kommen nach einem Vorschlag der Rektorenkonferenz demnächst ein halbjähriger Eignungstest vor Beginn des Studiums und nach der Approbation eine ein- bis zweijährige berufspraktische Tätigkeit im Krankenhaus. Dies alles sei bei noch geringerer Bettenzahl und damit weniger Patienten nicht zu verkraften. Die Qualität der ärztlichen Ausbildung werde geringer.

Auch den Ärzten gegenüber erhob Professor Müller heftige Vorwürfe. Als „volkswirtschaftlichen Wahnsinn" bezeichnete er einen Aufruf der kassenärztlichen Bundesvereinigung an die Kassenärzte, sich gemeinschaftlich teure medizinische Geräte anzuschaffen, zum Beispiel die neuen Nierensteinzertrümmerer. Müller: „Um des finanziellen Vorteils der niedergelassenen Ärzte willen sollen die in den Kliniken in technisch notwendige Geräte investierten Milliardenbeträge brach gelegt und im ambulanten Bereich neu beschafft werden. Das sind doppelte Investitionskosten und erhöhte Folgekosten für die Krankenkassen."

Diese Entwicklung nannte Professor Müller auch eine Folge des zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigung Bayern geschlossenen Bayernvertrages und seiner Philosophie: „Soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig." Das habe dazu geführt, daß in Bayern mittlerweile die Krankenhauspflege wesentlich teurer sei als im Bundesdurchschnitt. Müller: „Ich sehe die Gefahr, daß man die Krankenhäuser nur noch den Schwerstkranken zugänglich machen will und die übrigen Patienten in die freie Praxis zieht. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Patienten; dadurch wird bei weiter steigenden Ärztezahlen das Gesundheitswesen letztlich unbezahlbar."

Kreml zensiert Fernsehfilme von US-Reportern

dpa, Moskau

Die Korrespondenten von zwei amerikanischen Fernsehgesellschaften in Moskau müssen künftig ihr Video-Material vor dem Transport ins Ausland dem Zoll zur Besichtigung überlassen. Wie der Korrespondent des Columbia Broadcasting System (CBS) in Moskau am Wochenende mitteilte, gilt nach Mitteilung des sowjetischen Außenministeriums diese Neuregelung auch für die Einfuhr von Video-Kassetten.

CBS hat die neue Bestimmung in einem Protestschreiben an den sowjetischen Botschafter in Washington Dobrynin, als „klaren Fall von Nachrichtenzensur" und Verstoß gegen die KSZE-Schlußakte kritisiert und ihre sofortige Wiederaufhebung verlangt. Die meisten Fernsehkorrespondenten in Moskau, auch die aus der Bundesrepublik, arbeiten noch nicht mit Video-Kameras.

Verleger in Athen ermordet

SAD, Athen

Der Verleger der konservativen Athener Abendzeitung „Vradyni", Georgios Athanassiadis (71), ist am Samstagabend von einem Unbekannten in seinem Büro im Zentrum Athens kaltblütig erschossen worden. Das Motiv des Verbrechens ist unklar. Athanassiadis, Vorsitzender des Verbandes der Athener Zeitungsverleger, war ein enger Freund des griechischen Staatspräsidenten Konstantin Karamaanlis. Ein anderer wurde durch zwei Schüsse schwer verletzt.

Der konservative Oppositionsführer Evangelos Averoff sprach von einem „politischen Mord" und forderte den sofortigen Rücktritt „derjenigen Regierungsmitglieder, die ein Klima des Hasses und des Terrors kultiviert haben".

Papst bekräftigt Recht auf Arbeit

rtr/dpa, San Salvo

Papst Johannes Paul II. hat sich am Wochenende für die „volle und wirksame" Anerkennung der Rechte der Arbeiter ausgesprochen. Zum Tag des Heiligen Sankt Joseph, des Schutzpatrons der Arbeiter, sagte er vor Fabrikarbeitern in San Salvo (Mittelitalien), Vollbeschäftigung sei ein höchst menschliches Ziel. Regierungen hätten die Pflicht, gegenläufige wirtschaftliche Entwicklungen zu korrigieren. „Arbeit ist ein Recht des Menschen." Es dürfe jedoch nicht mit Methoden des Konflikts auf der Grundlage von Klassenideologien, sondern solle auf dem Weg der Solidarität durchgesetzt werden. Die Kirche sei gegen verhärteten Konservatismus. Die hohe Arbeitslosigkeit werfe die Frage auf, ob der technische Fortschritt nicht auch zum Feind des Menschen werden könne

Südafrika: 7000 Kubaner nach Angola

SAD, Johannesburg

Fidel Castro hat in den vergangenen vier Wochen weitere 7000 kubanische Soldaten nach Angola einfliegen lassen und die kubanische Truppenpräsenz damit auf 30 000 Mann verstärkt. Das wurde am Wochenende aus dem südafrikanischen Verteidigungsministerium bekannt. Südafrika geht außerdem davon aus, daß sich mehrere hundert sowjetische und „DDR"-Militärberater in Angola aufhalten. Südafrika hat rund 20 000 eigene Soldaten an der Grenze zu Namibia stationiert und hält einige südliche Landesteile von Angola besetzt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Der Herr Lemke is eine jute Mann"

MANFRED R. BEER, Lübeck

Helmut Lemke (75) hat heute zu einem „Parlamentarischen Abend", seit langem geselliger Bestandteil des politischen Lebens in Schleswig-Holstein, in das Kieler Schloß eingeladen. Der populäre Landtagspräsident bittet seine Gäste zum letzten Male zu Tisch.

Der große alte Mann der norddeutschen CDU nimmt Abschied von der politischen Szene, die er seit drei Jahrzehnten maßgeblich mitgestaltet hat. Drei Tatbestände, sagt Lemke, würden ihm indes den Entschluß, sich in das Privatleben zurückzuziehen, sehr erleichtern.

Da ist der großartige Wahlerfolg von Uwe Barschel, als dessen Mentor und väterlicher Freund sich Lemke betrachtet; dann die Nominierung des bisherigen Finanzministers Titzck durch die CDU-Landtagsfraktion zu seinem Nachfolger (Lemke: „Rudolf Titzck wird dieser Aufgabe bestimmt mit Sachverstand und Geschick gerecht werden"); und schließlich, daß sein jüngster Sohn Volker als CDU-Abgeordneter in den neuen Landtag einzieht. Sozusagen ein familiärer Wachwechsel, die Kontinuität ist gewahrt.

Helmut Lemkes politische Karriere begann Anfang der fünfziger Jahre in der Hansestadt Lübeck, wo er sich als Anwalt und Notar niedergelassen hatte. Den Krieg hatte er als hochdekorierter Seeoffizier mitgemacht (Kommandant von Vorpostenbooten und Sperrbrechern); nach der Kapitulation fuhr er drei Jahre lang freiwillig im internationalen Seeminenräumdienst vor deutschen und skandinavischen Küsten.

Bald machte sich Lemke als CDU-Kommunalpolitiker einen Namen, wurde Senator und Zweiter Bürgermeister von Lübeck. 1954 holte ihn Kai-Uwe von Hassel in sein Kabinett nach Kiel – ein Jahr Kultusminister, sieben Jahre Innenminister. Es war die Zeit des dynamischen Aufbaus in Schleswig-Holstein. Lemke hatte nicht unwesentlichen Anteil, daß der fragwürdige Nimbus vom „Armenhaus der Bundesrepublik" in Vergessenheit geriet.

Helmut Lemke erregte bald auch die Aufmerksamkeit Adenauers („Der Herr Lemke ist eine jute Mann"). Wie Lemke heute sagt, sei die Bundespolitik jedoch niemals erstrebenswertes Ziel für ihn gewesen, obwohl er als Bundesratspräsident (als solcher vier Monate amtierender Bundestagspräsident) mit Erfolg in Erscheinung getreten war.



Helmut Lemke FOTO: SVEN SIMON

Lemke wollte das Beste tun für die Menschen im nördlichen Bundesland. Dies ist ihm auch gelungen, vor allem, nachdem er 1963 Ministerpräsident wurde. Kieler Regierungschef war Lemke bis zum Frühjahr 1971. Diese Stellung erfüllte er trotz mancher unausbleiblicher persönlichen Enttäuschung, bis er Gerhard Stoltenberg ein gutes Erbe übergeben konnte. Als Präsident des schleswig-holsteinischen Landtages zeigte Lemke bemerkenswerte Volksnähe, sein Amt gewann unter ihm an Bedeutung und Reputation.

In seiner langen politischen Laufbahn, die vor allem geprägt war von dem von ihm stark beeinflußten Ausgleich mit dem dänischen Nachbarn, hat der konservative Lemke immer wieder dazu aufgefordert, den politischen Gegner zu respektieren, „der aus seiner Sicht glaubt, ebenfalls den richtigen Weg zu gehen".

Ein enges freundschaftliches Verhältnis verband ihn vor allem mit Professor Herbert Weichmann (SPD), dem ehemaligen Hamburgor Bürgermeister. Lemke sagt: „Weichmann und ich hatten immer dieselbe Auffassung vom Staat und der Verpflichtung gegenüber dem Staat."

Lemke hatte stets die Jugend auf seiner Seite. Und Ministerpräsident Uwe Barschel spricht von einer „enormen Toleranz", die der Politiker Lemke gegenüber der jungen Generation an den Tag lege.

Abschiedsstunde in Kiel. Helmut Lemke geht von Bord, ein Mann vom alten Schlag. Geht er in den endgültigen Ruhestand? „Nun", meint der Landtagspräsident, „so ganz wird man's ja nicht lassen können." Er wird sich als Vorsitzenéer des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland weiter betätigen, er wird weiter Anwalt und Notar in Lübeck sein, als Anwalt vor dem Bundesverfassungsgericht und den Oberverwaltungsgerichten in Erscheinung treten. „Und schließlich bin ich ja noch immer Ehrenvorsitzender der schleswig-holsteinischen CDU", sagt der alte Herr: „Ich werde immer zur Stelle sein mit Rat und Tat – anregend, mahnend, aber auch warnend, wenn es sein muß."

200 Millionen Mark für die Mission im Osten

Arbeitskreis Christlicher Publizisten tagte in Kassel

XING-HU KUO, Kassel

Einen höchst ungewöhnlichen Gast hat der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten" (ACP) am Wochenende in der Kasseler Stadthalle geehrt: den amerikanischen Astronauten Generalmajor Charles Duke. Der 48jährige Reserveoffizier der US-Luftstreitkräfte, der im April 1972 auf dem Mond war und 100 Kilogramm Mondgestein auf die Erde brachte, wurde vom ACP-Vorsitzenden Heinz Matthias jedoch nicht für diese kosmischen Leistungen gewürdigt, sondern das „herausragende christliche Bekenntnis" Dukes hat den Arbeitskreis, dessen Förderkreis derzeit mehr als 100 Mitglieder zählt, tief beeindruckt.

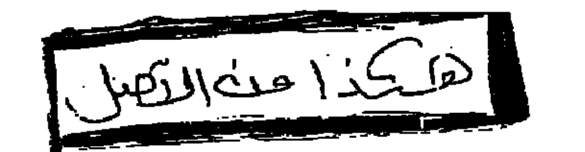
Der ACP würdigte auf der Tagung, an der 500 Personen teilnahmen, auch das Wirken der „Christlichen Ostmission" (COM). Diese weltweit operierende Organisation, deren deutsche Zentrale sich in Friedberg/Hessen befindet, hat in den Jahren 1981 und 1982 rund 200 Millionen DM für Hilfsmaßnahmen im gesamten Ostblock für die dort verfolgten Christen bereitgestellt. Vor allem Bibeln, aber auch Medikamente, Textilien, Lebensmittel wurden, teils von Touristen, in diese Staaten geschmuggelt, berichtete der COM-Vertreter Ottokar Walther. Auch durch Rundfunksendungen würden Millionen von verfolgten Gläubigen in die Lage versetzt, christliche Botschaften zu empfangen. Seit vier Jahren hat die Christliche Ostmission ihre Arbeit durch den „Internationalen Hilfsfonds" erweitert.

In den vergangenen Jahren wurden vom Arbeitskreis Christlicher Publizisten zahlreiche Persönlichkeiten, aber auch Redaktionen ausgezeichnet, die sich für das Anliegen des Kreises besonders verdient gemacht haben, so beispielsweise die Zeitschriften „Readers Digest" (Das Beste) und „Hörzu".

Der ACP geht auf die „Evangelische Allianz Nordhessen" zurück, die 1972 gegründet wurde. Schon damals war die Arbeit in den und für die Medien das Schwergewicht der Allianz. Da sich jedoch auch nicht wenige katholische Publizisten mit der Arbeit der neuen Organisation solidarisierten und aktiv mitwirkten wollten, änderte sie 1979 ihren Namen.

Das Ziel des Arbeitskreises ist nach Angaben des Vorstandsmitglieds Dr. Buchholz, „Menschen in verantwortlichen Positionen sensibel zu machen, mit den ihnen anvertrauten Menschen so umzugehen, wie es der Schöpfer fordert. Und daß diese Positionen auch einen Auftrag des Schöpfers darstellen, so zu handeln". Ein Anliegen des ACP sei es auch, darauf hinzuweisen, daß aus der „tiefgehenden Krise" der Gegenwart nur die „Umkehr zu Christus" erfolgversprechend sei, „einen anderen Weg gibt es nicht", so Buchholz weiter.

Um dieses Ziel konkret zu verwirklichen, sind die Vorstandsmitglieder des ACP ständig „zu Besuch" bei Prominenten in Politik, Wirtschaft und Kultur. Es gibt wohl kaum einen bekannten Politiker in der Bundesrepublik, mit dem ACP-Vertreter nicht über ihr christliches Anliegen diskutiert haben. Vor allem im Bereich der Medien gibt es erste konkrete Resultate. Nach Angaben vom ACP-Vorsitzenden Matthias war eine Sendung mit Astronaut Duke im Hessischen Fernsehen die 100. Sendung in den elektronischen Medien, die vom Arbeitskreis initiiert worden ist.



Wie einig sind sich USA und Europa noch?

Das 33. deutsch-englische Gespräch in Königswinter

BERNT CONRAD, Bonn

Driften Amerikaner und Westeuropäer auseinander? Zu Beginn des 33. deutsch-englischen Gespräches in Königswinter am Freitagmorgen schien die Neigung zu bejahen, diese Frage zu bejahen. „Zeit"-Herausgeber Theo Sommer jedenfalls zeichnete als Einleitungs-Referent ein düsteres Bild der Lage. „Es gibt kaum noch einen Punkt, in dem Amerikaner und Europäer einer Meinung wären", behauptete er.

In einem 8-Punkte-Katalog geißelte er Ronald Reagan, der das Ost-West-Verhältnis als einen Kampf zwischen den Mächten des Lichts und der Finsternis mißverstehe, der den Osthandel ablehne und nur unter europäischem Druck zu Rüstungskontroll-Verhandlungen, aber immer noch nicht zu Kompromissen bereit sei. Europa – so Sommers These – müsse sich endlich ermannen und ein eigenes Kraftfeld innerhalb der atlantischen Allianz bilden.

Die Kassandra-Rufe des Hamburger Journalisten fanden durchaus prominenten Widerhall. Der stellvertretende britische Labourführer Denis Healey beispielsweise sprach von einem wachsenden Einfluß der „ideologischen Rechten" in Washington und warf Präsident Reagan vor, noch immer nicht im Sattel zu sitzen. „Dies ist die längste Übergangs-Periode in der amerikanischen Geschichte", meinte er. Nach Healeys Ansicht ist das amerikanische politische System immer unfähiger zur Führerschaft geworden und zwar nach außen wie nach innen.

Andere britsche und deutsche Redner in der Arbeitsgruppe I lieferten konkrete Hinweise auf amerikanisch-europäische Differenzen in den verschiedensten Bereichen bei: Die Skala reichte von dem drohenden Handelskrieg über der amerikanischen Vorliebe für Sanktionen gegen Osteuropa bis zur Abrüstungs- und Verteidigungspolitik. Ein Labour-Politiker rügte die „Ignoranz" Washingtons bei der Beurteilung des europäisch-sowjetischen Erdgas-Röhrengeschäfts. Immer wieder wurde mangelndes Verständnis für europäische Interessen beklagt.

Doch dann rollte die Gegenbewegung an und gewann bis zum Sonntag klar die Oberhand. Der Staatssekretär im britischen Foreign Office, Sir Antony Acland, bezeichnete die Hinweise auf Spannungen zwischen Europäern und Amerikanern als deutlich übertrieben. Botschafter a. D. Edgar von Schmidt-Pauli stellte fest: „Die Elemente, die uns einigen, sind viel stärker als alles Trennende."

Professor Karl Kaiser von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik machte klar, daß die Europäer ohne die USA kaum etwas in der Welt erreichen können. „Die Reagan-Administration – ob wir sie nun mögen oder nicht – ist die einzige, die wir haben. Gewiß müssen wir den Amerikanern unsere Meinung sagen. Wichtig aber ist, wie wir sie sagen: Tun wir das zu laut und zu oft, dann reduziert sich in Washington die Bereitschaft zuzuhören", sagte Kaiser. Der Kölner CDU-Politiker Peter von der Heydt ergänzte: „Die Grundlage der NATO ist noch intakt."

Gegen den immer wieder geäußerten Wunsch nach engeren und auch stärker institutionalisierten Konsultationen erhob sich kein Widerspruch. Doch der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth, wies darauf hin, daß gerade auf dem auch in Königswinter heftig diskutierten Gebiet der Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) ein Maß an Koordination zwischen Europäern und Amerikanern bestehe, „wie wir es nie zuvor hatten". Die amerikanische Regierung sei bereit, auf europäische Anregungen zu hören. „Und das ist bemerkenswert", betonte Ruth, nachdrücklich unterstützt von dem Unterstaatssekretär im britischen Kabinettsamt, Goodall.

Von dieser Seite her war also fundierte Kritik an der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses nicht möglich. Das Hauptargument der deutschen und der britischen Nachrüstungsgegner ging dann auch in eine andere Richtung und zielte auf die nach ihrer Meinung wachsende öffentliche Unruhe in der westeuropäischen Bevölkerung. FDP-Professor Ralf Dahrendorf prophezeite, ohne selbst gegen die Nachrüstung zu votieren, für den Sommer und Herbst eine große Bewegung „zivilen Ungehorsams". SPD- und Labour-Redner verlangten Rücksichtnahme darauf, ihnen hielt der britische Diplomat Goodall entgegen: „Würden wir jetzt vor dem Druck aus der eigenen Bevölkerung zurückweichen, so würden wir unsere Sicherheit gefährden."

Bangkok entschärft mit Wahlen den Konflikt mit den Militärs

Das Parlament lehnte Verfassungsänderung ab / Schlüsselfigur ist Armeechef Arthit

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Überraschend hat der thailändische Regierungschef Prem Tinsulanond am Wochenende das Parlament aufgelöst und die ursprünglich am 12. Juni vorgesehenen Neuwahlen auf den 18. April vorgezogen. Prem begründete seinen Schritt damit, er müsse Ruhe und Ordnung im Lande gewährleisten.

Zuvor waren die Generale mit ihrer Absicht nicht durchgedrungen, sich im Parlament mit dem von ihnen beherrschten Senat auch künftig die Macht über das Abgeordnetenhaus zu sichern. Eine entsprechende Verfassungsänderung war in der dritten Lesung an zehn fehlenden Stimmen gescheitert. Die unterlegenen Gruppen hatten sofort neue Anträge eingebracht mit dem Ziel, das Abstimmungsergebnis doch noch zu ihren Gunsten auszulegen. Hieran sind sie nun durch die vorzeitige Auflösung des Parlaments gehindert.

Der Abgeordnete Chalard hatte gedroht, er würde sich sein Leben nehmen, sollte der Änderungsvorschlag auch die dritte Lesung passieren. Der Initiator der Verfassungsänderung war Heereschef Arthit. Chalard warnte vor einer uniformierten Interessengruppe, die im Namen der Demokratie die Demokratie zu usurpieren suche. Was hatte den 58jährigen General dazu bewogen, die Verfassungsfrage neu auf den Tisch zu bringen?

Zweimal hatte das Parlament im vorigen Jahr eine Änderung der Verfassung diskutiert. Der Grund: Die 1978 erlassene Verfassung bestimmt, daß mit dem Ablauf der Legislaturperiode am 21. April 1983 ein neues Wahlverfahren wirksam wird: Es versagt Splittergruppen den Einzug ins Parlament und erlaubt nur größeren Parteien die Beteiligung an der Wahl; es beschränkt die Macht des ernannten Senats, der fast ausschließlich aus Offizieren besteht; es erlaubt den Staatsbediensteten nicht länger die gleichzeitige Ausübung eines politischen Amts.

Auf in den Kampf, sagten die kleineren Parteien, angeführt von dem charismatischen Führer der Prachakorn Partei, Samak Sundarevej. Aus Kreisen der Militärs kam der Einwand, daß ohne sie die Demokratie nicht funktionsfähig sei. Doch alle Versuche, die neuen Bestimmungen zu blockieren, fielen durch.

Die Amtszeit des Parlaments war zu Ende. Premierminister Prem appellierte an die Verlierer, den Willen der Parlamentsmehrheit zu respektieren. Eben das sei Demokratie, wie sie doch alle wollten. Prem schien zufrieden, mit ihm sein Freund, Mom Kukrit Pramoj, selbst ehemaliger Premierminister und Chef der „Sozialen Aktionspartei" (SAP), der mit Abstand größten und stärksten Partei im Land. Kukrit und seine SAP würden jetzt darauf hoffen können, der Sieger der nächsten Wahlen zu sein.

Dann überraschte Anfang Januar General Arthit mit einer Fernsehrede, die einem öffentlichen Dolchstoß gegen Prem gleichkam. Er habe „neue Daten", die eine Verfassungsänderung zum nationalen Gebot machten, sagte er. Was für neue Daten? Arthit gab keine Auskunft, trat statt dessen von seinem Amt als Senator zurück und entzog sich damit dem Schußfeld der Politik.



Premier Prem Tinsulanond sucht Kompromiß durch Neuwahlen
FOTO: GAMMA/STUDIO X

Hinter den Kulissen machten sich seine engsten Vertrauten, der stellvertretende Heeresstabschef Chaowalit, und der Kommandeur der Ersten Armeeregion, General Major Pichit, ans Werk. Über ihren Mittelsmann, den finanzkräftigen Führer der kleinen, aber aktiven „Sozialdemokratischen Partei" (SDP) – Exoberst Phol Rerngprasertwit erwirkten sie die Einberufung des Parlaments zu einer Sondersitzung. Spielend überstand der SDP-Entwurf zur Änderung der Verfassung – im Sinne der Erhaltung des Status quo – die ersten zwei Lesungen.

Dann bliesen die Gegner zum Kampf. Chalarts Selbstmord-Drohung war das Signal. Kukrit Pramoj mahnte die Bevölkerung, ihre Meinung zu sagen, der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Saiyud, kein Freund von Arthit, schloß sich Kukrits Aufruf an. Er stellte sich schützend vor Chalart und dessen Freunde, die vor dem Gelände des Oberkommandos zu einem Hungerstreik aufriefen und über Mikrophon politische Lektionen erteilten. Hier wurde auch diskutiert, was General Arthit mit seinen „neuen Daten" meinte.

Vor zwei Jahren hatte Prem die Richtlinie „66/23" erlassen, die im Kreise der Arthit-Vertrauten zur „Bibel" im Kampf um die Rückgewinnung der Kommunisten wurde. Tausende von Kommunisten und Sympathisanten sind 1982 aus dem Dschungel hervorgekommen, haben sich ergeben. Doch während Arthit dies als Sieg der Regierung sieht, warnen Saiyud und die Sicherheitsbehörden vor einer Verlagerung des Dschungelkampfes in die Städte. Als Autor der Richtlinie 66/23 gilt Prasert Sunsunthorn, den General Chaowalit und andere hohe Offiziere ihren Berater und Lehrer nennen. Prasert war einst Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Thailands. Jetzt argumentiert Prasert, daß die Verfassung, so sie nicht geändert wird, einer antikommunistischen Politik widerspricht und ihren Erfolg gefährdet. Den Rückläufern müsse es möglich sein, ihren Kampf im Rahmen der Legalität weiter zu führen. Es müsse möglich sein, auch mit kleinen und finanzschwachen Parteien ins Parlament zu kommen. Das, so erklärten die Hungerstreikenden, seien die „neuen Daten" von General Arthit.

Studentenverbände mahnten auf Spruchbändern und Plakaten, die Hände von der Verfassung zu lassen. Am Vorabend der dritten Lesung enthüllte Kukrit in seiner Zeitung „Siam Rath", er habe einen Organisationsplan erhalten, der zeige, wie die Hintermänner der Verfassungsänderung die Regierung umzustrukturieren gedächten. Vorbild seien kommunistische Länder.

Israel für Kooperation mit der Friedenstruppe

Um Angriffe zu vermeiden / Vorschläge an die USA

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Israels Verteidigungsminister Mosche Arens hat in einem Telefongespräch seinen amerikanischen Kollegen Weinberger dringend gebeten, daß die amerikanischen Marinesoldaten vor Beirut mit den israelischen Truppen zusammenarbeiten, da sonst eine Tragödie nicht auszuschließen sei. Arens hatte selbst die Stellungen um Beirut besichtigt und war äußerst betroffen, daß es im Gegensatz zu den guten Verbindungen mit Italienern, Franzosen und Briten keinerlei Kontakte zwischen den US-Truppen und den Israelis gibt.

Als multinationale Friedenstruppe haben Amerikaner, Franzosen und Briten rund 4400 Soldaten stationiert. Wie israelische Soldaten wurden sie in letzter Zeit wiederholt von Terroristen überfallen und hatten allein in der letzten Woche zwei Tote (Israelis) und 15 Verwundete (Italiener, Franzosen, Israelis) zu beklagen.

Während die Zusammenarbeit der israelischen Truppen mit Italienern, Franzosen und Briten gut ist, beklagen sich die Israelis seit Monaten darüber, daß die US-Marines von Pentagon-Chef Weinberger Anweisung haben, aus politischen Gründen keine Kontakte zu den israelischen Besatzungstruppen zu pflegen. Deshalb kam es wiederholt zu Zwischenfällen. Arens hat jetzt vorgeschlagen, daß Verbindungsoffiziere in den Hauptquartieren ständigen Kontakt halten sollen, die Grenzen besser markiert und die Modalitäten der Patrouillenfahrten geregelt werden.

In seinem Gespräch mit Weinberger betonte Arens, daß die israelischen Truppen in Libanon strikten Befehl haben, Zusammenstöße mit der Friedenstruppe von Beirut zu vermeiden. Israelische Offiziere hatten sich beschwert, daß die Marinesoldaten ihnen die Verfolgung von Terroristen nach Anschlägen unmöglich machen, daß sie selbst keine Verdächtigen oder Bewaffneten festnähmen, sondern höchstens die libanesische Armee informierten.

Die Vorschläge von Arens sind eine Folge der Beschwerden und Beschuldigungen des US-Generals Barrow, der als Befehlshaber des Marine-Corps in einem Brief an das Pentagon israelische Truppen für angebliche ernste Zwischenfälle verantwortlich gemacht hatte. Das israelische Verteidigungsministerium hat alle Anschuldigungen in dem sechs Wochen alten Brief, der aus dem Pentagon der Presse zugespielt worden war, im einzelnen widerlegt und zurückgewiesen.

Der politische Schaden in den amerikanisch-israelischen Beziehungen ist jedoch beträchtlich. Israels Regierung und Öffentlichkeit, einschließlich der Oppositionspresse belasten damit in seltener Einigkeit Verteidigungsminister Weinberger, der Israel unter Druck setzen und zum bedingungslosen Abzug zwingen wolle. Weinberger wisse sehr wohl, welche Wirkung die von General Barrow unterstellten Angriffe auf die Marines, das Lieblingskind der US-Öffentlichkeit, haben müßten, nämlich eine antiisraelische Stimmung in Amerika, heißt es in Jerusalem.

In ungewöhnlicher Schärfe greift die oppositionelle „Jerusalem Post" Weinberger an, der Israel als Feind behandele und praktisch einen Boykott gegen Israel verhängt habe. Israel solle offenbar für die Terrorangriffe gegen die Friedenstruppe in Beirut verantwortlich gemacht werden, denn der Brief des US-Generals sei auffälligerweise einen Tag nach dem Angriff auf eine amerikanische Patrouille am Mittwoch in die Öffentlichkeit gelangt.

Diese Angriffe machen nicht nur die Israelis mißtrauisch und vorsichtig, sondern beunruhigen auch die internationale Friedenstruppe. Meist handelt es sich dabei – in West-Beirut, an der Küste und am Flugplatz in unübersichtlichem Gelände – um Schüsse aus dem Hinterhalt, Maschinengewehrgarben oder Handgranatenwürfe aus Häusern und Hecken. Israelische Patrouillen werden vor allem von der „National Lebanon Resistance Force" angegriffen, die ihr Hauptquartier in Damaskus hat und hinter der sich Palästinenser und Links-Milizen verbergen.

Angeblich sind in West-Beirut wieder 2000 Terroristen aus Verstecken aufgetaucht oder zurückgekehrt. Eines ihrer Waffenverstecke wurde letzte Woche in der verlassenen libyschen Botschaft in West-Beirut entdeckt. Auch bei der Amal-Miliz der Schiiten beschlagnahmte die libanesische Armee Tausende von Magazinen für sowjetische Maschinenpistolen. Eine Splittergruppe der Amal-Miliz, der auch iranische Revolutionswächter angehören und die in Ost-Libanon stationiert ist, wird von der libanesischen Armee ebenfalls die Schuld an den Überfällen in West-Beirut gegeben. (SAD)

Finnen wählen einen neuen Reichstag

AP, **Helsinki**

In Finnland haben gestern Wahlen zum Reichstag begonnen, die heute fortgesetzt werden. Dabei sind die rund 3,7 Millionen Wahlberechtigten aufgerufen, die 200 Abgeordneten des Einkammerparlaments neu zu wählen. Um diese Mandate bewerben sich 1283 Kandidaten aus zehn Parteien. Für den Fall eines Wahlsieges der Konservativen besteht zum ersten Mal seit 1966 die Möglichkeit zur Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition ohne die Sozialdemokraten.

Letzte Meinungsumfragen erwarten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Sozialdemokraten, denen 26,5 Prozent der Stimmen vorausgesagt wurden, und der in Opposition zu der jetzigen Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Kalevi Sorsa stehenden konservativen Nationalen Sammlung, die mit vorhergesagten 26 Prozent nur knapp dahinterlag.

Die Umweltschützer, die sich mit 48 parteilosen Kandidaten zum ersten Mal an einer Reichstagswahl beteiligen, hoffen auf einen Einzug ins Parlament. Im letzten Reichstag hatten die Sozialdemokraten 52 Sitze, die Konservativen 46, das Zentrum (vereint mit Liberalen) 41, die Kommunisten 35, die Schwedische Volkspartei zehn, der Christliche Verband ebenfalls zehn und die Landpartei sechs.

Korrupter Minister in Moskau abgesetzt

AFP, **Moskau**

Wegen Korruption und Amtsmißbrauchs ist Anatolij Jertschow, Erster Stellvertreter des sowjetischen Ministers für Maschinenbau der Leicht- und Lebensmittelindustrie, abgesetzt worden. Wie das Partei-Organ „Prawda" gestern berichtete, hatte sich Jertschow „auf Kosten des Staates" in der Region von Leningrad eine luxuriöse Datscha „mit Kamin und ausgebautem Dachgeschoß" errichten lassen. Dazu hatte er Baumaterial, Ausrüstung und Personal seines Ministeriums mißbraucht. Zum 50. Geburtstag ließ er sich auf Staatskosten eine teure Vase mit seinem Porträt schenken.

Kernkraftwerk für Südchina

AP, **Peking**

China und Großbritannien haben sich in einer Anzahl von Einzelfragen über den Bau eines Kernkraftwerkes in Südchina geeinigt, das nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua in der Nähe von Hongkong entstehen soll. Dort fanden vergangene Woche entsprechende Verhandlungen statt, die in dieser Woche in Peking fortgesetzt werden sollen.

Tunis und Algier schlossen Vertrag

AFP/rtr, **Tunis**

Tunesien und Algerien haben am Wochenende einen Freundschaftsvertrag geschlossen. Den Vertrag unterzeichneten die Staatspräsidenten beider Länder, Habib Bourgiba und Chadli Benjedid, im tunesischen Präsidialpalast in Karthago bei Tunis. Gleichzeitig unterzeichneten sie ein Abkommen zur Festlegung des tunesisch-algerischen Grenzverlaufs. Damit wurden die Streitigkeiten über den Grenzverlauf an fünf Punkten beigelegt.

Belgien erhöht die Benzinsteuer

AFP, **Brüssel**

Das belgische Parlament hat der konservativ-liberalen Regierung von Wilfried Martens am Wochenende Sondervollmachten zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Belebung der Beschäftigungslage eingeräumt. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der regierenden Mehrheit gegen den Widerstand der Opposition gefällt. Als erstes wird die Benzinsteuer erhöht.

Tito-Modell könnte maßgebend für Beziehungen Moskau–Peking sein

Weniger Grenztruppen, mehr Kooperation und außenpolitische Abstimmung als Merkmale

Von OSKAR WEGGEL

Seit Anfang Oktober 1982 und erneut seit März 1983 gibt es zwischen China und der Sowjetunion wieder „Konsultationen". Es handelt sich hier – wohlgemerkt – noch nicht um Verhandlungen, sondern nur um Gespräche über Verhandlungen. Damit wurden die 1979 durch die sowjetische Afghanistan-Invasion abgerissenen Fäden wieder aufgenommen.

Die Gründe sind unschwer zu erraten. Maßgebend für die Wiederannäherung war zunächst einmal ganz gewiß nicht die chinesische „Enttäuschung" mit Washington. Sieht man nämlich von den Querelen über Taiwan ab, so funktioniert das amerikanisch-chinesische Verhältnis in geradezu idealer Weise: Der Handel floriert, der wissenschaftlich-technologische Austausch gedeiht im Schatten der „Großen Politik", selbst in den meisten Fragen der Außenpolitik ziehen beide Staaten am gleichen Ende des Taus. Fast jeden Monat kommt außerdem irgendeine Städte- oder Staaten/Provinzen-Patenschaft zustande – eine in der so personenbezogenen Politik Chinas gar nicht hoch genug einzuschätzende Entwicklung.

Maßgebend für die Wiederaufnahme der Gespräche dürfte vielmehr die chinesische Überlegung gewesen sein, daß die Außenpolitik Pekings, an der sich seit dem Tode Zhou Enlais 1976 kaum etwas geändert hat, dringend revisionsbedürftig geworden ist. In allen anderen Bereichen der chinesischen Politik haben ja bereits grundlegende Änderungen stattgefunden. Wenn man einerseits laufend den Militärhaushalt kürzt, alte Fabriken aus den fünfziger Jahren neu ausrüstet und überall in der Welt in die Schule geht, so wäre es gewiß nicht unangebracht, auch mit den Sowjets ins reine zu kommen, zumal sich China durch seinen so konsequent befolgten „Antihegemonismus"-Kurs jahrelang immer enger an die Sowjetunion gebunden hat. Könnte Chinas Außenpolitik also am Ende nicht etwas „unabhängiger" werden, wenn sie sich von der so einseitigen Fixierung an die Sowjetunion befreite?

Rein theoretisch lassen sich vier Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung der sino-sowjetischen Beziehungen denken: 1. die Wiederherstellung der „Freundschaftsbeziehungen" wie in den fünfziger Jahren; 2. eine noch weitere Verschlechterung; 3. eine Aufrechterhaltung des Status quo, der allerdings, wie beide Seiten inzwischen wohl eingesehen haben, vor allem den USA nützte; 4. eine „Normalisierung".

Nach dem Stand der Dinge ist nur die vierte Option diskutabel, wobei allerdings sofort die Frage aufkommt, worin eine solche „Normalisierung" bestehen könnte.

Immerhin gibt es schon ein erheblich Maß an „Normalität". Beide haben die diplomatischen Beziehungen nie unterbrochen; mit schöner Regelmäßigkeit wird ferner Jahr für Jahr ein Handelsprotokoll unterzeichnet; des weiteren bestehen regelmäßige Eisenbahn-, Post-, Fernmelde- und Luftverkehrs-Verbindungen; jedes Jahr

DIE ANALYSE

finden außerdem Sitzungen der Gemischten Kommission über die Schiffahrt auf den gemeinsamen Grenzflüssen statt. Jährlich tagt die Gemischte Grenzkommission für den Eisenbahnverkehr. Es werden Kontakte zwischen Einrichtungen beiden Staaten zu jeweils aktuellen Fragen unterhalten. Die Liebeserklärungen an die Adresse des jeweils anderen „Volkes" gehen weiter. Jahr für Jahr legen die Chinesen Kränze vor den Denkmälern der „Rote Armee-Helden" nieder.

Aus chinesischer Sicht ergeben sich drei Lösungsoptionen, die allerdings höchst unterschiedliche Verwirklichungschancen haben, nämlich das Shanghai-Kommuniqué-Modell, das Jugoslawien-Modell und die bloße atmosphärische Verbesserung.

Am idealsten wäre die Lösung nach dem Shanghai-Modell. Bekanntlich begann die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen mit dem Shanghaier Kommuniqué von 1972, in dem die seither so berühmt gewordene „Antihegemonismus"-Klausel enthalten ist. Beide Seiten verpflichteten sich damals, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst Hegemonie auszuüben, noch zu dulden, daß eine dritte Macht dort Hegemonie ausübt. Antihegemonie-Politik ist seither zum Leitfaden der chinesischen Außenpolitik geworden.

Niemand in Peking geht davon aus, daß sich die Sowjetunion plötzlich von der ihr jahrelang unterstellten Einmischungspolitik abwendet und „sich in einen Buddha verwandelt". Die Sowjetunion ist nun einmal eine auf Expansion angelegte Weltmacht, die sich nicht nur an der Nordflanke Chinas, sondern auch im Westen (Afghanistan) und im Süden Chinas (Vietnam, Kambodscha, Laos) festgesetzt hat, und die vor allem damit beschäftigt ist, ihre Pazifikflotte weiter auszurüsten – mit dem Ergebnis, daß sich China seit einigen Jahren nun auch von Osten her eingekreist sieht.

Ein Ausgleich, wie er 1972 mit den USA möglich war, steht also gegenüber Moskau kaum zur Debatte. Eine wirklich echte „Äquidistanzpolitik" ist demnach kaum zu erwarten.

Vielleicht aber könnte das Beziehungsgefüge, wie es sich zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien nach dem Tode Stalins herausentwickelt hat, auch für das sino-sowjetische Verhältnis maßgebend werden. Das 1955 vereinbarte Koexistenzmodell à la Tito wies folgende Merkmale auf: Beendigung der gegenseitigen Propaganda; Abbau der Streitkräfte entlang der beiderseitigen Grenzen; verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit; verstärkter technologischer und kultureller Austausch; Abstimmung über gewisse Grundlinien der Außenpolitik.

Hinter dem letzten Merkmal taucht allerdings ein großes Fragezeichen auf: Wie soll es zu einer außenpolitischen „Abstimmung" kommen, wenn beide Mächte sich in Indochina, in Afghanistan und an der chinesischen Nordgrenze mit rollenden Augen gegenüberstehen!?

Verbliebe also die dritte Option, die sich auf die Formel bringen ließe: „Tito-Modell minus Abstimmung in den Grundlinien der Außenpolitik".

Ein solches Ergebnis liefe in erster Linie auf den Minimalzustand einer „atmosphärischen Entspannung" und einer generellen Versachlichung hinaus.

Roms Justiz im Streit mit Politikern

P-2-Affäre verdeutlicht Kompetenz-Schwierigkeiten / Ruf nach institutionellen Reformen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Das Verhältnis zwischen Justiz und Politik ist in Italien in letzter Zeit zu einem der Hauptthemen der öffentlichen Diskussion geworden. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur vollen Aufdekkung der Affäre um die geheime Loge P 2 haben sich Verflechtungen und Kompetenzkonflikte ergeben, die bereits die Forderung nach institutionellen Reformen laut werden ließen. Neben der römischen Staatsanwaltschaft, einem Untersuchungsrichter der Hauptstadt und dem „Consiglio Superiore della Magistratura" als dem obersten Selbstverwaltungsorgan der italienischen Richterschaft sind das Parlament und sogar der Staatspräsident Pertini in eine Auseinandersetzung verwikkelt, die ein kritisches Ausmaß anzunehmen droht.

Den ersten Anstoß zu dieser Auseinandersetzung hatte eine Entscheidung des römischen Staatsanwalts Achille Galluzzi im P-2-Fall gegeben. Der Anklagevertreter hatte für die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens gegen das Gros der einfachen Logenmitglieder plädiert. Er vertrat dabei die Ansicht, daß die P-2-Loge bis zu ihrem Verbot nicht als verbrecherische Organisation habe angesehen werden können. Ihre Mitglieder hätten sich nicht der Tatsache bewußt sein können, daß P-2-Großmeister Lucio Gelli die Loge zur Verfolgung verbrecherischer Ziele mißbrauchte.

Diese staatsanwaltschaftliche Argumentation widersprach eindeutig dem Standpunkt der Regierung und des Parlaments, das einen Untersuchungsausschuß mit der Aufklärung der Hintergründe der P-2-Affäre beauftragt hat. Der von der christdemokratischen Exministerin Tina Anselmi geleitete Ausschuß wandte sich beschwerdeführend an den Obersten Magistraturrat, der daraufhin ein ermittelndes Disziplinarverfahren gegen Galluzzi einleitete.

Der Staatsanwalt schlug zurück: Er begann gegen die Mitglieder des Magistraturrates wegen Unterschlagungsverdachtes zu ermitteln. Und er klagte schließlich 30 der 33 obersten Richter-Kontrolleure an, öffentliche Gelder durch Abrechnung ungerechtfertigter Spesen zur Eigenbewirtung und fingierte Dienstreisen verschwendet zu haben. Einer der von Galluzzi erhobenen Vorwürfe betraf die Unmenge von Espresso-Kaffee, die vom Magistraturrat angeblich über das Spesenkonto liquidiert wurde.

Der „Sturm in der Kaffeetasse" drohte zunächst das gesamte institutionelle Gefüge zu erschüttern. Der Magistraturrat stand vor der Frage, ob er sich angesichts der gegen die überwiegende Mehrheit seiner Mitglieder erhobenen Anklage nicht selbst auflösen müßte. Fast alle politischen Kräfte, zu denen die Magistraturrats-Mitglieder in Verbindung stehen, waren dagegen, und auch Staatspräsident Pertini als Vorsitzender des Rates forderte das Selbstverwaltungsorgan auf, seine Tätigkeit fortzusetzen.

Im Gegensatz zur P-2-Entscheidung Galluzzis bejahte der Magistraturrat in einem Disziplinarverfahren die persönliche Schuld einiger Richter, deren Namen in der Liste der P-2-Loge gestanden hatten. Galluzzi wurde schließlich das Ermittlungsverfahren entzogen; es wurde dem Kassationsgerichtshof übertragen, der seine vorläufige Einstellung verfügte.

Der Fall P 2 freilich schlägt weiter Wellen. Er hat grundsätzliche Fragen aufgeworfen, für die bisher die Antworten ausstehen. Es geht dabei nicht zuletzt auch um Verfassungsnormen, mit denen auch die Unabhängigkeit der Justiz und das Recht des einzelnen Staatsbürgers auf persönliche strafrechtliche Verantwortung festgelegt ist. In dem Klima moralischer Entrüstung, das die Machenschaften des P-2-Großmeisters Gelli unter den Politikern und in der öffentlichen Meinung erzeugt haben, scheint das rechtsstaatliche Prinzip ins Wanken geraten zu sein, daß ein Angeklagter nicht seine Unschuld, sondern daß die Anklage ihm seine Schuld zu beweisen hat.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rezepte für die Bundesbahn

„Lärm um Geisterzüge"; WELT vom 4. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie schreiben, beträgt die Kostenunterdeckung der DB 4,5 Milliarden DM jährlich, von den Streichungen zum Sommerfahrplan verspricht sich die Bahn aber eine Einsparung von „immerhin" 30 bis 40 Millionen DM. Dies entspricht aber nicht einmal ein Prozent des Jahresdefizits! Die Verluste fielen erheblich geringer aus, wenn die DB endlich auf ihre „bewährten" Rezepte verzichten und auch in der Fläche das Angebot besser und vor allen Dingen billiger gestalten würde.

Beispiele aus dem westlichen und südlichen Münsterland zeigen, daß durch eine entsprechende Angebotsverbesserung auf der Schiene die Fahrgastzahlen verdoppelt und verdreifacht werden können. Wie soll aber auf einer Nebenstrekke, auf der täglich zwei oder drei Züge verkehren, ein einigermaßen ordentliches Wirtschaftsergebnis erzielt werden?

Versachlicht wird die Diskussion keineswegs dadurch, daß mit Zahlen jongliert wird, mit denen bewiesen werden soll, daß der Bus fünf- bis zehnmal billiger sei als ein Personenzug. Vernünftige Investitionen in der Fläche (Einmannbetrieb, moderne Signalsysteme) könnten die Kosten eines Zuges, die keineswegs so hoch sind, auf die eines Straßenbusses drücken, wobei noch berücksichtigt werden sollte, daß ein Bus niemals den Fahrkomfort wie ein Zug bietet und daß ein Bus im Gegensatz zu einem Akkutriebwagen volkswirtschaftlich teures Dieselöl verfährt.

Und zu guter Letzt sollte auch die Bahn ihre Interessen beim Bund endlich besser vertreten und dieses Feld nicht den zahlreichen Interessenverbänden und Fahrgastinitiativen allein überlassen, indem sie nachdrücklich fordert, daß ihr endlich die Last der Verkehrswege abgenommen wird. Die Kosten für den Straßen-, Wasserstraßen- und Flughafenbau und -ausbau übernehmen voll Bund und Länder, während die Bundesbahn ihre Fahrstraßen, die Schiene nämlich, selbst versorgen muß.

Mit freundlichen Grüßen
M. Szczepaniak, Gladbeck

*

Die Bahn ist ein Verkehrsmittel für Alle und muß jeden Ort bedienen, also nicht Strecken stillegen, sondern ausbauen! Genauso wie die Post jede Drucksache an den einsamsten Bauernhof zustellen muß, liegt die gleiche Verpflichtung (auf Ortschaften bezogen) für die Bahn als Regiebetrieb vor, wie es bis 1945 auch war.

Einsparen kann man gerne bei dem Intercity-Verkehr, statt des Ein-Stunden-Taktes wieder den Zwei-Stunden-Takt, der genügt vollständig und spart große Summen ein.

Für das Kraftfahrzeug zahlt die „öffentliche Hand" zum größten Teil den Unterbau, die Straße. Wie sähe es bei der Bahn aus, wenn es hier eine Gleichstellung gäbe? Das Defizit wäre verschwunden, bzw. stark verringert.

Der Fahrplan wird von Jahr zu Jahr schlechter. Ein Blick ins Kursbuch genügt, um festzustellen, daß die Ankunftszeiten der Nebenstrecken immer häufiger die Anschlüsse an die Hauptstrecken um wenige Minuten verfehlen. Wie sollen D- und IC-Züge gefüllt werden, wenn das Zubringen nicht klappt?

Man solle doch alle Bahn-Experten zur Information in die Schweiz schicken. Dort werden immer mehr Orte an das Bahnnetz angeschlossen. Ohne Bürokratie klappt der Bahnverkehr dort bei einer Vielzahl von Gesellschaften. Eine Fahrkarte für 5–6 Verkehrsmittel (Bahn, Bus, Schiff, Bergbahn) bekommt man an jeder Station im Handumdrehen. Es gibt kein schöneres, bequemeres und problemloseres Reisen als in der Schweiz.

Darum sorgt für bessere Zubringer, verbessert das Angebot statt es zu verschlechtern. Ein Bus ist ein sehr kläglicher Ersatz für einen Zug oder Triebwagen. (Siehe Beförderung von Kinderwagen, Fahrrädern etc.) Und die Luft wird durch Benzindünste auch nicht besser.

Otto Hasbargen, Norden

Dämliche Frage

„Rumpelstilzchens Ängste"; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

über Ihren Bericht „Sucht und Neurose durch fehlenden Lebenssinn" habe ich laut gelacht. Wenn es stimmen würde, daß derjenige, der seinem Leben keinen Sinn geben kann, in Verzweiflung endet, dann müßte ich schon längst baumeln.

Über die ebenso beliebte wie dämliche Frage nach dem Sinn des Lebens schüttele ich schon seit 35 Jahren den Kopf. Das Leben ist schon schwer genug, man muß es sich doch nicht noch schwerer machen, indem man über den Sinn grübelt. Meines Erachtens gibt es keinen, es sei denn den, daß wir gefälligst unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun. Aber die wackeren Psychotherapeuten kommen nun und erklären, wer diese Frage nicht beantworten könne, werde süchtig und neurotisch.

Das unterstreicht doch nur das böse Wort, die Psychotherapeuten unterscheiden sich von ihren Patienten lediglich durch den Grad ihrer Vorbildung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Hilger, Kelkheim 2

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Höheres Risiko

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Frau Dr. Adam-Schwaetzer meint (siehe Zitat des Tages vom 9. März), die FDP habe ganz allein das Risiko getragen, so ist daran zu erinnern, daß das Risiko der Union und des Bundeskanzlers erheblich höher war.

Schließlich war es Schmidt noch gelungen, Genscher taktisch zu überlisten. Wäre die CDU nach Genschers Entlassung auf Schmidts Angebot sofortiger Neuwahlen eingegangen, würde von der FDP heute niemand mehr sprechen. Mit dem Hinauszögern der Neuwahlen hat die CDU vielmehr der FDP das Überleben ermöglicht.

Aus diesem Grunde und angesichts ihres Wahlergebnisses muß die FDP froh sein, weiterhin mitregieren zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Hammann, Ahnatal

Mit Scheuklappen

„Aus Trümmern wird kein Schloß gebaut"; WELT vom 15. März

Ihren treffenden Bericht habe ich mit größtem Interesse gelesen, bestätigt er doch genau die Gedanken, die ich seit jenem doch wohl mißverstandenen Pichtschen Ruf nach mehr und besserer Bildung für mehr Schüler hege. Aus der Pichtschen Analyse wurde die ebenfalls falsch interpretierte, weil durch ideologische Brillengläser gesehene Chancengleichheit abgeleitet. Mehrfach empfahl ich das mit einer gehörigen Portion Sarkasmus gewürzte Rezept: „Man senke die Anforderungen der Reifeprüfung und in der logischen Konsequenz auch die der Staatsexamina auf das Niveau Lern-, vielleicht sogar Geistigbehinderter, und man wird endlich die echte Chancengleichheit erreichen."

Wie kommen wir je aus diesem Teufelskreis wieder heraus, der neben der personellen Explosion an unseren Gymnasien und Hochschulen mit all ihren negativen qualitativen Begleiterscheinungen hinsichtlich eines Teiles der Schüler (Studenten) wie auch der (Hochschul-)Lehrer auch die gewaltigen Summen für immer neue Bauen umschließt?

Ich fürchte, solange Kultus- bzw. Hochschulminister mit ideologischen Scheuklappen am Werke sind, wird die Eindämmung der Fluten nicht stattfinden.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Joachim Lorenz, Kamp-Lintfort

Wort des Tages

„Man muß die Meinung mit gleichen Waffen zu treffen versuchen, denn gegen Ideen richten Gewehrschüsse nichts aus."

Antoine de Rivarol, franz. Moralist (1753–1801)

Personalien

EHRUNGEN

Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, erhielt in Mönchengladbach den internationalen Benediktspreis der Stadt. Im Rathaus der Stadt würdigte Oberbürgermeister **Theodor Bolzenius** die besonderen Bemühungen von Habsburgs um Heimatpflege, Heimatrecht und Brauchtum. Der Preis, eine goldene Medaille am Schulterband sowie die Nachbildung einer niederrheinischen Truhe aus dem 17. Jahrhundert, erinnert an den heiligen Benedikt, „Schutzpatron Europas".

*

Die Stadt Berlin hat ihren diesjährigen Kunstpreis vergeben. Der „Große Kunstpreis", mit 30 000 DM dotiert, ging an den 72jährigen Berliner Architekten **Rolf Gutbrod**, der, so Jurymitglied Professor **Dieter Oesterlen**, Hannover, „als Architekt und Lehrer in architektonisches Neuland" vorgestoßen ist.

DIPLOMATEN

Paul A. Volcker, Chef der amerikanischen Zentralbank, sagte einmal über den deutschen Diplomaten **Helmut Matthias**, in ihm habe er einen der besten Wirtschaftsdiplomaten, die in den USA tätig waren, kennengelernt. Das war in jenen Jahren, als Matthias die Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Washington leitete. Daß sich Helmut Matthias, der in den kommenden Tagen als deutscher Botschafter nach Indonesien geht, auch im Auswärtigen Amt einer besonderen Wertschätzung erfreut, bewies jetzt Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Entgegen sonstigen Gepflogenheiten bei solchen Anlässen kam Genscher zum Abschiedsempfang, zu dem Botschafter Matthias in die Ausbildungsstätte des AA eingeladen hatte. Matthias, der als Wirtschaftsexperte seinerzeit auch Sprecher der westlichen Industrienationen bei der Unctat-Konferenz in Manila war, geht in das Land der 12 000 Inseln, von dem sich die Bundesregierung einen bedeutenden Markt der Zukunft erhofft. Zum Abschied kamen die AA-Staatssekretäre Bernd von Staden und Staatssekretär Hans Werner Lautenschlager, Ministerialdirektor Georg Grimm, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt, die Ministerialdirektoren Waldemar Mueller-Thuns und Bernhard Molitor aus dem Bundeswirtschaftsministerium, die Ministerialdirektoren Peter Arnolds, Wolfgang Albert und Anton Zahn aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Gunter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

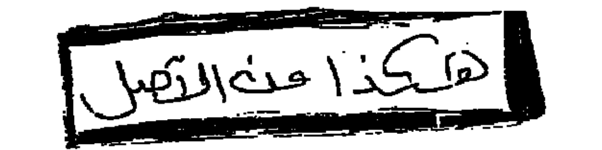
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

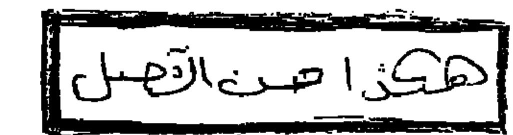
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

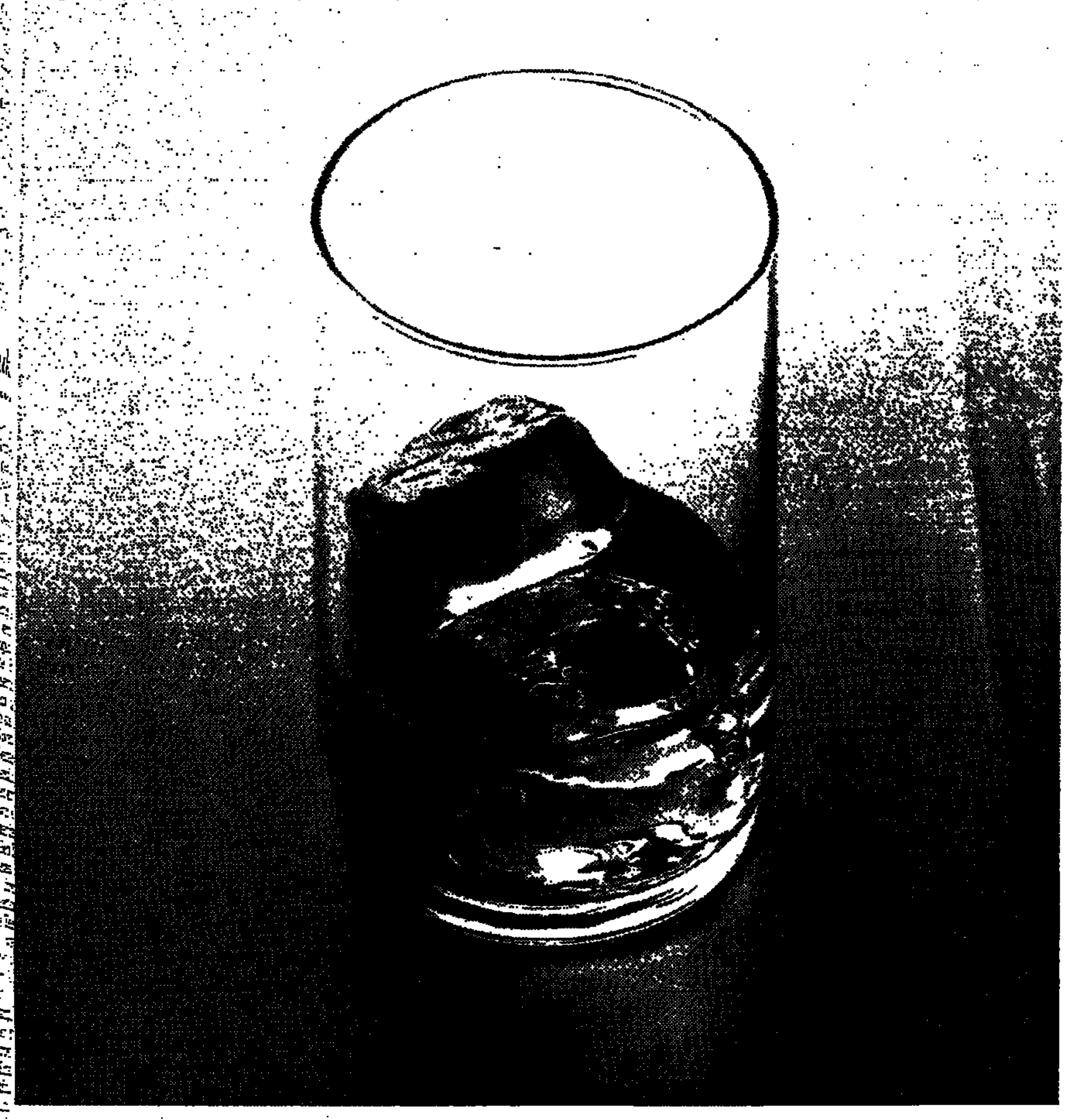
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung; Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

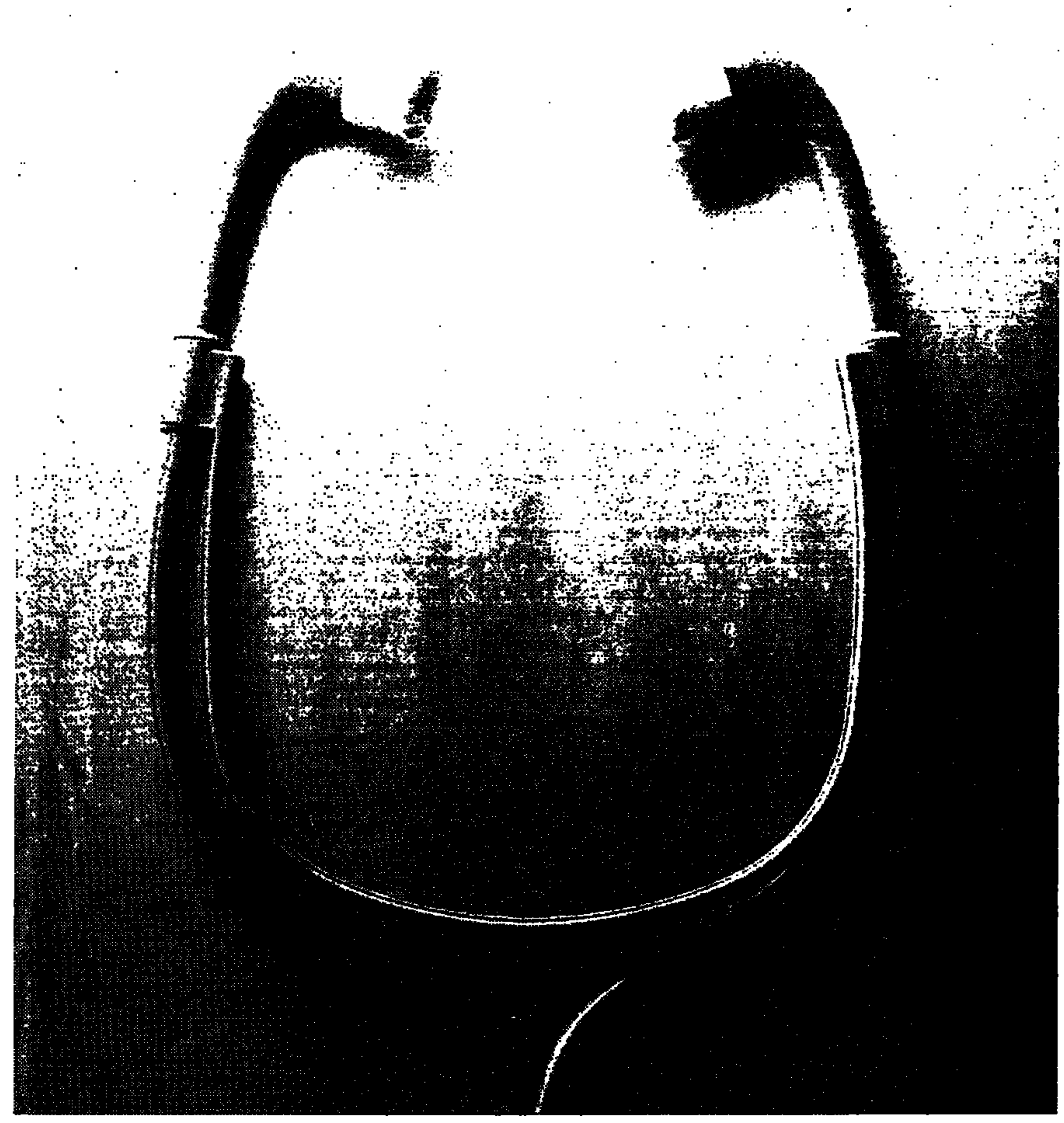




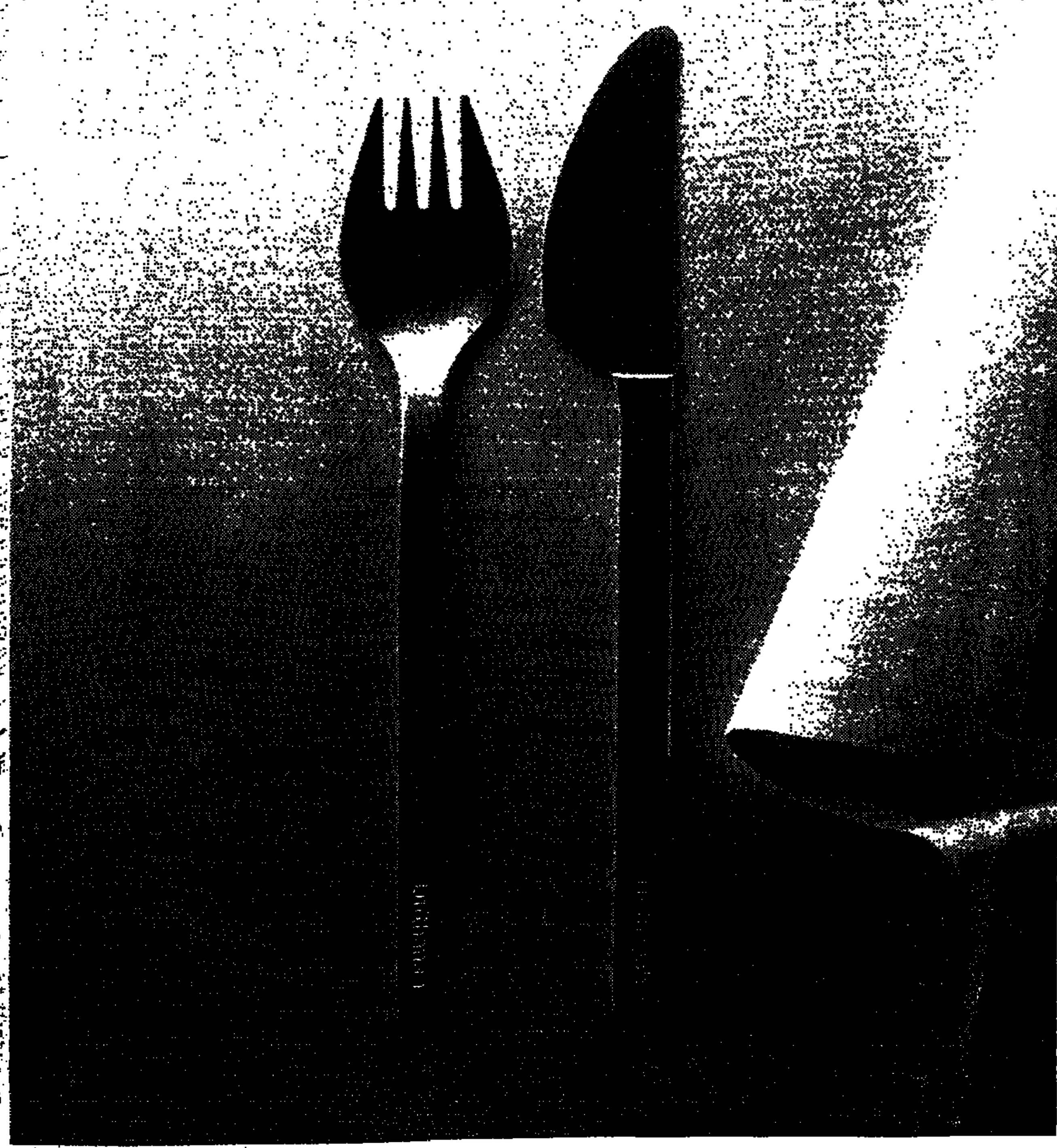
Die Lufthansa Business Class hat jetzt neue, extrabreite Sessel. Aber das ist noch nicht alles.



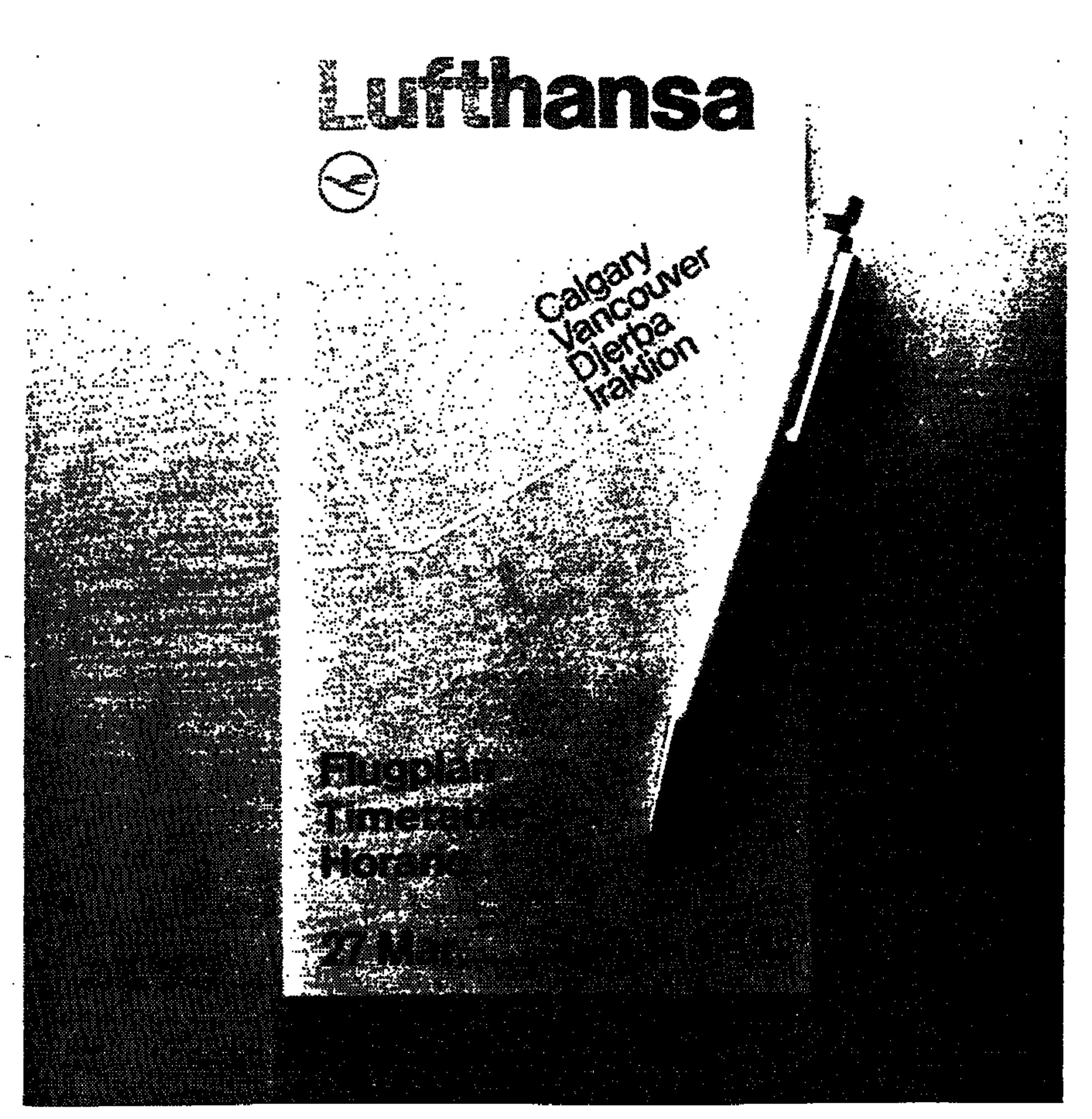
Sie haben die Auswahl unter rund 40 verschiedenen Getränken. Natürlich auf Kosten des Hauses.



Neu sind diese Stereo-Kopfhörer für die Business Class. Damit Sie an 8 Musikprogrammen und Bordkino mehr Freude haben.



Zur Lufthansa Business Class gehören Menükarten, Gläser und Porzellan und die Wahl zwischen zwei Hauptgängen im monatlichen Wechsel.



Aber das ist noch nicht alles. Ab Deutschland gibt es die Business Class zu 41 Zielen auf vier Kontinenten. Dieses Angebot macht Ihnen sonst niemand.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Walesa plant Aktionen nach Gandhis Vorbild

AP/rtr. **Warschau/Wien**

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat eine neue Strategie der begrenzten und friedlichen Aktionen nach dem Vorbild Mahatma Gandhis angekündigt. Mit „vielen wirksamen Druckmitteln" solle das polnische Regime zu Reformen gezwungen werden, sagte er gegenüber der Wiener Tageszeitung „Die Presse". Der Widerstand der polnischen Arbeiterschaft sei noch nicht am Ende, ihre Ideale seien „unsterblich und werden – einmal – siegen"

In dem Interview sagte der Arbeiterführer, er nehme die Biographie Gandhis immer wieder zur Hand. Walesa befürwortete Aktionen, die „regional wirksam" sein könnten. „Wir haben viele wirksame Druckmittel erarbeitet, viele wurden noch nicht erprobt." Es gebe einfache Mittel, wie beispielsweise die Abmeldung der Fernsehgeräte während der Sommermonate: „Das wäre eine große Einbuße für den Staatssäckel. Und wir können währenddessen mehr spazierengehen." Auch könne man „aufhören, den schlechten Wodka zu kaufen, und Obstweine für Familienfeiertage selbst machen".

Am Samstag traf Walesa in Warschau mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, zu einem kurzen Meinungsaustausch zusammen.

Iran versenkt zwei irakische Schiffe

rtr/AFP/dpa, **Teheran/Manama**

Iranische Luft- und Seestreitkräfte haben am Wochenende im Persischen Golf zwei irakische Kriegsschiffe zerstört. Dies meldete Radio Teheran unter Berufung auf ein Militärkommuniqué.

Inzwischen breitet sich eine Ölpest, die durch irakische Luftangriffe auf drei iranische Off-shore-Bohrinseln am 2. März verursacht wurde, immer mehr aus. Täglich fließen etwa 640 000 Liter Rohöl ins Meer. Die riesige Öllache wird vom Wind von der iranischen Küste in Richtung auf die Strände von Bahrain und der Vereinigten Arabischen Emirate abgetrieben.

Beobachtungsflüge der Luftwaffe und Marinepatrouillen sind alles, was auf arabischer Seite des Golfs gegen die drohende Ölpest unternommen werden kann. Offenbar machten die Iraner bisher keine Anstalten, das Auslaufen des Öls zu stoppen. Keine Seite wagt einzugreifen, da die Öllache genau im iranischen Kriegssperrgebiet treibt.

Noch Kontroversen in Bonn über Zwangsabgabe

● Fortsetzung von Seite 1

zungsabgabe für alle oberhalb 50 000/100 000 Mark Jahreseinkommen, ein Freikauf durch Investitionen wäre nicht möglich. 2. Die Steuerpflichtigen können die Abgabe (zwischen 3 und 5 Prozent der Steuerschuld) dadurch verringern oder vermeiden, daß sie das Fünf- oder das Zwanzigfache investieren. Das dürfte für Kleinbetriebe schwierig sein. 3. Auch Nichtunternehmer sollen sich durch Investitionen im Wohnungsbau oder in Sonderfonds freizeichnen können. Diese Variante wäre sehr bürokratisch. In der FDP werden alle drei Modelle für mehr oder minder sozialistische Steuerpolitik gehalten, die man ablehne.

● **Steuererhöhungen:** Trotz der grundsätzlichen Festlegung, keine Steuern und Abgaben zu erhöhen, bleiben in der Koalition Lastenerhöhungen im Gespräch. So will man, ohne sich festgelegt zu haben, die Steuerfreiheit des Weihnachtsgeldes (bisher: 600 Mark) beschneiden. Ferner soll die Attraktivität von Abschreibungsgesellschaften dadurch begrenzt werden, daß durch Beteiligung höchstens die Hälfte der Steuerschuld gespart werden kann.

● **Einigung** gab es in bisher besonders strittigen Fragen der Innen- und Rechtspolitik. Die FDP akzeptierte die Wiedereinführung des Straftatbestandes „Landfriedensbruch" im Demonstrationsrecht. Das bedeutet, daß sich Demonstranten strafbar machen, wenn sie sich nach Aufforderung durch die Polizei von nichtgenehmigten Kundgebungen nicht entfernen. Im Gegenzug erklärten CDU und CSU ihren Verzicht auf ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen. Dahinter steht, daß solche Verbote bereits nach geltendem Recht auferlegt werden können.

● **Kontaktsperregesetz:** Hier kamen die drei Parteien überein, eine Veränderung dahingehend vorzunehmen, daß künftig terroristische Straftäter auch in Ausnahmesituationen – wie zum Beispiel im Entführungsfall Schleyer – Zugang zu einer „Vertrauensperson" haben sollen. Diese Vertrauensperson, die juristische Bildung haben soll, wird nicht die vollen Befugnisse eines Rechtsanwalts haben. Andererseits wird dadurch sichergestellt, daß die inhaftierten Personen nicht ohne jeglichen Beistand für die Dauer der Kontaktsperre bleiben. Eine Novellierung war mit der SPD und Ex-Justizminister Hans-Jochen Vogel nicht machbar gewesen.

● **Ausländerpolitik:** Die Grundtendenz ist hier, den Ausländeranteil in den kommenden Jahren zu reduzieren. Dazu sollen finanzielle Anreize zur Rückkehr in ihre Heimatländer geschaffen werden. Über die Herabsetzung des Nachzugsalters von bisher 16 auf sechs oder acht Jahre (Unionsforderung) soll vom Bundeskabinett entschieden werden.

● **Paragraph 218:** Alle drei Parteien wollen keine substantielle Änderung der Abtreibungsregelung. Bevor über die Frage entschieden werden soll, ob Abtreibungen aus sozialen Gründen weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden, will man anstehende Urteile des Bundesverfassungsgerichts abwarten.

● **Arbeitslosengeld:** Es soll für solche Bezieher, die keine Kinder haben, von bisher 68 Prozent des letzten Nettolohns auf 62 Prozent gekürzt werden. Angestrebt wird außerdem eine Neufassung des Schwerbehindertengesetzes, die ausschließen soll, daß Bürger durch eine „Kombination" von Krankheiten automatisch zu Schwerbehinderten werden. Nach geltendem Gesetz sind 25 Prozent der Bevölkerung schwerbehindert. Am Koalitionstisch wurde, um die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes deutlich zu machen, ausgerechnet, daß danach sämtliche Spieler des 1. FC Bayern als schwerbehindert anzusehen wären.

● **Öffentlicher Dienst:** Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wurde beauftragt, bei den am 24. März beginnenden Tarifverhandlungen „hart" zu verhandeln. Um ihre Sparlinie konsequent durchzusetzen, so hieß es, nehme die Bundesregierung auch das Risiko eines Müllwerker-Streiks in Kauf.

● **Scheidungsrecht:** Hier soll es zwar keine Rückkehr zum Verschuldungsprinzip geben, doch werden Korrekturen beim Unterhalts- und Versorgungsrecht für notwendig erachtet. So wird es als unbefriedigend empfunden, daß der verlassene Partner dem mit dem „Scheidungsgrund" Zusammenlebenden Unterhalt zahlen muß.

● **Deutschlandpolitik:** Das Prinzip Leistung gegen Gegenleistung soll hier wieder stärker zur Geltung kommen. Außerdem werden die Rechtspositionen – Bundestagsentschließung 1972 und Urteile des Bundesverfassungsgerichts – betont.

Kampf in NRW um Platz eins in der CDU

dpa, **Düsseldorf**

Nur zwei Wochen nach dem überzeugenden Bundestagswahlsieg der CDU auch an Rhein und Ruhr ist in den nordrhein-westfälischen Landesverbänden der Partei der Kampf um die Führung wieder offen ausgebrochen. Es geht um die Frage, wer Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1985 wird.

Schon seit geraumer Zeit hat der westfälische Vorsitzende Kurt Biedenkopf öffentlich und wiederholt sein Interesse an einer erneuten Spitzenkandidatur bekundet. Am Wochenende haben die Spitzenfunktionäre der westfälischen Union für zusätzlichen zeitlichen Druck gesorgt: Sie beschlossen nach einer fast vierstündigen Konferenz in Dortmund einstimmig, daß unverzüglich die Frage der Spitzenkandidatur geklärt werden soll – noch vor dem für Ende Mai vorgesehenen Bundesparteitag der CDU in Köln. Für den 7. Mai ist für die Vorbereitung ohnehin die Landesversammlung einberufen.

In der Entschließung wurde ausdrücklich eine personelle Festlegung der Westfalen auf Biedenkopf vermieden. Dazu hieß es, daß man eine Konfrontation mit der CDU-Rheinland habe vermeiden wollen. Denn obwohl der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms bisher jede öffentliche Festlegung vermieden hat, gilt es als sicher, daß er genauso wie Biedenkopf die Spitzenkandidatur der CDU für Nordrhein-Westfalen anstrebt. Von den Dortmunder Konferenzteilnehmern wurde versichert, daß man mit dem Entschließungsantrag nur dafür sorgen wolle, daß nicht andere Landesverbände „faktisch von außerhalb" die Entscheidung über die NRW-Spitzenkandidatur treffen.

Worms reagierte auf die Terminforderung der Westfalen, die er „mit Interesse gehört" habe, betont knapp: Er werde am 28. März im geschäftsführenden und am 15. April im erweiterten rheinischen Landesvorstand den Wunsch der Westfalen erörtern. Zu dem April-Termin sollen auch die rheinischen Kreisvorsitzenden sowie Landtags- und Bundestagsabgeordneten hinzugezogen werden.

In Bonn wurde unterdessen bekannt, daß Bundeskanzler Helmut Kohl noch vor Ostern mit Biedenkopf und Worms wegen der ungelösten Führungsfrage in der nordrhein-westfälischen CDU zusammentreffen wird. Rheinland und Westfalen sind die beiden stärksten CDU-Landesverbände und repräsentieren etwa 40 Prozent der gesamten CDU-Mitgliedschaft.

EWS: Heute Einigung auf neue Wechselkurse?

■ Fortsetzung von Seite 1

dafür war offenbar nicht nur die Tatsache, daß Frankreich der größte Kunde der Bundesrepublik ist, sondern daß Bonn gute politische Beziehungen zu Frankreich für vordringlich hält. So sickerte durch, daß Finanzminister Gerhard Stoltenberg eine DM-Aufwertung um bis zu sechs Prozent bei gleichzeitiger Abwertung des französischen Franc um mindestens zwei Prozent zugesagt hatte.

Allerdings galt es nicht nur über die übrigen Wechselkursveränderungen endgültige Klarheit zu gewinnen, sondern daneben auch noch eine Reihe von zusätzlichen Problemen zu lösen. Dazu gehörte eine angebliche französische Forderung nach einem Währungskredit der Gemeinschaft. Als Vorbild wurde eine nach dem ersten Ölschock von der EG eingeführte Anleihe zum Ausgleich der Zahlungsbilanz in Italien und Irland genannt.

Kopfzerbrechen bereiteten auch die Folgerungen der geplanten Währungsanpassung für den gemeinsamen Agrarmarkt. Paris kämpft seit langem für den Abbau der sogenannten Währungsausgleichsbeträge im Handel, die sich aus der Festlegung der gemeinsamen Agrarpreise in europäischen Währungseinheiten (ECU) ergeben. Sie sind für die deutsche Landwirtschaft unverzichtbar, da ihre Abschaffung einen direkten Abbau der Einkommensgarantien bedeuten würde. Bisher hat sich Bonn jeweils nur zu einer schrittweisen Verringerung der wie Zölle wirkenden Ausgleichsbeträge bereit gefunden.

Das Europäische Währungssystem (EWS) existiert seit März 1979. Es wurde von den im Europäischen Rat vertretenen Regierungschefs der EG auf Initiative des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ins Leben gerufen, um eine „stabile Währungszone in Europa" zu schaffen.

Das EWS stellt eine Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Wechselkurs- und Interventionssystems, der sogenannten „Währungsschlange", dar, die im April 1972 gegründet worden war. Im Zentrum des EWS steht der ECU (European Currency Unit). Er stellt eine Bezugsgröße für die Festsetzung der Wechselkurse dar, dient als Indikator für die Wechselkursabweichungen und bildet eine Rechengröße für die Forderungen sowie Verbindlichkeiten im EWS. Außerdem ist der ECU Zahlungsmittel sowie Reserveinstrument zwischen den EG-Zentralbanken.

Mitglieder des EWS sind die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Dänemark, Frankreich, Irland und Italien. Großbritannien ist ebenfalls in den EWS-Gremien vertreten, aber das Pfund Sterling nimmt nicht am Wechselkursverbund teil.

Die beteiligten Währungen stehen im EWS in einem festgelegten Verhältnis zueinander. Dabei sind Schwankungen der Partnerwährungen untereinander in einer Bandbreite von 2,25 Prozent nach oben und unten erlaubt. Eine Ausnahmeregelung wurde für die italienische Lira geschaffen, für die eine Schwankungsbreite von plus/minus sechs Prozent gilt. Während damit relativ starre Wechselkurse im Inneren des EWS herrschen, schwanken die Wechselkurse der EWS-Währungen gegenüber den anderen wichtigen Währungen, vor allem gegenüber dem US-Dollar, auf den Devisenmärkten.

Wenn eine EWS-Währung, beispielsweise die D-Mark, gegenüber einer Partnerwährung, beispielsweise dem französischen Franc, auf dem Devisenmarkt von ihrem Leitkurs abweicht, müssen die Notenbanken in Paris und Frankfurt stützend eingreifen, wenn die Kurse beider Währungen über die maximale Bandbreite hinaus auseinanderlaufen. Die Deutsche Bundesbank kauft dann Franc auf, und die französische Notenbank nimmt ebenfalls Franc aus dem Markt. Damit kann das Überangebot an Franc abgebaut werden, das den Kurs dieser Währung drückt.

Innerhalb des inzwischen vierjährigen Bestehens des EWS waren die Paritäten bisher schon sechsmal geändert worden. Grund für die meisten Korrekturen war, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EG-Länder nicht koordiniert ist.

Die bisherigen Korrekturen: **24. 9. 1979:** Abwertung Dänenkrone um 3 Prozent, Aufwertung D-Mark um 2 Prozent. **30. 11. 1979:** Abwertung Dänenkrone um 4,76 Prozent. **23. 3. 1981:** Abwertung Lira um 6 Prozent. **5. 10. 1981:** Abwertung franz. Franc um 3 Prozent, Abwertung Lira um 3 Prozent, Aufwertung D-Mark um 5,5 Prozent, Aufwertung Gulden um 5,5 Prozent. **21. 2. 1982:** Abwertung belg./lux. Franc um 8,5 Prozent, Abwertung Dänenkrone um 3 Prozent. **12. 6. 1982:** Abwertung franz. Franc um 5,75 Prozent, Abwertung Lira um 2,75 Prozent, Aufwertung D-Mark um 4,25 Prozent, Aufwertung Gulden um 4,25 Prozent.

Nakasone für verstärkte Verteidigung

dpa, **Tokio**

Der japanische Ministerpräsident Nakasone hat sich trotz starker innenpolitischer Widerstände erneut für einen größeren Verteidigungsbeitrag seines Landes im westlichen Bündnis ausgesprochen.

Vor Absolventen der Militärakademie sagte er gestern in Tokio, daß Japan durch die Verstärkung der Streitkräfte seine eigene Abwehrfähigkeit verbessern und damit gleichzeitig eine seinem wirtschaftlichen und politischen Gewicht angemessene internationale Rolle bei der Verteidigung von Sicherheit und Frieden übernehmen müsse. Dabei hob er auch die Bedeutung des Sicherheitsvertrages mit den USA hervor.

Im Kontrast dazu gab es am Wochenende erste Protestdemonstrationen gegen den Flottenbesuch des atomgetriebenen US-Flugzeugträgers „Enterprise", der heute nach Teilnahme an einem amerikanisch-südkoreanischen Manöver im westjapanischen Hafen Sasebo erwartet wird. Nach Presseberichten stehen zum Schutz des Geländes bei Nagasaki rund 3000 Polizisten bereit. In Tokio demonstrierten bereits am Samstag mehr als tausend Mitglieder linker Gewerkschaftsorganisationen gegen das Einlaufen des Kriegsschiffs.

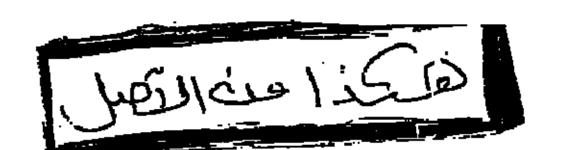
Putsch-Prozeß wird wieder aufgerollt

AP, **Madrid**

Der Oberste Gerichtshof Spaniens wird am 6. April den Prozeß gegen die Putschisten neu aufrollen, die am 23. Februar 1981 mit der Besetzung des Parlaments in Madrid die Macht an sich reißen wollten.

Wie „El Pais" gestern berichtete, wird Generalstaatsanwalt Luis Antonio Buron dabei für höhere Strafen plädieren, als sie im Juni 1982 von einem Militärgericht verhängt worden waren. Es hatte 21 der angeklagten 32 Offiziere der Streitkräfte und der Zivilgarde sowie einen Zivilisten zu zwei bis 20 Jahren Haft verurteilt und elf weitere Offiziere freigesprochen. Die Anklage und die Regierung Calvo-Sotelo hatten Berufung eingelegt.

Die Höchststrafen von 30 Jahren erhielten nur zwei der Hauptangeklagten: Oberstleutnant Antonio Tejero, der den Sturm aufs Parlament geführt hatte, und der ehemalige Generalkapitän der Militärregion Valencia, Generalleutnant Jaime Milans del Bosch.



Künstlich belastet

HH. – Die Brüsseler EG-Kommission hat sich eine besonders originelle Begründung für die Erhebung einer neuen Steuer ausgedacht: „Die Einführung einer neuen Einnahmeart", schreibt sie ungeniert, hätte „den Vorteil, daß gar nicht erst Situationen entstünden, in denen die normale Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Diskussionen über finanzielle Probleme künstlich belastet würde".

Seit Jahren fordern zahlreiche EG-Mitglieder, darunter die Bundesrepublik, eine Reform dieser Agrarpolitik mit dem Ziel, sie durch Abbau von Dirigismus wirksamer und weniger kostspielig zu gestalten. Angesichts der desolaten Haushaltslage in mehr oder weniger allen Mitgliedstaaten, die zur Überprüfung der öffentlichen Ausgaben zwingt, schien nun endlich auch von dieser Seite Reformdruck in Richtung Brüssel auszugehen.

Da tritt die Kommission die Flucht nach vorn an und fordert, noch bevor sie im Frühjahr ihr neues Finanzierungskonzept vorlegen will, die Abschaffung der ihr lästigen Ein-Prozent-Grenze bei den Mehrwertsteuereinnahmen und – in höchst nebulöser Form – die Einführung „einer neuen Einnahmeart". Alles dies, wie es in entlarvender Deutlichkeit heißt, weil sie schon die Diskussion über finanzielle Probleme als künstliche Belastung empfinden würde – und die gilt es fernzuhalten.

Und wie wär's mit ein wenig mehr Sparsamkeit? „Die EG-Kommission weiß, mit welchen ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten alle Mitglieder zu kämpfen haben", heißt es treuherzig. Aber höhere Brüsseler Ausgaben könnten auch „zu einer Verringerung der Ausgaben auf nationaler Ebene führen", suggeriert sie; oder im Klartext: Wenn „die anderen" sparen, wird die EG nicht „künstlich belastet".

Ratlos

J. G. – Kaum noch anders denn als Eingeständnis der Ratlosigkeit seines Hauses läßt sich werten, was des Bundeswirtschaftsministers Staatssekretär nun zum Auftakt der großen Bonner Stahlstruktur-Gesprächsrunde am kommenden Donnerstag verkündet. Selbst den Staatskonzern Salzgitter will der Eigentümer nicht auf den Fusionsweg zwingen. Alle Subventionsanträge von Alleingängern will man positiv begleitend auf den Genehmigungsweg nach Brüssel schicken, sofern nur das jeweilige Konzept überzeugend die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens nach dem ab 1985 erhofften Ende des europäischen Subventionswahnsinns zeige. Überzeugend aber war und ist nach dem Urteil der Stahlmoderatoren für solche Überlebensfähigkeit deutschen Stahlpotentials nur sein Zusammenschluß zu zwei großen Gruppen. Damit macht nun nur die ohnehin stärkste Gruppierung Thyssen/Krupp Ernst. Der Rest treibt weiterhin im Ungewissen. Die Fusionswiderstände der Länder und der IG Metall sind offensichtlich größer als die Führungskraft, die zum Überwinden der Stahlmisere von Bonn zu erwarten ist.

LATEINAMERIKA / Entwicklungsbank erhöht Kreditzusage um zehn Prozent

Finanzkrise in den größten Ländern gebannt, aber die Probleme bleiben

H.-A. SIEBERT, Washington

Die 1980 begonnene Stagnation hat Lateinamerika in die Wirtschaftskrise getrieben. Auf die Außenposition verheerend ausgewirkt haben sich der Verfall der Exportpreise und die hohen Realzinsen an den internationalen Kapitalmärkten. Das Ausmaß der Auslandsverschuldung führte zu größeren Abwertungen; erstmals mußten mehr Devisen für den Zinsendienst als für die Schuldenrückzahlung aufgebracht werden.

So erklärt die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in Washington in ihrem neuesten Jahresbericht die desolate Lage einer Region, deren zusammengefaßtes Bruttoinlandsprodukt immer gewachsen ist. Von 1964 bis 1980 fiel die reale Wachstumsrate niemals unter vier Prozent, 1982 sank sie jedoch um ein Prozent. Im Jahr zuvor betrug das Plus noch ein Prozent. Berücksichtigt man die Bevölkerungszunahme, dann verringerte sich Lateinamerikas Lebensstandard um rund fünf Prozent.

Abwärts ging es praktisch in allen Ländern südlich des Rio Grande, der amerikanisch-mexikanischen Grenze. Besonders schwer traf die weltweite Rezession, gekoppelt mit den Rekordzinsen, die verarbeitende Industrie in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru. In der Region verringerte sich der Ausstoß 1981 und 1982 um jeweils drei Prozent.

Empfindliche Rückschläge mußten auch die Rohstofflieferanten hinnehmen. Im Gegenzug, und darauf weist die IDB ausdrücklich hin, kürzten die Lateinamerikaner drastisch die Einfuhr von Halbfertigwaren und Kapitalgütern aus den Industrieländern.

Um den Abschwung etwas aufzufangen, steigerte die IDB 1982, verglichen mit dem Vorjahr, ihre Kreditzusagen um zehn Prozent auf 2,74 Milliarden Dollar. Damit erreichten die bisherigen Ausleihungen 22,5 Milliarden Dollar, die als Teilfinanzierung Gesamtinvestitionen in Höhe von 85 Milliarden Dollar auslösten. Ausgezahlt hat die IDB bis Ende 1982 mehr als 13,4 Milliarden Dollar, davon 1,7 Milliarden Dollar im letzten Jahr. Bei der Kreditvergabe rangieren Energie und Landwirtschaft vorn.

Von den gesamten Kreditzusagen der IDB entfielen auf Brasilien 4203 (1982: 372), auf Mexiko 2892 (323), auf Argentinien 2681 (402), auf Kolumbien 1783 (191), auf Peru 1174 (180), auf Ekuador 1077 (101), auf Chile 1020 (303) und auf Bolivien 946 (201) Millionen Dollar.

Ergänzt man die Angaben der IDB mit Zahlenmaterial, das von der Weltbank, dem Federal Reserve Board und der Morgan Guaranty Trust Co. stammt, dann schlugen öffentliche und private Auslandsverschuldung der Region im Dezember 1982 mit 297 Milliarden Dollar zu Buch. Davon mußten 104 Milliarden Dollar innerhalb eines Jahres zurückgezahlt werden. Hauptgläubiger waren US-Banken mit insgesamt 82 Milliarden Dollar.

Eine Kurzanalyse der wichtigsten Länder ergibt dieses Bild:

Brasilien: Gesamtschulden 84 (davon kurzfristig: 19) Milliarden Dollar. 1982 betrug die durchschnittliche Inflationsrate 132 Prozent; die Abwertung erschwert die Absenkung volkswirtschaftlicher Kosten. Kaum zu erreichen ist 1983 ein Handelsüberschuß von sechs Milliarden Dollar (IWF-Bedingung).

Mexiko: Gesamtschulden 80 (31) Milliarden Dollar. Wenn der Ölpreis unter 25 Dollar sinkt, läßt sich ein Schuldenmoratorium nicht mehr vermeiden. Das Land profitiert aber vom Aufschwung in den USA.

Argentinien: Gesamtschulden 38,5 (19) Milliarden Dollar. Inflationskontrolle (Rate im Dezember: 209 Prozent) bleibt problematisch. Ins Haus steht jedoch eine Rekordernte mit höheren Deviseneinnahmen.

Venezuela: Gesamtschulden 28,5 (15) Milliarden Dollar: Ölpreisrutsch macht Umstrukturierung der kurzfristigen öffentlichen Schulden (6,6 Milliarden Dollar) wahrscheinlich; IWF-Hilfe vielleicht Ende 1983 erforderlich.

Chile: Gesamtschulden 17 (5) Milliarden Dollar. Ohne Anziehen der Kupferpreise benötigt Santiago 1983 rund 1,8 Milliarden Dollar neue Bankkredite. Umschuldung von vier Milliarden Dollar im Gespräch.

Kolumbien: Gesamtschulden 10,3 (4) Milliarden Dollar. Nicht gefährdet, günstigstes Exportverhältnis.

EG-KOMMISSION

Eine leichte Belebung in mehreren Mitgliedstaaten

WILHELM HADLER, Brüssel

Überlegungen über die Rückgewinnung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums hat die EG-Kommission den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft übermittelt. Sie enthalten wirtschaftspolitische Leitlinien, bei deren Beachtung sich nach ihrer Auffassung der in einigen Mitgliedsländern beginnende Aufschwung verstetigen und verstärken ließe.

Bestimmte Indikatoren aus der letzten Zeit zeigen – so heißt es in dem Papier –, daß sich in mehreren EG-Staaten eine Belebung der Wirtschaft anbahne. Die Ursachen lägen zumindest teilweise in der günstigen Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft seit Ende 1982, in der Abwärtsentwicklung der internationalen Zinsen und der Aussicht auf eine Verringerung der Ölpreisbelastung.

Zwar sei damit noch längst nicht gesichert, daß Europa aus der Rezession herausgefunden habe, doch bestehe erstmals seit mehreren Jahren wieder die Chance, „daß sich die Dinge zum Positiven wenden". Als Unsicherheitsfaktoren nennt die EG-Behörde Ausmaß und Dauer des Aufschwungs in den USA, die internationale Finanzentwicklung sowie die Auswirkungen des Rückgangs der Ölpreise.

Statt mit früher mehr als einem Prozent rechnen die Konjunkturexperten der EG für das laufende Jahr jetzt in fast allen Mitgliedsländern mit einem realen Wachstum (Bruttoinlandsprodukt) von 0,4 Prozent. „Das Wachstum dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte 1983 unter dem Einfluß einer Wiederauffüllung der Lagerbestände, einer gewissen Stützung der staatlichen Nachfrage und einer Belebung der Ausfuhren beschleunigen, während vom privaten Verbrauch und – zumindest im 1. Halbjahr 1983 – von den Investitionen kein wesentlicher Beitrag zum Aufschwung zu erwarten ist."

Nach Meinung der Kommission können aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre drei Lehren gezogen werden: Danach muß zunächst einmal jede Regierung eine nationale Politik treiben, die ebensosehr auf Stabilität (Bekämpfung der Inflation) wie auf die Entwicklung der produktiven Tätigkeiten ausgerichtet ist. Keine internationale Zusammenarbeit könne die Mitgliedsstaaten von diesen Anstrengungen entbinden.

Zweitens sei zu berücksichtigen, daß die Gemeinschaft als großräumiger Markt und (über das EWS) als Faktor der Konvergenz als einflußreicher Sprecher gegenüber der Außenwelt und Katalysator für die Investitions-, Industrie- und Energiestrategien genutzt werden müsse.

Schließlich gelte es einzusehen, daß der Erfolg der einzelstaatlichen Politik ohne geordnete weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen nicht gesichert werden könne. Auch die am stärksten marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften duldeten bei sich kein solches Maß an Desorganisation, wie es das Weltwirtschaftssystem kennzeichne, meint die Kommission. Hier liege auch eine Gefahr für die Zunahme des Protektionismus.

Offene Handels-Fragen

Von HANNA GIESKES

...deutschen Handel wird es ...ngsam eng: Die geplante Fu...n der beiden Gruppen Selex/ ...O und Tania schafft einen wei...en starken Block, und es ist ...ht unwahrscheinlich, daß andere folgen werden. Wo soll das en...? Kommt es tatsächlich dazu, ...ß schließlich nur noch ein paar ...ysteme" übrigbleiben, wie Pes...isten befürchten – Gruppen, ... sich gegenseitig nicht mehr ...h tun, und deren Einkäufer der ...dustrie ihre Bedingungen diktie...?

Eines ist ihnen allen gemeinsam, ...n großen Gruppierungen im ...ndel und den Zusammenschlüs..., aus denen solche Gebilde ent...hen: Sie firmieren unter dem ...kett „Abwehr". Die großen Ge...ssenschaften wie Edeka und Re... begründen ihre Größe mit der ...twendigkeit, sich gegen die star...n Filialunternehmen im Lebens...teleinzelhandel wehren zu müs...; jene drehen den Spieß herum ...d wehren sich gegen die großen ...nossenschaften, und Selex/ ...O und Tania wehren sich laut ...ssemitteilung gegen beide.

Da muß endlich der Deckel ...uf", forderte Kartellamtspräsi...t Wolfgang Kartte schon vor ...ren, als die Übernahme der ...orten-Lebensmittelabteilungen ...rch die Edeka anstand. Inzwi...en ist der Fall Kaufhof-Metro ... Land gegangen, und das Amt ...rtte hat den passenden Deckel ...mer noch nicht gefunden.

Dies wäre aber dringend nötig. ...ht nur, weil ein immer stärker ...nzentrierter Handel als Markt...tner der Konsumgüterindustrie ... Gewicht erhält, bei dem Macht ...l und Leistung kaum noch gilt, ...dern auch, weil das Kartellamt ...n unter dem Zwang steht, den ...lgen dieser strukturellen Verän...rungen zu begegnen, die es nicht ...zuhalten vermochte.

Diese Folgen manifestieren sich ...vor allem in heftigen ...eiskämpfen. Am Ende bleibt der ...hwächere auf der Strecke. Das ...rtellamt ist indes keine Institu...n zur Konservierung von Wett...werbern; seine Aufgabe ist die ...haltung des Wettbewerbs, und ...s ist etwas grundsätzlich ande.... Daran ändert auch die Tatsa...e nichts, daß es seit der letzten ...rtellnovelle eine Möglichkeit ...bt, Niedrigpreise im Handel dann ... untersagen, wenn sie unter den ...nstandspreisen liegen und offen...htlich dazu eingesetzt werden, ...en schwächeren Konkurrenten ... verdrängen. Aber abgesehen davon, daß eine Verdrängungsabsicht nur sehr mühsam zu beweisen sein wird, abgesehen auch davon, daß es sich hier um einen Eingriff in die unternehmerische Freiheit handelt – dies bleibt eine Kur am Symptom.

Ursache ist die fortschreitende Konzentration, wie auch immer sie begründet wird. „Der Leistungswettbewerb im Handel, der vielerorts zum Verdrängungswettbewerb eskaliert, zwingt den mittelständischen Handel, näher zusammenzurücken", heißt es bei der Selex, doch wird dies den Kartellbeamten kaum Eindruck machen. Immerhin rechnen die zusammenrückenden Mittelständler in diesem Jahr mit einem Außenumsatz von 18 Milliarden Mark, und das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, daß Deutschlands leistungsstärkster Filialist Aldi es 1982 auf ungefähr 14 Milliarden gebracht haben soll.

Nun sind diese Zahlen nicht direkt vergleichbar: Einmal handelt es sich um einen straff geführten Konzern, zum anderen um eine Gruppe mit 120 Mitgliedern. Auch für das Amt ist der Außenumsatz in diesem Fall kein Maßstab; die nach der Fusion erwarteten Umsätze aus dem zentralen Vertragsgeschäft von 7,5 Milliarden Mark liegen weit unter der „fusionsrechtlich relevanten" Grenze. Dennoch wird die Wettbewerbsbehörde wohl versuchen, diesen Zusammenschluß zu untersagen.

Hier bietet sich das Stichwort: „Nachfragemacht" an, wenn die Gruppen, denen auch sehr potente Handelsunternehmen angehören, ihr Verhalten gegenüber den Lieferanten koordinieren. Ein zweites Stichwort heißt „Kartellverbot": Sollte sich herausstellen, daß diese Fusion lediglich den Zweck hat, aus den Lieferanten mittels Nachfrage-Konzentration ein paar Prozente mehr herauszulocken, dann wäre sie ein Kartell in anderer Gesellschaftsform.

Doch hier begäbe sich das Kartellamt auf Glatteis. Denn es gibt genügend Kooperationen im Handel, die dem Mittelstand den Rükken stärken und nicht wettbewerbsschädlich sind. Wo ist die Grenze? Gibt es bald zwei Kategorien von Unternehmen im Handel – solche, die diesen Kooperationen beitreten dürfen, und solche, die es nicht dürfen? Nach welchen Maßstäben werden sie sortiert? Auch für die Amt Kartte werden die Spielräume immer enger.

AUF EIN WORT



„Wenn man Verteilungskämpfe entschärfen will, ist die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ein Weg dazu."

Senatorin Christine Maring (SPD) Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund.
FOTO: DIE WELT

Weniger Zulassungen bei VW und Opel

dpa/VWD, Flensburg

Deutlicher Gewinne für BMW und Renault, spürbare Rückgänge bei VW und Opel und kräftige Verschiebungen innerhalb der japanischen Mitbewerber kennzeichneten den Automobilmarkt der Bundesrepublik im Feburar. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg mitteilte, waren mit 180 169 Einheiten 0,9 Prozent weniger fabrikneue Personen- und Kombiwagen verkauft worden als im Februar 1982. Die am häufigsten verkauften Einzelmodelle waren der Kadett von Opel mit fast 15 000 und der Golf von VW mit knapp 14 000 Exemplaren. Die erfolgreichsten Neuzulassungen im Februar (Vorjahresmonat in Klammern): 1. VW/Audi 50 573 (53 954) 2. Opel 32 502 (35 147); 3. Ford 22 697 (21 097); 4. Daimler Benz 19 213 (18 386); 5. BMW 11 342 (9838); 6. Renault 9133 (7871); 7. Fiat 8036 (8842); 8. Citroën/Peugeot-Talbot 7134 (7949); 9. Toyota 3289 (2876); 10. Nissan Datsun 2924 (2736).

STAHLINDUSTRIE

Die Bundesregierung will keine Fusionen erzwingen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wenigstens Grobkonzepte hat das Bundeswirtschaftsministerium in der letzten Woche von allen zum Aufbruch zu neuen Strukturen aufgeforderten deutschen Stahlunternehmen erhalten. Staatssekretär Dieter von Würzen verweigerte vor der Presse in Düsseldorf zu dieser ersten Zwischenbilanz jedoch die Auskunft, was sich daraus für die deutsche Stahlindustrie an notwendigem Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen sowie an Hilfeersuchen an die Staatskasse ergibt. Unerläßliche „Verfeinerungen" dieser Konzepte erwarte man noch bis zu der großen Stahl-Gesprächsrunde am 24. März in Bonn.

Der Staatssekretär resümierte, daß die Grobkonzepte dem von den Stahlmoderatoren vorgeschlagenen großen Konzentrationsprozeß nur in der „Gruppe Rhein" (Thyssen/Krupp) folgen. Die Konzepte von Hoesch und Salzgitter sehen Alleingänge mit Produkt-Kooperationen vor. Den von den Moderatoren vorgeschlagenen Zusammenschluß Hoesch/Klöckner/Salzgitter zu der „Gruppe Ruhr" könne und wolle die Bundesregierung nicht erzwingen. Nach Ansicht von Würzens sei da Zwang auch deshalb unnötig, weil ausreichende Überlebensfähigkeit der Unternehmen aus eigener Kraft sehr wohl auch ohne Fusionen zurückzugewinnen sei.

Nur bei begründeter Vermutung, daß Alleingänge von Stahlunternehmen unsinnig seien, werde die Bundesregierung die vorgesehene Umstrukturierungshilfe verweigern. Bis 31. März sollen die Subventionsanträge der Unternehmen mit Bonner Stellungnahme an die EG-Kommission weitergereicht werden, die bis zum 30. Juni darüber entscheidet. Undeutlich bleibt nach von Würzens Auskünften auch noch, wie Bonn unterhalb der (abgelehnten) Importabgabe den Verdrängungswettbewerb subventionierten Auslandsstahls beenden will.

US-AKTIENMÄRKTE

Furcht vor höheren Zinsen – Dow tritt auf der Stelle

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten geht wieder die Zinsfurcht um, weil die Geldversorgung in Amerika aus dem Ruder zu laufen droht. In dieser Woche schnellte das Aggregat M1 um 4,8 Milliarden Dollar in die Höhe; von August bis Februar nahmen M1 und M2 um 14,1 und 15,2 Prozent zu. Sie liegen damit weit über den Zielkorridoren. Der Zinstrend ist deutlich aufwärts gerichtet. Er wird sich noch verstärken, wenn die Treasury in dieser Woche zur Defizitfinanzierung 25,9 Milliarden Dollar aufnimmt.

Folgt man Philip Braverman von der Chase Manhattan Bank, dann steht ein Tritt auf die Geldbremse durch die US-Notenbank bevor. Zusammen mit dem Kreditbedarf des Schatzamtes führt das zu einem Anziehen der wichtigen langfristigen Zinsen. An der Wall Street mehren sich überdies die Stimmen, die vor einem zu starken und damit inflationären Aufschwung warnen. In dieses Bild passen Voraussagen, die neue Preisexplosionen für 1984 ankündigen. Scharf abgelehnt hat Präsident Reagan Budgetvorschläge der Demokraten, die eine Senkung der enormen Haushaltsdefizite durch höhere Steuern und niedrige Verteidigungsausgaben vorsehen.

In diesem unsicheren Klima haben die Märkte positive Signale ignoriert. So erhöhten sich in den USA die Herstellerpreise im Februar nur um 0,1 (Nahrungsmittel plus 0,6, Energie minus 2,9) Prozent, während die industrielle Kapazitätsauslastung um 0,2 auf 68,5 Prozent stieg. Kein Wunder auch, daß der Dow Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf auf der Stelle trat und mit 1117,74 (Freitag: plus 0,77) Punkten schloß. Der Nyse-Index stieg um 0,92 (0,15) auf 86,37 Punkte. Gefragt waren wieder Technologie-Werte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG–USA verhandeln weiter

Washington (Sbt.) – „Es ist schon ein Fortschritt, wenn man weiter miteinander spricht", erklärten Mitglieder der amerikanischen Verhandlungsgruppe nach der zweitägigen Diskussion über die Exportsubventionierung von Agrarerzeugnissen für Drittmärkte. Der US-Handelsbevollmächtigte Block und der stellvertretende US-Landwirtschaftsminister Lyng auf der einen sowie EG-Vizepräsident Haferkamp und EG-Agrarkommissar auf der anderen Seite einigten sich, daß die „Gespräche fortgesetzt werden". Vermutlich trifft man sich auf Expertenebene im April in Brüssel. Weder die USA noch die EG machten irgendwelche Konzessionen. Block und Lyng lehnten die Zusage ab, künftig auf verbilligte Agrarexporte zu verzichten. Brüssel würde es vorziehen, den Agrarstreit im Rahmen des Allgemeinen Handels- und Zollabkommens (Gatt) in Genf zu schlichten.

Weg der Kurse

	18. 3. 83	11. 3. 83
Boeing	38	37,50
Chrysler	16,50	16,625
Citicorp	41,375	39,125
Coca-Cola	49,875	50,25
Exxon	30,25	31,125
Ford Motors	39,875	40
IBM	99,875	100,625
PanAm	5,625	5,375
US Steel	21,875	23,375
Woolworth	34,25	30,625

Einigung bei Videorekordern

Tokio/Brüssel (AFP) – Japan hat seit Freitag einen Mindestpreis für die in die EG ausgeführten Videorekorder eingeführt. Das teilte der europäische Delegationsleiter, Laurens Jan Brinkhorst, in Tokio mit. Seinen Angaben zufolge haben die europäischen Video-Rekorderproduzenten daraufhin die Rücknahme ihrer am 1. Dezember 1982 eingereichten Anti-Dumping-Klagen gegen ihre japanischen Konkurrenten zurückgezogen. Außerdem wurde von europäischer Seite eine baldige Aufhebung der Zollmaßnahmen gegen die japanischen Geräte angekündigt. 1983 darf Japan höchstens 4,55 Millionen Videorekorder in die EG liefern.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt). – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben drei Ländern Darlehen über insgesamt 216,2 Millionen Dollar (517 Millionen Mark) eingeräumt. Ägypten erhält 81,2 (Hilfe für landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe, durch die 5000 Arbeitsplätze geschaffen werden), Indien 101 (Bewässerungsprojekte in Uttar Pradesh, wo 235 000 Hektar kultiviert werden sollen) und Malawi 34 Millionen Dollar (Errichtung von drei Ausbildungsstätten für Lehrer). Außerdem gewährt die Weltbank der Banque Ouest Africaine de Developpement in Lomé, Togo, 6,1 Millionen Dollar zur Finanzierung von Vorhaben in Benin, Niger, Togo, Senegal, Elfenbeinküste und Obervolta. Zusätzlich erhält die Regionalbank aus der IDA-Kasse 14 Millionen Dollar.

Ölpreis von 25 Dollar?

Washington (AFP) – Die „Marktkräfte" werden nach Auffassung des amerikanischen Energieministers Don Hodel den Preis für Erdöl weiter drücken und „wahrscheinlich" zu einem Ölpreis von 25 Dollar je Faß führen. In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „US News and World Report" betonte der Minister jedoch gleichzeitig, man sollte nicht übersehen, daß „der Ölpreis langfristig nach oben tendieren dürfte". Niemand wisse wirklich, inwieweit die gesunkene Erdölnachfrage auf „echte Einsparungsbemühungen zurückzuführen ist und ob sie nicht auch Ausdruck des wirtschaftlichen Abschwungs" sei. Hodel hält es für möglich, daß die Ölschwemme bei einem neuen Aufschwung „in zwei Jahren weitgehend" der Vergangenheit angehören wird.

Londoner Kassapreise

	18. 3. 83	11. 3. 83
Kupfer (£/t)	1072	1051
Blei (£/t)	293,25	298,25
Zink (£/t)	453	450,5
Zinn (£/t)	9042,5	8947,5
Gold ($/Unze)	421,5	422,5
Silber (p/Unze)	710,5	723
Kakao [1] (£/t)	1247,5	1317,5
Kaffee [1] (£/t)	1846	1738,5
Zucker (£/t)	107	105
Kautschuk (p/kg)	74	77,5
Wolle (p/kg)	405	405
Baumwolle [2] (cts/lb)	78,60	77,95

[1] Abladung Mai;
[2] A-Index-Preis Liverpool

...G-FINANZIERUNG

...rogressive Besteuerung und ...ine neue Einnahmeart?

HEINZ HECK, Bonn

Die EG-Kommission will die ...ohlhabenden Mitglieder der Eu...päischen Gemeinschaft künftig ...ärker zur Kasse bitten. Ihr Bon...er Verbindungsbüro schreibt jetzt ... einem Beitrag mit der Über...hrift „Ein Prozent ist zu wenig", ...it den eigenen Mitteln wie Agrar...schöpfungen, Zuckerabgaben, ...öllen sowie den Mehrwertsteuer...nnahmen bis zu einem Prozent ...ien „die grundsätzlichen Forde...ungen des Vertrages ... nicht zu ...rfüllen".

Mit Blick auf die Beitrittsver...andlungen mit Spanien und Por...gal zielt die Kommission auf die Anhebung oder Abschaffung der ...öchstgrenze" von einem Prozent. ...amit „könnte eine dauerhafte ...nd solide Einnahmequelle erschlossen werden, die den Ausbau ...er Gemeinschaftspolitiken sichern würde".

Dabei sollen die Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Wohlstand zur Auffüllung der Brüsseler Kasse beitragen. Als Meßlatte sei das Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung geeignet. Zur Besteuerung selbst will die Kommission „entweder ein progressives Element in das Mehrwertsteuersystem" aufnehmen, „oder die Mitgliedstaaten könnten auf der Grundlage des Bruttosozialproduktes progressiv besteuert werden".

Ohne konkrete Angaben wird schließlich die Einführung einer „neuen Einnahmeart" ins Gespräch gebracht, „die von der gesamten Wirtschaft aufzubringen ... wäre". Damit will die Kommission die für sie offenbar peinlichen Situationen vermeiden, „in denen die normale Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Diskussionen über finanzielle Probleme künstlich belastet würde".

BILDSCHIRMTEXT / Länderparlamente müssen den Staatsvertrag noch billigen

Neue Wege der Kommunikation

GISELA REINERS, Bonn

Die Unterschrift der Länder-Ministerpräsidenten unter den Staatsvertrag über das neue Kommunikationssystem Bildschirmtext eröffnet nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Regierungschefs Uwe Barschel (CDU) erstmalig jedermann den Zugang zu Datenverarbeitungsleistungen. Jetzt könne rechtzeitig zum 1. September, zur Funkausstellung in Berlin, dieser neue Fernmeldedienst der Bundespost bundesweit aufgenommen werden. Das schaffe vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen neue Gestaltungsmöglichkeiten in der geschäftlichen Kommunikation, bei der Werbung und beim Vertrieb.

Der Staatsvertrag war schon im Februar ausgehandelt worden, auf Wunsch von Niedersachsen, das noch einige Sonderwünsche bezüglich des Datenschutzes hatte, jedoch erst am Freitag vergangener Woche unterzeichnet worden. Nun müssen die Länderparlamente den Vertrag noch billigen. Nicht geregelt wird die Gebührenordnung durch den Staatsvertrag. Auf Vorschlag des Bundespostministeriums wird sich der Postverwaltungsrat auf seiner Sitzung in Bonn damit beschäftigen.

Nach Ansicht von Ministerpräsident Barschel ist mit dem Staatsvertrag ein Kompromiß gelungen. In seinen 16 Artikeln werden Fragen der Zugangsmöglichkeit, des Geltungsbereichs, der Anbieter- und Werbungskennzeichnung sowie des Datenschutzes geregelt. Dabei mußten die Vorschriften so gefaßt werden, daß das Kommunikationssystem „praktikabel und attraktiv" wird; andererseits mußten Mißbräuche, vor allem beim Speichern und Abfragen von Daten, ausgeschlossen werden. Jetzt sei sichergestellt, daß personenbezogene Daten nur verwendet werden dürften, soweit dies zur Erbringung der Leistung und zur Abrechnung nötig sei. Ergänzend wird jetzt der Bund noch flankierende gesetzliche Bestimmungen, zum Beispiel beim Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und zum Vertragsrecht erlassen.

Bei Bildschirmtext handelt es sich um eine neue Dienstleistung der Post, die es den Kunden ermöglicht, mit Hilfe von Telefon und Fernsehgerät Informationen abzurufen, wie z. B. die neuesten Nachrichten des Tages, Geldtransaktionen über ihr Konto abzuwickeln, Kaufaufträge zu erteilen, Reisen zu buchen, Sonderangebote abzulesen oder einfach zu schauen, was es gerade im Theater oder Kino gibt. Man kann sich auch von Bildschirm zu Bildschirm elektronische Nachrichten schicken. Zu diesem Zweck muß allerdings von der Post ein sogenanntes Modem zwischen Telefon und TV-Gerät geschaltet werden, wobei in letzterem ein Decoder eingebaut sein muß. Die Industrie hofft, rechtzeitig preisgünstige Geräte auf den Markt bringen zu können. Die Post rechnet 1986 bereits mit einem Millionen-Publikum bei Bildschirmtext – kurz „Btx" genannt.

SPANIEN /Streitkräfte werden modernisiert – Kompensationsgeschäfte geben Ausschlag

Tornado im Madrider Luftrennen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Schlacht um die künftige Ausrüstung der spanischen Streitkräfte wird auf wirtschaftlicher Ebene geschlagen. Den Ausschlag im Wettbewerb der deutschen, amerikanischen und französischen Anbieter geben weitgehend Kompensationsgeschäfte, die oft 100 Prozent des Kaufpreises ausmachen. Am Dienstag bestellte die spanische Marine in London 12 Senkrechtstarter vom Typ Harrier 2. Die Maschinen gehören zur Ausrüstung des Flugzeugträgers „Principe de Asturia" (ähnlich Invincible), der im nächsten Jahr in Dienst gestellt wird..

Zur Ausrüstung der spanischen Luftwaffe setzte inzwischen ein deutsch-amerikanisches Tauziehen um ein 2-Milliarden-Dollar-Geschäft ein. Die Spanier unterzeichneten im Dezember vergangenen Jahres einen Vorvertrag mit Mc Donnald Douglas über den Kauf von 84 Maschinen des Typs F-18 A, Stückpreis 22,5 Millionen Dollar. Das deutsche MBB-Angebot für den Tornado, der zur Zeit von der spanischen Luftwaffe erprobt wird, liegt um 10 Prozent darunter. Auch die Kompensationsangebote liegen nach Auskunft von MBB günstiger.

Die spanische Flugzeugwerft CASA rechnet neben der Beteiligung beim Bau der Maschinen mit Aufträgen zur Wartung und Reparatur auch jener F-18-A-Flugzeuge, die von der amerikanischen Marine im Mittelmeer eingesetzt werden. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet rührt bereits von anderen Flugzeugtypen her und scheint auch ohne den F-18-A-Kauf garantiert. Bis zum 31. Mai muß sich die spanische Regierung aufgrund des Vorvertrages entschieden haben.

Bei der Ausrüstung der spanischen Armee mit einer neuen Panzergeneration stehen sich Kraus-Maffei und die französischen AMX-Produzenten gegenüber. Wenn sich das spanische Heer überhaupt für einen neuen Großpanzer entscheidet, dann liegt der deutsche Leopard 2 gut im Rennen. Schon vor einiger Zeit hatte der Chef der Rüstungsfirma Santa Barbara der WELT gegenüber geäußert, daß man den Leo 2 im Santa-Barbara-Werk Alcala de Guadaira, Sevilla, produzieren möchte, denn dies ist die Voraussetzung, die Kraus-Maffei auch akzeptiert. Der Panzer wird also in Spanien gebaut, wobei Einzelteile im Kompensationsangebot erscheinen.

Wird die Elektronik bei den Flugzeugen weitgehend von der spanischen CECSA Sistemas Electronicos SA im Rahmen eines Know-how-Transfers geliefert, so wird im Panzerbau die spanische Elektrikfirma EISA Experiencias Industriales SA aktiv.

Neben dem Präsidenten von Pan Avia (Tornado) und zwei Vertretern von Kraus-Maffei traf in dieser Woche auch der Bruder des französischen Staatspräsidenten, General Mitterrand, im Auftrag der französischen Wehrindustrie in Madrid ein, um mit den entsprechenden Regierungsstellen zu verhandeln. General Mitterrand spricht über den Verkauf von Hubschraubern und Raketen. (SAD)

Erfolgreich im Verbund

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der freie, unabhängige Rundfunk- und Fernsehfachhandel hat nach Auffassung der Einkaufs-Kooperation Electronic Partner GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mittelfristig gegen die Großvertriebsformen des Handels mit ihrer geballten Einkaufsmacht nur dann eine Chance, wenn er sich einer starken Kooperation anschließt. Geschäftsführer Dieter Schabacker sieht die Vorteile für die über 1000 Mitglieder jedoch nicht allein im Bereich der Einkaufskonditionen, sondern im besonderen Augenmerk auf den Kunden, dem an einem wirtschaftlichen Erfolg des Händlers gelegen ist.

Neben der Optimierung der Warenversorgung durch Großhandel (55 Prozent) und Direktbelieferung (45 Prozent), gemeinsame Werbemaßnahmen, Betriebsberatung sowie Mitarbeiterschulung in Technik und Verkauf haben die „gesunde Struktur" der Mitgliedsfirmen in Umsatzgröße (durchschnittlich 1 bis 2 Mill. DM) und das Engagement der (noch) überwiegend „jungen" Inhaber für eine überdurchschnittliche Rentabilität der Geschäfte gesorgt.

Die Mitglieder der Electronic Partner, von der Zahl her größte, vom Umsatz her zweitgrößte Einkaufskooperation für „weiße und braune Ware", steigerten 1982 ihren Umsatz um fast 8 Prozent auf 1,3 Mrd. DM (zu Endverbraucherpreisen einschl. MwSt.). Zwar lag die Steigerung „eindeutig" über dem Branchendurchschnitt, doch machte den Mitgliedern der Preisverfall bei Videorekordern zu schaffen. Vom Umsatz entfielen 20 Prozent auf „weiße", 75 Prozent auf „braune Ware". Die Einkaufskonzentration auf die 21 in- und ausländischen Vertragslieferanten ist auf über 70 Prozent gestiegen.

Existenzbedrohung für Metallhütten?

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Schutzwirkung für den bedrohten Wald sei nicht eindeutig. Die existenzbedrohenden Folgen für die ohnehin auf Dornen gebetteten deutschen NE-Metallerzeuger hingegen seien klar. Mit diesem Tenor meldet sich die Wirtschaftsvereinigung Metalle, Düsseldorf, zum Verordnungsentwurf der Bundesregierung für Großfeuerungsanlagen zu Wort, der zum Schutz des Waldes vor „saurem Regen" eine Herabsetzung des SO_2-Ausstoßes vorsieht und bei der in dieser Woche im Bundesrat anstehenden Beratung vor allem auf Wunsch Baden-Württembergs noch verschärft werden soll.

Vor allem für die besonders stark betroffenen extrem stromintensiven Aluminium-, Zink- und Kupferhütten, die nebst von ihnen abhängigen Betrieben 25 000 Leute beschäftigen, macht der Verband folgende Rechnung auf: Bereits in bisheriger Form lade der Verordnungsentwurf den Stromerzeugern Zusatzinvestitionen auf, die je nach Kraftwerks- und Brennstoffstruktur Kosten- und damit Preissteigerungen von 1 bis 3 pf/kWh bedeuten. Schon 1 pf/kWh schlage bei einer Zinkhütte von 100 000 t Jahreskapazität mit 4,5 Mill. DM und bei einer gleichgroßen Aluminiumhütte mit bis zu 17 Mill. DM Kostenschub zu Buche. Nichts davon sei wegen des auch daheim weltoffenen NE-Metallmarktes auf die Produktpreise abwälzbar.

Wer bei solcher Lage Kostensteigerungen verordne, übernehme politische Verantwortung, meint der Verband. Er mahnt, daß im Einklang mit dieser Verantwortung von den Politikern auch klar gesagt werden müsse, welche Folgen die Großfeuerungsanlagenverordnung habe „und wie ihnen begegnet werden soll".

Hansainvest: Das Neugeschäft wächst

JAN BRECH, Hamburg

Die Hansainvest Hanseatische Investment-Gesellschaft mbH, die 1970 von der Versicherungsgruppe Iduna (75 Prozent) und der Vereins- und Westbank (25 Prozent) auf den Markt gebracht worden ist, hat im März dieses Jahres beim Fondsvermögen die Schwelle von einer Mrd. DM überschritten. Der rasche Anstieg des Fondsvermögens gehe, so betont die Geschäftsführung, auf ein über alle Jahre hinweg lebhaftes Neugeschäft zurück, das auch noch in den mageren Investmentjahren 1979 bis 1981 positive Mittelzuflüsse gebracht habe.

Besonders stark angewachsen sei das Geschäft aber nach der Zinswende im Herbst 1982 und in den ersten Monaten dieses Jahres. Der Netto-Mittelzufluß im Januar habe 4,4, im Februar 52,1 und in den ersten März-Tagen rund 10 Mill. DM betragen. Per Mitte März stelle sich nach Angaben der Geschäftsführung das Vermögen der vier Hansainvest-Publikumsfonds auf 620,8 Mill. DM, das der weiteren 5 Spezialfonds auf 388,2 Mill. DM.

Der größte Teil der neu zugeflossenen Mittel konzentriere sich bei dem aufgelegten Rentenfonds Hansarenta und dem 1981 neu aufgelegten internationalen Rentenfonds Hansainternational. Nach der Bundestagswahl habe sich aber auch die Nachfrage nach dem internationalen und besonders nach dem deutschen Aktienfonds wesentlich verstärkt.

In der Anlagenpolitik der Hansainvest stünden die „Kursampeln" für 1983 „grundsätzlich, wenn auch in leicht unterschiedlichen Tönen", auf Grün. Noch „mehr Chancen als Risiken" sieht die Geschäftsführung auch für den privaten Anleger.

Anhaltende Lohninflation

J. Sch. Paris

Während die Bevölkerung der meisten westlichen Industriestaaten ihren Gürtel enger geschnallt hat, um die Wirtschaftskrise zu überwinden, sind in Frankreich die Löhne auch 1982 stärker als die Preise gestiegen. Bei einer Inflationsrate von 9,7 Prozent im Jahresvergleich Dezember wurden die Stundenlöhne um durchschnittlich 12,6 Prozent erhöht.

Zwar verdienten die Franzosen wegen der zurückgegangenen Arbeitszeit (und der hochbezahlten Überstunden) nur 9,3 Prozent mehr, hebt das Arbeitsministerium hervor. Jedoch wurden sämtliche Sozialleistungen real stark aufgebessert, so daß im Endergebnis immer noch ein beachtlicher Kaufkraftzuwachs der Einkommen verblieb. Inzwischen wurde der zuletzt am 1. Dezember 1982 angehobene gesetzlich garantierte Mindestlohn zum 1. März um nominal 3,6 Prozent bzw. real 0,8 Prozent aufgebessert. Der von der Regierung für 1983 verkündete Plan, den Lohnanstieg auf 8 Prozent (gleich Preisziel) zu begrenzen, wurde bereits in verschiedenen Tarifverträgen (Renault) durchkreuzt.

RENTENMARKT / Kurzläufer gesucht

Zunächst geringere Renditen

Die Senkung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank hat den Rentenmarkt insofern beeinflußt, als Papiere mit langen Laufzeiten leichter tendierten, während Kurzläufer gesucht wurden, ohne daß es hier zu einer hausseartigen Entwicklung gekommen wäre. Die Leitzinssenkung war vom Handel – wenn auch nicht in diesem Ausmaß – erwartet worden, so daß die Kulisse durchaus vorgekauft hatte und die Notierungen so befestigte. Insgesamt war jedoch das Geschäft ruhig. Zunächst dürfte sich das Renditenniveau weiter ermäßigen. Da aber auf absehbare Zeit nicht mehr mit derart spektakulären Zentralbank-Beschlüssen gerechnet werden kann, muß die Entwicklung auf längere Sicht abgewartet werden. Bei anhaltend freundlicher Grundstimmung dürften sich Kursschwankungen in engen Grenzen halten. (Py.)

Emissionen	18. 3. 83	11. 3. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,76	6,84	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,50	6,66	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,86	7,13	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,45	7,61	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,84	6,96	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,48	6,65	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,41	7,50	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	6,84	6,98	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,08	8,15	8,45	10,32	8,32

SIMONBANK / Für 1983 wurde eine Dividende in Aussicht gestellt

Die Neuorientierung war erfolgreich

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Simonbank AG, Düsseldorf, zu 96 Prozent im Besitz der Bayerischen Vereinsbank, hat wieder Anschluß an frühere ertragsstarke Jahre gefunden. Die strukturellen und personellen Maßnahmen – Entwicklung zur Außenhandelsbank mit ganz überwiegend kurzfristigem Geschäft, Konzentration auf mittelständische Kundschaft, Schwerpunkt im institutionellen Renten- und Schuldscheingeschäft – haben sich 1982 voll ausgewirkt.

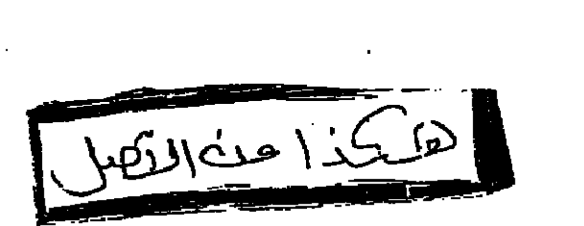
Nach drei Jahren mit nur ausgeglichenen Ergebnissen weist das filiallose, als Privatbank geführte Institut erstmals wieder einen Jahresüberschuß von 2,65 Mill. DM aus, der nach ausreichender Risikovorsorge und Stärkung der inneren Reserven den Rücklagen zugeführt wird. Vorstandsvorsitzender Peter Reimpell erwartet nach den ersten Monaten des laufenden Jahres und deren verstärkt positiven Trends ein noch besseres Ergebnis für 1983 und schließt eine Dividende (zuletzt 10 Prozent für 1978) nicht aus.

Zu dem auf 10 Mill. DM mehr als verdreifachten Betriebsergebnis haben 1982 vor allem der um 70 Prozent auf 26,9 Mill. DM verbesserte Zinsüberschuß und das gute Ergebnis im Wertpapiereigenhandel beigetragen, das sowohl auf die Ausnutzung der günstigen Zinstendenz als auch auf die erreichte Marktposition im Renten- und Schuldscheinhandel zurückzuführen ist.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses auf 6,6 (7,7) Mill. DM war eine Folge des nicht so günstigen Devisengeschäfts. Neben dem weiteren Ausbau der Außenhandelsfinanzierung (43 Prozent des Kreditgeschäfts stammen aus dem Handelsbereich) wird sich die Bank, so Reimpell, jetzt verstärkt dem Privatkundengeschäft und der Vermögensverwaltung widmen.

Die risikobewußte und selektive Kreditpolitik schlug sich in verhaltenem Wachstum der Bank nieder. Die Bilanzsumme nahm nur um 3,2 (2,9) Prozent auf 1,42 Mrd. DM zu, das Geschäftsvolumen blieb unverändert bei 1,74 Mrd. DM. Bei insgesamt auf 912 (944) Mill. DM zurückgegangenem Kreditvolumen stieg der Umfang der Buchkredite auf 553 (536) Mill. DM. Dem Abbau der Bankenforderungen um 40,5 Prozent auf 290 Mill. DM entspricht die Aufstockung des Bestands an kurzfristigen festverzinslichen Wertpapieren um 200 Mill. DM. Mit Bankengeldern von 760 (708) Mill. DM und Kundeneinlagen von 544 (526) Mill. DM ist die Refinanzierungsstruktur gleich geblieben.

Die Liquiditätslage der Bank hat sich verbessert. Das Eigenkapital von 55 (52,3) Mill. DM entspricht 3,9 (3,8) Prozent der Bilanzsumme und 4,1 (4) Prozent der Verbindlichkeiten.



EG-ELEKTROWERKZEUGE / Im Verbund

983 hat gut begonnen

HERBERT KLAR, Köln

le negativen Auswirkungen des -Vergleichs bekam auch die Elektrowerkzeuge GmbH, nenden, zu spüren. Doch ha- diese mittlerweile stark abge- men, wie der Vorsitzende der chäftsführung, Roland Runge, nte. Er ist gleichzeitig Prési- t Directeur Général der Euro- n Power Tool Corporation TC) S. A., einer Holdinggesell- aft, die 1981 gegründet wurde an der die AEG-Telefunken Frankfurt/Berlin, und die ers et Outillage Peugeot, Paris hrheitsunternehmen von Peu- t SA, Paris), mit jeweils 50 Pro- t beteiligt sind.

ie EPTC wiederum hält 100 Pro- Anteile an der AEG Elektro- kzeuge GmbH, Winnenden, der geot Outillage Electrique, Nan- e/Paris, und der Lurem, Dom- t. Das Vertriebsprogramm die- drei Firmen umfaßt Elektro- kzeuge (AEG), Geräte mit einem nstigen Preis/Leistungsverhält- (Peugeot), hob Runge hervor, ie stationäre elektrische Holz- rbeitungsmaschinen. ür die AEG Elektrowerkzeuge sei das eine willkommene Abrundung des Vertriebsprogramms, denn man habe nun die Möglichkeit, preisgünstige Peugeot-Artikel unter dem Namen AEG zu verkaufen, Peugeot könne AEG-Geräte unter dem Namen Peugeot vertreiben. Überschneidungen lassen sich nicht vermeiden, meint Runge, doch seien sie im wesentlichen auf Frankreich und Belgien beschränkt, wo die Verbraucher dasselbe Gerät unter zwei verschiedenen Namen kaufen könnten.

Die Vorteile der EPTC liegen für Runge in der Möglichkeit, größere Serien zu fertigen und damit kostengünstiger zu produzieren. Der Umsatz der EPTC beläuft sich auf 450 (AEG 330 bis 340) Mill. DM bei einem Grundkapital von 172 Mill. FF (rund 60 Mill. DM) und etwa 3000 Beschäftigten.

Während der Markt 1982 insgesamt stagnierte, waren in den USA und Südafrika teilweise drastische Rückgänge zu verzeichnen. Die Chancen der AEG Elektrowerkzeuge beurteilt Runge positiv, denn „1983 hat sich mit zweistelligen Wachstumsraten gut angelassen".

VERKEHR / Verband Industriebezirk beklagt sich über fehlende Mittel in der Finanzplanung

Kommunale Betriebe sollen sich zusammenschließen

HANS BAUMANN, Essen

Von einer „grassierenden verkehrspolitischen Passivität" spricht der Jahresbericht des Verkehrsverbandes Industriebezirk. Sie sei die Ursache dafür, daß die erforderlichen Mittel für Verkehrsinvestitionen in der Finanzplanung fehlten. Seit Jahren schon stagniere der Verkehrshaushalt des Bundes. 1978 habe er 24,6 Mrd. Mark betragen – 1982 nur 24,8 Mrd. Mark. Wäre der Verkehrsetat im Ausmaß des Gesamtetats des Bundes gewachsen, so stünden heute 32 Mrd. Mark zur Verfügung.

Da Fahrpreiserhöhungen nicht oder nur eingeschränkt akzeptiert werden, die Fahrgäste „Konsumverzicht" übten und die Kosten dennoch kräftig weiter wachsen, darf nach Meinung des Verbandes aus Gründen der Rationalisierung der Zusammenschluß kommunaler Verkehrsbetriebe kein Tabu mehr sein. Der Verband schränkt ein, daß der Verkehrshaushalt des Bundes durch das Problem Bundesbahn belastet sei. Wenn die Bahn zu einer jährlichen Neuverschuldung von mehreren Milliarden Mark netto gezwungen sei, dann lasse sich der Zeitpunkt absehen, zu dem alle Verkehrsinvestitionen gestrichen werden müßten, um wenigstens die Zinsen für die Schulden der Bahn aufzubringen.

Der „begrüßenswerte" und „mutige" Versuch der Bundesverkehrswegeplanung, die langfristige Planung ausschließlich an Kosten-Nutzen-Überlegungen zu orientieren, ist nach Überzeugung des Verkehrsverbandes Industriebezirk gescheitert. An vielen Beispielen lasse sich aufzeigen, daß die Langfristprogramme für den Ausbau der Verkehrsnetze in der Bundesrepublik nur noch den Charakter unverbindlicher verkehrspolitischer Absichtserklärungen hätten. Weder der Wirtschaft noch den Ländern und Gemeinden werde Planungssicherheit für eigene Verkehrsinvestitionen geboten. So klagt der Verband: Das Verkehrswesen wird nicht mehr als Gegenstand einer speziellen Wirtschaftspolitik gesehen, sondern zum Instrument anderer Fachpolitiken (Umwelt-, Energie-, Sozial- und Fiskalpolitik, der Raumordnung und der Landesplanung) degeneriert.

Zum öffentlichen Personennahverkehr sagt der Verband, daß er dem zunehmenden Konkurrenzdruck des Pkw nicht standhalten konnte. Dennoch sei er als Alternative und als Ergänzung zum Individualverkehr unverzichtbar. Ziel müsse sein, die wuchernden Folgekosten mancher Investitionen im öffentlichen Personen-Nahverkehr zu beschneiden. Die Kommunen, die diese Defizite zu tragen hätten, würden sie über steigende Gewerbesteuerhebesätze und auch über Gas- und Wasserpreise an die Wirtschaft weiterreichen, obwohl die Wirtschaft an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sei.

Der Bundesbahn empfiehlt der Verband, angesichts ihrer prekären Lage, so schnell wie möglich ihr Schienennetz zu konzentrieren. Zu hohe Mittel würden in hoffnungslos unrentable Strecken gesteckt. In vielen Fällen werde der Bus, da er auf veränderte Siedlungsstrukturen und Nachfrageverlagerungen flexibler reagieren kann, das bessere Angebot sein.

Wolle die Bahn Kunden auf die Schiene zurückholen, so müsse ihr Angebot durch schnellere Transporte und dichtere Zugfolgen attraktiver gemacht werden. Neu- und Ausbau von Schienenstrecken seien dringend erforderlich. Moderne Autobahnen seien selbstverständlich, die Bahn aber müsse immer noch mit Strecken aus dem vorigen Jahrhundert auskommen.

Beklagt wird in dem Jahresbericht auch der erneute Rückgang der Mittel für den Straßenbau. 1982 habe der Bund hier erneut 4 Prozent weniger investiert. Der Verband warnt vor einer weiteren Aushöhlung des Straßenbaus und vor dem Mißbrauch, der mit ihm als Manövriermasse im Bundesetat getrieben werde.

Beim Straßenbau seien auch Länder und Gemeinden am Ende ihrer finanziellen Möglichkeiten angelangt – zum Teil riefen sie schon nicht einmal mehr die Zuschüsse ab, weil ihnen die nötigen Eigenmittel fehlten. Mehr Mittel aber müßten zwangsläufig eingesetzt werden, denn das Problem der Instandsetzung und Unterhaltung werde immer dringlicher.

COMMERZBANK

Berliner Tochter 1982 erfolgreich

tb. Berlin

Das Prädikat gut gibt der Vorstand der Berliner Commerzbank AG dem Geschäftsjahr 1982. Bei einer maßvollen Geschäftsausweitung konnte die Berliner Tochter der Commerzbank AG ihre Ertragskraft deutlich verbessern. Durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit der Firmen- und Privatkundschaft stieg die Bilanzsumme um 10,5 Prozent auf 4,051 (3,665) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 11,1 Prozent auf 4,189 (3,772) Mrd. DM. Das weniger ertragbringende Bank-zu-Bank-Geschäft wurde nach Angaben des Vorstandes ermäßigt, ebenso das Schuldscheingeschäft mit der öffentlichen Hand.

Kundeneinlagen, eigene Schuldverschreibungen und eigene Akzepte sind 1982, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, um 11,6 Prozent auf 2,786 (2,498) Mrd. DM gestiegen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhohten sich um 6,5 Prozent auf 1,008 (0,946) Mrd. DM. Im Kreditgeschäft mit der Firmenkundschaft waren kurz- und mittelfristige Kredite gefragt. Außerdem nahmen die Finanzierungswünsche für den Eigenheimbau und für Eigentumswohnungen zu. Forderungen an Kreditinstitute nahmen um 10,9 Prozent auf 1,033 (1,16) Mrd. DM ab. Forderungen an Kunden stiegen um 9,5 Prozent auf 2,176 (1,987) Mrd. DM.

Der Zinsüberschuß erhöhte sich um 44,7 Prozent auf 116,5 (80,5) Mill. DM. Es wird ein Jahresüberschuß von 7,69 (6,3) Mill. DM ausgewiesen. Daraus erhält die Mutter auf das erhöhte Grundkapital von 62,5 (52,5) Mill. DM wieder 12 Prozent Dividende.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

henck: Neun Prozent

rankfurt (VWD) – Die Vertei- g von 9 Prozent Dividende auf 42 l. DM Grundkapital für das Ge- äftsjahr 1981/82 (30. 9.) wird der uptversammlung des Maschi- baunternehmens Carl henck AG, Darmstadt am 28. ril vorgeschlagen. Im Vorjahr en neben 9 Prozent Dividende h 2 Prozent Jubiläumsbonus ahlt worden. Vom Schenck-Ka- l halten die AG für Industrie und kehrswesen etwa 49 Prozent l die Prinzessin Margaret von sen rund 13 Prozent, während Harpener AG im Januar 1983 Beteiligung von 27 Prozent an zur Harald Quandt-Gruppe ge- ende Inda-Holding verkauft hat und günstigen Entwicklung der letzten Jahre. Eine Börseneinführung der Aktien sei nicht vorgesehen. Mehrheitsgesellschafter ist die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe, eine mehr als 25prozentige Beteiligung hält die Karlsruher Leben.

VK aus dem Verlustloch

üsseldorf (J. G.) – Die 1981 mit em Fehlbetrag von 78,8 Mill. DM eine tiefes Verlustloch gefallene einisch-Westfälische Kalkwerke , Wuppertal, kündigt im ersten ckblick auf 1982 ein ausgegliche- s Ergebnis an. Notorische Ver- tbereiche habe man aufgegeben, Konzernorganisation gestrafft d einen Teil des nicht betriebs- twendigen Grundbesitzes ver- uft. Der Branntkalkabsatz ging 32 um gut 11 Prozent auf 1,6 Mill. t d der Kalksteinabsatz um 4 Pro- t auf 3,4 Mill. t zurück. Der ergleichbare" Umsatz sank um 5 ozent.

Königsbacher: Neun Prozent

Koblenz (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 9 Prozent auf 21 Mill. DM Grundkapital schlägt die Verwaltung der Königsbacher Brauerei AG vorm. Jos. Thillmann, Koblenz, der Hauptversammlung am 11. Mai für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) vor. In der im Bundesanzeiger veröffentlichten Einladung zur Hauptversammlung wird ein Bilanzgewinn von rund 1,9 Mill. DM ausgewiesen.

Bosch in den USA

Stuttgart (rtr) – Die Robert Bosch GmbH wird nach eigenen Angaben künftig Namen und Marke Bosch auch in den USA wieder ohne Einschränkung für alle Erzeugnisse benutzen können. Dies teilte das Stuttgarter Unternehmen mit. Danach haben Bosch und die United Technologies Corporation (UTC) eine Übereinkunft erzielt, nach der UTC ihre aus der Enteignung der Firma im Zweiten Weltkrieg herrührenden Rechte an der Marke „American Bosch" aufgibt. Die Bosch-Gruppe ist mit der Robert Bosch North America Inc., Broadview, Chicago, in den USA vertreten, die die Aktivitäten aller in den Vereinigten Staaten operierenden Bosch-Gesellschaften koordiniert. Die fünf Fertigungs- und Vertriebsgesellschaften mit rund 2300 Mitarbeitern erzielten 1982 in den USA nach Angaben von Bosch einen Umsatz von etwa 800 Mill. DM.

denia wird AG

tuttgart (nl.) – Der Aufsichtsrat Badenia Bausparkasse GmbH, rlsruhe, der fünftgrößten priva- Bausparkasse, schlägt der Ge- schafterversammlung am 3. Ju- die Umwandlung der Gesell- aft in eine AG vor. Begründet d dieser Schritt mit der kräftigen

NIXDORF / Dickes Auftragspolster zum Jahresbeginn

Erfolg mit Innovationen

LEO FISCHER, Wien

Die Nixdorf Computer AG blickt optimistisch in die Zukunft. Wie Vorstandsmitglied Arno Bohn in Wien erklärte, erwartet das Unternehmen eine „Fortsetzung des kontinuierlichen Wachstumskurses". Im vergangenen Jahr wurde eine Umsatzsteigerung um 18 Prozent auf 2,28 Mrd. DM erreicht.

Den Erfolg führte Bohn auf die „Innovationsfähigkeit und die Internationalität" zurück. 52 Prozent des Umsatzes entfallen auf den Verkauf von Computersystemen und Peripheriegeräten, 48 Prozent erbringen Dienstleistungserlöse. 44 Prozent vom Umsatz werden in Deutschland, 38 Prozent in anderen europäischen Ländern und zwölf Prozent in den USA erzielt.

Eine Spitzenstellung hat Nixdorf auf dem schnell expandierenden Markt der Bankenterminal-Systeme errungen. Als erster Hersteller begann das Unternehmen im Jahre 1970 mit der Aufstellung von Terminals. Heute sind rund 42 000 Nixdorf-Terminals weltweit installiert, so viel wie von keinem anderen Hersteller.

Weitere starke Impulse für dieses Geschäft erhofft sich Nixdorf durch den Trend zum Geldautomaten. Allein dieser Markt wird für 1983 auf ein Volumen von 100 Mill. DM veranschlagt. Auf der Hannover-Messe wird Nixdorf einen neuen Lobby-Geldautomaten vorstellen, der – was im Namen zum Ausdruck kommt – zur Aufstellung in Vorräumen der Schalterhallen vorgesehen ist. Er läßt sich gleichzeitig von zwei Seiten bedienen, so daß die kostenintensiven Geräteteile gleichzeitig von zwei Kunden benutzt werden können.

In das laufende Geschäftsjahr ging Nixdorf insgesamt mit einem Auftragsbestand von 1,4 Mrd. DM (plus 14 Prozent), dem höchsten, den das Unternehmen jemals zu Beginn eines Geschäftsjahres hatte.

ZENKER-GRUPPE / Mietspar-Modell

Nachfragestau löst sich

INGE ADHAM, Frankfurt

Im Verlauf der letzten vier Monate hat sich der Nachfragestau nach Ein- und Zweifamilienhäusern ganz deutlich gelöst. Albrecht W. Siegmeier, Geschäftsführer der Zenker + Quelle Häuservertriebs GmbH, Frankfurt, belegt diese Folge gesunkener Zinsen und des Bonner Wohnungsbauförderungsprogrammes mit einer Steigerung der Aufträge um mehr als 70 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand.

Die Früchte dieser Belebung kann das Unternehmen, das mit dem Angebot des „Zenker Mietspar-Modell '83" noch ein wenig nachhelfen will, erst im Laufe des Jahres 1984 ernten. Denn solange dauert es, bis die Bestellungen sich in Bauleistung der Zenker-Häuser GmbH + Co, einer Holzmann-Tochter mit zwei Werken in Höxter und Michelstadt, niederschlagen.

Dann erst rechnet Siegmeier wieder mit einem Gewinnausweis. Für dieses Jahr wird man nach einem Verlustausweis für 1982 ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. In 1983 wirken sich noch die unbefriedigenden Bestelleingänge des vergangenen Jahres aus, die die Bauleistung auf rund 110 Mill. DM sinken lassen dürften.

Im vergangenen Jahr hat die Zenker-Gruppe, die unter den deutschen Fertighausherstellern an 7. Stelle rangiert, 917 Häuser, davon einen kleinen Teil als Campbauten im Ausland, aufgestellt. Die Bauleistung erreichte damit knapp 129 Mill. DM nach gut 155 Mill. DM im Jahr zuvor, in dem negative Inlandseinflüsse noch durch ein wachsendes Auslandsgeschäft ausgeglichen werden konnten. Zusätzliche Impulse verspricht sich die Gruppe mit 860 Mitarbeitern von den jetzt vorgestellten neuen Haustypen, mit denen man das Bauen mit geringem Eigenkapital und mietähnlicher Belastung ermöglichen will.

NAMEN

Dr. Klaus Peter Caspritz ist per 1. April 1983 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG, Hannover, berufen worden.

Bernd Seidel übernahm die Bezirksleitung der Alitalia für den gesamten norddeutschen Raum und Berlin-West mit Sitz in Hamburg.

Dr. Leo Goujet, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes e. V. (DVS), Bonn, vollendet am 23. März das 60. Lebensjahr.

MBURGER LAGERHAUS / Rigoroser Wettbewerb

inbruch im Warenumschlag

JAN BRECH, Hamburg

ür die Hamburger Hafenwirt- aft dürfte 1983 das kritischste r der Nachkriegsgeschichte den. Wenn sich die Entwick- g der letzten Monate fortsetze, betont der Vorstandsvorsitzen- der Hamburger Hafen- und La- haus AG (HHLA), Senator a. D. muth Kern, werde die Beschäf- ung im Hafen nicht zu halten . Auch für die HHLA als größ- Umschlagsunternehmen im mburger Hafen schloß Kern ei- Abbau der Beschäftigten von Zeit 3800 nicht aus.

Der gegenwärtige Markt sei auf- nd des rigorosen Wettbewerbs ischen den Häfen und den an- sigen Unternehmen in gefährli- er Form von Preis- und Mengen- fall gekennzeichnet. Für Kern re es ein kleines Wunder, wenn staatseigene HHLA 1983 ein sitives Ergebnis erzielen würde. rade in den für die Gesellschaft chtigen Bereichen Stückgut und ssengüter wie Erz und Kohle sei Entwicklung anhaltend nega-

Vor diesem Hintergrund wertet Kern den Geschäftsverlauf des Jahres 1982 noch als „sehr ordentlich". Zwar habe die HHLA einen Rückgang des Güterumschlags um 7,5 Prozent auf 7,2 Mill. Tonnen hinnehmen müssen, doch hielt sich dieser Einbruch in den Grenzen der allgemeinen Rezessionsauswirkungen. Auf den Containerumschlag, der im gesamten Hamburger Hafen zu 55,8 Prozent von der HHLA abgewickelt wird, entfielen 4,53 Mill. t. Den Umsatz einschließlich Tochtergesellschaften gab Kern mit 493 Mill. DM an, das Ergebnis mit 11 (i. V. 14) Mill. DM. Es wird bis auf einen kleinen Gewinn wie üblich den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Unbeirrt von der schlechten Geschäftsentwicklung setzt die HHLA ihre rege Investitionstätigkeit fort. In diesem Jahr sollen weitere 40 Mill. DM eingesetzt werden. Schwerpunkt bleibt die Erweiterung der Containerumschlags-Anlagen. Der Containerisierungsgrad der an HHLA-Anlagen umgeschlagenen Güter lag 1982 bei 62,3 Prozent.

Weberbank stärkt innere Reserven

tb. Berlin

Sehr gut verdient hat die Weberbank KGaA, Berlin, im vergangenen Jahr. Das außergewöhnlich gute Betriebsergebnis ermöglichte, wie Geschäftsinhaber Ehrhardt Bödecker mitteilte, eine echte Reservenbildung durch Anreicherung des „inneren Kapitals". Abschreibungsnotwendigkeiten auf Kredite oder Auslandsengagements haben nicht bestanden. Günstig ausgewirkt haben sich bei der Ertragsentwicklung wieder die im Verhältnis zum Geschäftsumfang niedrigen Verwaltungskosten.

Das Kundengeschäft bezeichnete Bödecker als sehr gut. Im Kreditbereich sei der Berliner Markt allerdings ausgelaugt, man könne hier die Passivseite keineswegs voll unterbringen. Zur Kundschaft der Weberbank gehören daher inzwischen 3500 bis 4000 Kunden aus dem Bundesgebiet.

Das Geschäftsvolumen dieser Privatbank stieg 1982 um 13,3 Prozent auf 691,3 (610,6) Mill. DM. Die Bilanzsumme beträgt 671,7 Mill. DM. Kundeneinlagen nahmen um 9,5 Prozent auf 373,2 (340,9) Mill. DM zu, während Bankeneinlagen um fast die Hälfte auf 39,9 (76,9) Mill. DM zurückgingen. Kräftig erhöht haben sich die Spareinlagen einschließlich der Sparbriefe, nämlich um 24,4 Prozent auf 181,2 (145,6) Mill. DM.

Das Kreditvolumen wuchs um 19,5 Prozent auf 209,8 (175,6) Mill. DM. Es wird ein Bilanzgewinn von 736 738 DM ausgewiesen. Die Aktionäre erhalten nach drei dividendenlosen Jahren 8 Prozent Dividende sowie einen Bonus von 4 Prozent. Großaktionäre sind Ehrhardt Bödecker und die Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale.

ROSSBRITANNIEN / Beeindruckende Ergebnisse der vier großen Clearingbanken

Zunahme bei den Wertberichtigungen

WILHELM FURLER, London

Die britische Geschäftsbank Na- nal Westminster hat jetzt als letz- der vier großen Clearingbanken Ergebnis für das Geschäftsjahr 82 vorgelegt. Nachdem auch sie nen nicht unerheblichen Ge- nnrückgang von 494 Mill. Pfund r Steuern auf 439 Mill. hinneh- en mußte, konnte lediglich die idland Bank unter den „big four earers" einen Gewinnanstieg melden, und zwar von 232,2 ill. auf 251,4 Mill. Pfund vor Steu- n.

Den zahlenmäßig stärksten ückgang des Gewinns vor Steu- n und außerordentlichen Auf- endungen gab die größte briti- che Clearingbank, Barclays, be- annt. Er schrumpfte von 566,6 ill. Pfund 1981 auf 495,2 Mill. fund im vergangenen Jahr. Pro- entual liegt die Lloyds Bank noch chlechter, deren Vor-Steuer-Ge- inn sich von 385,6 auf 315,9 Mill. fund ermäßigte.

Trotz schrumpfender Gewinne ei drei der vier Clearing-Banken nd die Ergebnisse immer noch ehr beeindruckend. Dies spiegeln auch die Dividendenzahlungen wider, die bei Barclays um 20 Prozent auf 22 Pence je Aktie von einem Pfund Nennwert, bei National Westminster um 15 Prozent auf 29 Pence und bei Lloyds Bank ebenfalls um 15 Prozent auf 24,6 Pence stramm heraufgesetzt wurden. Lediglich die Midland Bank beschränkte die Dividenden-Erhöhung auf sechs Prozent und damit auf 25,5 Pence je Share.

Alle vier mußten ganz erhebliche Wertberichtigungen für uneinbringliche und zweifelhafte Forderungen vornehmen. Zusammen erhöhten sich die Wertberichtigungen auf unglaubliche 962,3 Mill. Pfund (rund 3,46 Mrd. DM). Damit haben sie sich von 381,3 Mill. Pfund 1981 mehr als verdoppelt.

Im einzelnen erhöhten sich die Wertberichtigungen für uneinbringliche und zweifelhafte Kredite folgendermaßen: Barclays von 140,1 Mill. Pfund 1981 auf 318,3 Mill., National Westminster von 42 auf 229 Mill., Lloyds von 85,7 auf 218,9 Mill. und Midland von 113,5 auf 196,1 Mill. Alle beziehen sich auf das Inlands- wie auf das internationale Geschäft.

Daß man sich in naher Zukunft keine zu großen Hoffnungen machen sollte, drückt Timothy Bevan, Cahar Chairman von Barclays, quasi stellvertretend für seine drei anderen Kollegen aus: „Es wäre unklug zu behaupten, daß bei der Notwendigkeit nach Wertberichtigungen das Schlimmste vorüber ist."

Die Aufteilung des Postens Einzelwertberichtigungen bei National Westminster in Höhe von 188 Mill. Pfund veranschaulicht grundsätzlich die Situation: So kamen 120 Mill. Pfund aus Forderungen im Inland und 68 Mill. Pfund aus Forderungen im internationalen Kreditgeschäft.

Während die Barclays Bank von ihrem Vorsteuer-Gewinn 313,4 Mill. Pfund auf das Inlandsgeschäft und nur 181,8 Mill. auf das Auslandsgeschäft verteilt (allein in den USA ein Verlust von 35,1 Mill. Pfund), klagt National Westminster über ein schwächeres Inlandsgeschäft (200 Mill. Pfund vor Steuern), vor allem wegen geschrumpfter Zinsspannen.

ERGEBNISSE

Bochum – Hamburg	1:1 (0:1)
Frankfurt – M'gladbach	3:0 (2:0)
Bielefeld – Stuttgart	ausgef.
Düsseldorf – K'lautern	2:1 (1:1)
Karlsruhe – Köln	1:1 (0:1)
Leverkusen – Berlin	2:1 (2:1)
Braunschweig – München	1:1 (1:1)
Nürnberg – Schalke	3:2 (2:1)
Bremen – Dortmund	4:2 (2:1)

DIE SPIELE

Leverkusen – Berlin 2:1 (2:1)
Leverkusen: Greiner – Gelsdorf – Saborowski, Röber, Winklhofer – Hörster, Bittorf, Hermann, Vöge – Ökland (77. Knauf), Waas. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Stöhr (60. Ehrmanntraut) – Blau, Schmitz, Timme, Mohr – Killmaier (78. Glöde), Remark. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 0:1 Blau (10.), 1:1 Ökland (12.), 2:1 Bittorf (24.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karte:** Gruler (4).

Karlsruhe – Köln 1:1 (0:1)
Karlsruhe: Wimmer – Theiss – Zahn, Kleppinger, Groß – Bold, Wiesner, Dittus (60. Günther), Trenkel – Hofeditz, Hagmayr (75. Wal). – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner – Sljivo, Engels (88. Hönerbach), Willmer, Zimmermann – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Willmer (20.), 1:1 Bold (81.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Günther (4).

Frankfurt – Mönchengladbach 3:0 (2:0)
Frankfurt: Jüriens – Pezzey – Sziedat, Körbel – Schreml, Kroth, Nickel (75. Sievers), Trieb, Berthold – Gulich (46. Müller), Tscha. – **Mönchengladbach:** Kamps – Drehsen (66. Schäfer) – Ringels, Borowka (54. Hopfstock) – Matthäus, Schmider, Bruns, Rahn, Schäfer – Mill, Reich. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 1:0 Tschà (199.), 2:0 Nickel (37.), 3:0 Tscha (90.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Schäfer (2).

Bochum – Hamburg 1:1 (0:1)
Bochum: Zumdick – Bast – Zugcic, Knüwe (46. Kühn), Jakobs – Lameck, Woelk, Oswald, Patzke – Kramer (40. Pater), Schreier. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Magath, Rolff – Milewski, Hrubesch. – **Schiedsrichter:** Engels (Reimsbach). – **Tore:** 0:1 Hartwig (22.), 1:1 Patzke (61.). – **Zuschauer:** 22 000.

Braunschweig – München 1:1 (1:1)
Braunschweig: Franke – Studzizba – Borg, Kindermann – Tripbacher, Merkhoffer (62. Zavisic), Lux, Geiger (77. Bruns), Hollmann – Keute, Worm. – **München:** Müller – Beierlorzer – Dremmler, Grobe – Horsmann – Kraus, Breitner, Pflügler (75. Mathy) – Del'Haye, Hoeneß, Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 0:1 Rummenigge (17.), 1:1 Worm (26.). – **Zuschauer:** 23 320. – **Gelbe Karten:** Breitner (2), Rummenigge.

Nürnberg – Schalke 3:2 (2:1)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt, Stocker – Eder, Botteron, Heck, Heidenreich (46. Schneider) – Trunk, Dressel. – **Schalke:** Junghans – Lorant – Kruse, Drexler, Opitz – Bittcher, Dietz, Geier, Tüfekci – Wuttke, Abel. – **Schiedsrichter:** Messmer (Mannheim). – **Tore:** 0:1 Geier (17.), 1:1 Weyerich (17., Foulelfmeter), 2:1 Dressel (39.), 2:2 Tufekci (61.), 3:2 Heck (76.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Lorant (4/2), Geier (3).

Bremen – Dortmund 4:2 (2:1)
Bremen: Burdenski – Fichtel – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht (18. Schaaf) – Völler, Neubarth (64. Reinders), Meier. – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Huber, Koch, Bönighausen – Loose, Burgsmüller, Raducanu – Abramczik, Klotz, Keser. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Völler (13.), 2:0 Okudera (32.), 2:1 Rüßmann (45., Handelfmeter), 3:1 Meier (54.), 4:1 Meier (73.), 4:2 Burgsmüller (84.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Fichtel (2). – **Rote Karte:** Klotz.

Düsseldorf – K'lautern 2:1 (1:1)
Düsseldorf: Kleff – Zewe – Theis, Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend, Weil – Edvaldsson, Wenzel. – **Kaiserslautern:** Reichel – Melzer – Wolf, Dusek – Plath (80. Kitzmann), Eilenfeldt, Geye, Brehme, Allofs – Nilsson, Hübner. – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Tore:** 0:1 Hübner (8.), 1:1 Bommer (45.), 2:1 Edvaldsson (82.). – **Zuschauer:** 8300. – **Gelbe Karte:** Geye (4).

VORSCHAU

Dienstag 20 Uhr

Bremen – Stuttgart	(1:4)
Köln – Nürnberg	(1:2)
Schalke – Braunschweig	(1:1)

Freitag, 19.30 Uhr

Dortmund – Düsseldorf	(3:2)

Freitag, 20.00 Uhr

K'lautern – Karlsruhe	(1:1)
Berlin – Bielefeld	(2:1)

Samstag, 15.30 Uhr

Schalke – Bremen	(0:4)
Hamburg – München	(2:2)
M'gladbach – Bochum	(1:3)
Stuttgart – Frankfurt	(0:3)
Nürnberg – Braunschweig	(2:2)
Köln – Leverkusen	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Trainer Willibert Kremer bleibt doch in Düsseldorf – Dietrich Weise bald in Kaiserslautern?

Die seltsamen Prämientricks des Fußball-Bundes

Von ULRICH DOST

Er gehört nicht zu denen, die die eigene Person gerne in den Vordergrund schieben. **Willibert Kremer** (44) verhält sich eher abwartend und läßt die anderen agieren. In der letzten Woche ist der Trainer von Fortuna Düsseldodorf aber aus der Haut gefahren. Er ging in die Offensive. Entweder mein Vertrag wird verlängert, oder ich unterschreibe bei Bayer Uerdingen – so hat er dem Düsseldorfer Präsidium die Pistole auf die Brust gesetzt. Und er hatte Erfolg damit: Gestern mittag kam der Anruf von Präsident **Bruno Recht** (61): „Alles klar, wir verlängern mit Ihnen bis 1985."

Das war beileibe kein Scheingefecht, das Kremer da ausgefochten hat. Und geblufft hat er erst recht nicht. Er sagte: „Wenn gestern abend bis 18.30 Uhr kein Anruf erfolgt wäre, hätte ich mich ins Auto gesetzt, wäre nach Uerdingen gefahren und hätte dort unterschrieben."

Es sei nämlich, so Kremer, eine Situation eingetreten, in der nur noch klare Worte weiterhelfen konnten. Zu häufig ist in Düsseldorf der Name von **Dietrich Weise** (48) gefallen, den Präsident Bruno Recht gerne in Düsseldorf gesehen hätte. Kremer: „Ich kann aber leider nicht so lange warten, bis sich der Herr Weise entschieden hat." Der vom DFB scheidende Trainer hatte mehrfach erklärt, daß er vor Mitte April weder verhandeln noch Entscheidungen treffen werde.

Kremer: „Wer weiß, ob ich dann noch irgendwo untergekommen wäre, wenn die Düsseldorfer tatsächlich Dietrich Weise verpflichtet hätten. Dieses Risiko war mir zu groß. Deshalb kam mir das Angebot von Uerdingen gerade recht." Die Düsseldorfer wären ganz schön in Bedrängnis gekommen, wenn Kremer gegangen wäre und Weise, der auch mit Kaiserslautern liebäugelt, nicht gekommen wäre.

*

Gestern ist die Aufenthaltsgenehmigung der Eltern des verstorbenen **Lutz Eigendorf** für die Bundesrepublik abgelaufen, **Jörg** (46) und **Inge Eigendorf** (45) aber werden nicht mehr in die „DDR" zurückkehren. Am 7. März war ihr Sohn, der 1979 im Westen geblieben war, bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Die Eltern durften ausreisen und an der Beerdigung in Kaiserslautern teilnehmen. Doch schon kurz nach der Beerdigung stand ihr Entschluß fest: „Wir gehen nicht zurück in die DDR." Bestärkt wurden sie in ihrem Beschluß von ihrer Schwiegertochter **Josefine** (22) und den Schwiegereltern ihres verstorbenen Sohnes, bei denen sie jetzt auch in Kaiserslautern wohnen.

Nach der Flucht ihres Sohnes, so Jörg Eigendorf, sei für ihn und seine Frau das Leben in der „DDR" unerträglich geworden. Jörg Eigendorf, von Beruf Sportlehrer, verlor sofort seine Arbeitsstelle. In der Bundesrepublik möchte er wieder in seinem alten Beruf arbeiten.

*

Es ist erst ein paar Wochen her, da flatterte die Meldung auf die Redaktionstische: Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) werde die Nationalspieler nicht mehr mit den bislang üblichen 6000 Mark für einen Länderspieleinsatz honorieren. Das Geld wurde in der Vergangenheit zwar an die Vereine gezahlt, doch meistens wanderte es direkt auf das Konto des Nationalspielers.

Welch sinnvolle Entscheidung, so wurde damals geäußert, die Profis verdienen in der Bundesliga ohnehin genug, dieses Zubrot muß deshalb nicht unbedingt sein. Die Spieler selbst, und das muß im



nachhinein verwundern, haben sich damals überhaupt nicht beschwert, obwohl sie sonst immer direkt auf die Barrikaden steigen, wenn ihnen jemand Geld abzieht. Dem Münchner **Karl-Heinz Rummenigge** (27) wurde vorgerechnet, er müßte jetzt auf rund 72 000 Mark verzichten. Doch inzwischen ist klar, warum die Stars nicht maulen. Sie bekommen nämlich ihr Geld regelmäßig weiter, nur auf einem anderen Weg.

Das Spielchen läuft jetzt so ab: Die Vereine halten einfach das Geld für ihre Spieler, die in der Nationalmannschaft zum Einsatz gekommen sind, gleich von den Verbandsabgaben ab. Zum Monatsende müssen die Vereine sechs Prozent ihrer Einnahmen abführen: zwei Prozent an den jeweiligen Landesverband, vier Prozent an den Deutschen Fußball-Bund. Wenn jetzt beispielsweise die Nationalmannschaft am 30. März in Tirana gegen Albanien mit den Kölnern **Harald Schumacher** (29), **Gerd Strack** (27) und **Pierre Littbarski** (22) spielt, behält der 1. FC Köln von seinen nächsten Verbandsabgaben 18 000 Mark ein.

Der DFB sollte nicht so tun, als habe er die Zeichen der Zeit erkannt, daß nämlich nur ein Sparprogramm der Bundesliga helfen kann. Hintenherum nämlich tut er so, als gäbe es dieses Problem gar nicht und wirtschaftet weiter munter drauflos.

*

Die wirtschaftliche Misere des deutschen Fußballs läßt sich nicht mehr wegdiskutieren. Die Vereine gehen schweren Zeiten entgegen, wenn sie nicht begreifen, daß sie alle an einem Strang ziehen müssen. Im Hintergrund gibt es genügend Leute, die sich Gedanken darüber machen, wie der Bundesliga wieder auf die Beine zu helfen ist. Angefangen hat damit **Helmut Beyer** (57), Präsident von Borussia Mönchengladbach. Sein Vorschlag, die Einnahmen aller Bundesligaklubs in einen Pott zu zahlen und das Geld dann zu gleichen Teilen an die Klubs auszuzahlen, ist auf wenig Gegenliebe gestoßen. Doch den Gedanken von Beyer haben andere aufgenommen und neu überdacht. Im Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes wird deshalb jetzt ein ganz anderer Plan diskutiert, der sehr große Aussichten auf Realisierung besitzt.

Durchaus denkbar sei es, so der Vorschlag, daß die Klubs, die im Europapokal beschäftigt sind, beispielsweise ein Drittel ihrer Einnahmen aus den internationalen Wettbewerben in einen sogenannten Liga-Fonds einzahlen. Das Geld könnte anschließend an die Klubs verteilt werden, die nicht in den Genuß kommen, international auftreten zu können.

Sicherlich werden sich Vereine wie München, Hamburg oder Köln gegen diesen Plan wehren. Doch dürfte es kein Problem sein, auf der Präsidententagung eine Zweidrittelmehrheit zu gewinnen. Die meisten Klubs wären ja wohl sehr froh, wenn sie zum Saisonende einen finanziellen Zuschlag bekämen. Und rentieren täte es sich allemal. Im letzten Jahr, als Hamburg (UEFA-Pokal) und Bayern München (Landesmeister) das Finale erreichten und der 1.FC Kaiserslautern (UEFA-Pokal) das Halbfinale, hätte jeder Verein mit einer Zuwendung von rund 400 000 Mark rechnen können. Das wurde im Liga-Ausschuß bereits hochgerechnet.

In diesem Jahr sähe selbstverständlich die Rechnung etwas anders aus. Denn nur noch der HSV ist im Landesmeister-Wettbewerb vertreten, die anderen Bundesliga-Klubs sind zu früh ausgeschieden.

Jetzt liegt es also an den großen Klubs, Solidarität zu beweisen, von der in der Bundesliga gerade zuletzt immer wieder die Rede war.

Ein Tor gegen den HSV macht den Jubel besonders schön: Bochums Torschütze Patzke und Schreier. FOTO: MÜLLER

Und im Hintergrund lauern die Bremer

DW. Bonn

„Ich bleibe dabei, entweder die Hamburger oder wir werden Meister." Das sagt Uli Hoeneß, der Manager des FC Bayern München. Sein ehemaliger Kollege Franz Beckenbauer denkt schon eine Saison weiter: „Im nächsten Jahr könnte Werder Bremen reif für den Titel sein." Genau dies traut der Dortmunder Rolf Rüßmann der Mannschaft von Trainer Otto Rehhagel schon jetzt zu: „Ich habe noch keine Mannschaft in der Bundesliga erlebt, die einen derartigen Druck ausübt. Die können Meister werden."

Die Bremer sind einen Punkt näher an Hamburger und Münchner herangekommen. Wenn sie jetzt noch das Nachholspiel gegen Stuttgart überstehen, haben sie nur noch Gegner der zweiten Kategorie: Schalke, Hertha, Nürnberg, Braunschweig, Düsseldorf, Karlsruhe, Leverkusen, Bielefeld, Frankfurt, Bochum.

Am Samstag treffen Hamburg und München aufeinander. In einem Interview spricht Karl-Heinz Rummenigge über die Chancen des FC Bayern.

Frage: Über zehn Jahre, seit September 1972, sind die Bayern ohne Sieg in Braunschweig. Können die Münchner in Braunschweig nicht gewinnen?

Rummenigge: Wir hatten heute genügend Siegchancen und den Gegner fast immer unter Kontrolle, aber es hat nicht gereicht. Dennoch sind wir mit dem 1:1 zufrieden.

Frage: In der Schlußphase spielten die Bayern mit wenig Risiko, schienen an einem Siegtor überhaupt nicht interessiert. Warum?

Rummenigge: Dahinter stand keineswegs Absicht. Wir waren einfach alle hundemüde. Aberdeen hat am Mittwoch sehr viel Kraft gekostet.

Frage: Wie sehen Sie jetzt die Titelchancen der Bayern?

Rummenigge: Der HSV hat auch nur 1:1 gespielt. Die Entscheidung, ob wir noch Meister werden können, fällt am nächsten Samstag in Hamburg. Verlieren wir dort, dann dürften wir uns alle Titelträume aus dem Kopf schlagen. Aber wir haben keine Angst vor dem HSV.

Frage: Kann sich der FC Bayern mit seinem riesigen Ausgabe-Volumen überhaupt leisten, am Ende ohne Titel, sozusagen mit leeren Händen, dazustehen?

Rummenigge: Ein Titel war unser Ziel vor Saisonbeginn. Natürlich bleibt die UEFA-Cup-Teilnahme, aber das ist uns zu wenig. Jeder einzelne von uns weiß, daß die Meisterschaft unsere letzte Chance ist. Die Motivation ist da. Die Niederlage in Aberdeen, das war die wichtigste Erkenntnis aus dem Braunschweiger Spiel, haben wir überwunden.

Frage: Sie haben vor Ihrer Vertragsverlängerung bis 1987 Ihr Bleiben davon abhängig gemacht, daß ein potenter Nachfolger für Paul Breitner verpflichtet wird. Kommt in der neuen Saison der Däne Lerby?

Rummenigge: Im Augenblick mache ich mir über dieses Thema keine Gedanken. Ich gehe davon aus, daß es dem Verein gelingt, Lerby zu verpflichten.

Schäfers harte Kritik an den jungen Profis

MARTIN HÄGELE, Frankfurt

Jupp Heynckes stand vor der Kabine seiner Mannschaft. Ein Reporter, der Mönchengladbach jahraus, jahrein begleitet, liest die Ergebnisse der übrigen Abstiegskandidaten vor. Der Trainer nickt mit dem Kopf, als er von Leverkusens Sieg und dem Punktgewinn des Karlsruher SC hört. Heynckes sagt: „Jetzt hängen wir drin bis zum letzten Spieltag." In der Kabine haben die Spieler auch gerechnet, in trister Stimmung. „Mit 26 Punkten sind wir aus dem Schneider", sagt Frank Mill, der Mittelstürmer.

16 Punkte hat Borussia, zehn fehlen noch, zehn aus zehn Spielen. In Frankfurt wäre ein Punkt drin gewesen, so komisch das auch nach einer 0:3-Niederlage klingen mag. Gladbach hätte nicht zu verlieren brauchen.

Uwe Kamps, der Torwart, ist 18 Jahre alt. Weil Torwart Sude seit einer Woche verletzt ist, steht Kamps zum ersten Mal von Anfang an im Tor. „Der Fünfmeterraum gehört dir, darüber hinaus regeln das die andern", erklärte Jupp Heynckes ihm vor dem Spiel.

Hans-Georg Drehsen, der Libero, macht sein zweites Bundesligaspiel. Auch er erst 18 Jahre alt. Am Mittwoch spielte er noch in der Jugend-Nationalmannschaft. Die Stärke des jungen Abwehrchefs, sagt Heynckes, sei das Kopfballspiel.

In der 16. Minute muß der Trainer glauben, nichts mehr vom Fußball zu verstehen. Kamps irrt am Elfmeterpunkt herum. Neben ihm zieht Drehsen den Kopf zwischen die Schultern. Frankfurts Torjäger Bum Kun Tscha aber macht den Hals lang – 1:0 für die Eintracht.

Innerlich sei Jupp Heynckes am Kochen, sagt Winfried Schäfer (33) nach dem Spiel. Nur zeige der Trainer keinem, wie es drinnen aussehe. Schäfer: „Er macht auf Ruhe."

In solchen Situationen zeige es sich, daß die Belastung für die Jungen zu groß sei, sagt Heynckes, zumindest auswärts. Bei Drehsen zeigt sich das sogar physisch. Nach einer Stunde streiken seine Muskeln – Zerrung. Mit einer Eisbandage um den Oberschenkel humpelt er in den Mannschaftsbus. Wahrscheinlich braucht Heynckes gegen Bochum wieder einen neuen Libero.

Den Trainer wirft scheinbar nichts um. Auch nicht die Gehirnerschütterung von Vorstopper Borowka. Nur nicht nervös wirken. Heynckes: „Natürlich stören die ständigen Umstellungen die Harmonie. Natürlich ist das Risiko mit den Jungen ungeheuer groß." Aber was will er anderes tun?

Gladbachs Torjäger von einst kann nicht die Bälle ins Tor bugsieren, das seine Nachfolger nicht treffen. Uwe Rahn scheiterte mit einem Kopfball aus drei Metern an Frankfurts Torwart Joachim Jüriens. Linksaußen Siegfried Reich köpfte zwei Meter vor dem leeren Tor vorbei. Schiedsrichter Robert Walz pfiff einen regelrechten Treffer zurück, weil sein Linienrichter Peter Correll über die Fahne geschielt und auf Abseits entschieden hatte.

„Ist auch viel Glück dabei", radebrecht Frankfurts Trainer Branko Zebec. Ein schwacher Trost. Es gibt noch andere Gründe für die Misere der Gladbacher. Mittelstürmer Mill tappte fast zehnmal in die Frankfurter Abseitsfalle. Auch davor hat Heynckes ihn gewarnt. Mills Verhalten bleibt dem Trainer unerklärbar. Mills Entschuldigung: „Wenn die andern so langsam spielen, siehst du als Mittelstürmer in solchen Situationen aus wie ein Nilpferd."

Mill braucht diese Ausreden. Im Augenblick schauen ihm nicht nur die Gladbacher auf die Füße. Auch die Dortmunder und die Stuttgarter. „Ich will nicht unbedingt absteigen und dann weggehen", sagt er. Er wirkt bei diesen Worten verlegen.

Während die andern Kisten in den Bus schleppen, spricht Mannschaftssenior Schäfer mit den Journalisten: „Geht mit den Jungen vorsichtig um. Jubelt sie nicht hoch, aber haut sie auch nicht in die Pfanne."

Schäfer, der im letzten Sommer schon seinen Ausstand aus der Bundesliga gegeben hatte, wurde von Heynckes wieder aktiviert. Von seiner Erfahrung sollen die jungen Hüpfer profitieren. In dem halben Jahr Pause hat der Amateurtrainer Schäfer Abstand gewonnen zum Profitum: „Die Bundesliga ist nicht mehr der große Zirkus, der Pep fehlt, der Spielwitz."

Schäfer glaubt auch zu wissen, woran es liegt. An der grundsätzlichen Einstellung der Jungen. Schäfer: „Da hörst du immer nur Freizeit und Freiheit." Früher, als die Bundesliga noch vor der Borussia zittern mußte und nicht die Borussia um die Bundesliga, ist einiges anders gewesen. „Wenn ich an den Rainer Bonhof denke", sagt Schäfer, „er war 1974 Weltmeister, ganz oben, aber nach dem Training ging er zu unserem Konditionstrainer Drygalsky und sagte: Nimm die Uhr, ich muß noch 10mal 200 Meter auf Zeit laufen."

Heute, so Schäfer, sei keiner mehr bereit, etwas außer der Reihe zu machen, sich zu quälen, hart an sich zu arbeiten. Das sei seine Erklärung dafür, daß die Mannschaft „jetzt da unten drin hängt".

Kröner kämpft mit Rücken zur Wand . . .

B. WEBER, Kaiserslautern

Als der 1. FC Kaiserslautern am Mittwoch durch ein 0:1 bei Universitatea Craiova aus dem UEFA-Cup-Wettbewerb ausgeschieden war, verbreitete sein Trainer Rudi Kröner als einziger Optimismus. Er sagte: „Dafür gewinnen wir bei Fortuna Düsseldorf, und dann werden wir auch am Ende dieser Saison einen Platz einnehmen, der zur Teilnahme am nächsten UEFA-Cup berechtigt."

Der Trainer irrte. Seine Truppe fiel in Düsseldorf erneut auf die Nase, diesmal mit 1:2. Die Lauterer mußten damit ihre Hoffnung auf den ersten Auswärtssieg dieser Saison weiter verschieben. Und an den UEFA-Cup-Platz glaubt außer Kröner, der weiterhin fest darauf setzt, rund um den Betzenberg niemand mehr.

Es glauben allerdings auch nicht mehr allzu viele daran, daß sich Kröner noch lange in seinem Amt halten kann. Vereinsmanager Norbert Thines sagte gestern zur WELT: „Es gibt eine Trainerfrage, das läßt sich überhaupt nicht verleugnen. Wir werden jetzt zwei Tage lang in Ruhe über Rudi Kröner nachdenken und dann wird man weitersehen . . ."

Präsident Udo Sopp antwortete auf die gezielte Frage, ob er sich eine vorzeitige Beurlaubung des Trainers vorstellen könne, ausweichend diplomatisch: „Man soll nie nie sagen."

Tatsache ist, daß sich der Pfälzer Klub erhebliche Zukunftssorgen um seinen Haushalt macht. Vor Saisonbeginn haben die Lauterer 2,5 Millionen Mark für die Einkäufe des schwedischen Stars Torbjörn Nilsson (1,4) und des Düsseldorfer Thomas Allofs (1,1) investiert. Damit war gleichsam die Forderung nach der Teilnahme an internationalen Wettbewerben verbunden. „Andernfalls", das erkannte Sopp sofort, „wird es eng für uns." Nach dem Ausscheiden in Craiova konkretisierte der Präsident: „Noch brauchen wir keinen unserer Leistungsträger zu verkaufen. Daran kommen wir aber wohl nicht vorbei, wenn wir im nächsten Jahr nicht für den UEFA-Cup qualifiziert sein sollten."

Doch das scheint, nimmt man die Vorstellung in Düsseldorf zum Maßstab, einfach undenkbar. Kröner jammerte: „Ich mußte doch kurzfristig auf Hans-Peter Briegel und Hannes Bongartz verzichten. Die Lücke war einfach nicht zu schließen." Natürlich, das wird man akzeptieren müssen. Die beiden Nationalspieler, die sich erst zwei Stunden vor dem Anpfiff wegen Grippe krankmelden und absagen mußten, hätten dem Spiel ihrer Mannschaft sicherlich mehr Ordnung und Durchschlagskraft gegeben.

Aber, und das ist die Kehrseite der Medaille, bis hin zum letzten Reservisten verbreitet indessen jeder im Lauterer Trikot – zumindest hinter vorgehaltener Hand –, daß der Trainer in taktischen Fragen einfach überfordert, ja für die erste Liga einfach ungeeignet sei. Thomas Allofs beklagte sich: „Wenn wir uns auch nur halbwegs Chancen für eine bessere Zukunft ausrechnen wollen, muß dieser Trainer sofort weg." Allofs befindet sich insofern in einer guten Position, als man ihm nicht vorwerfen kann, er würde jetzt lamentieren, wo das Kind (fast) in den Brunnen gefallen ist. Allofs nämlich hatte den Vorstand von Anfang an von einer Verpflichtung Kröners dringend abgeraten.

Der Trainer selbst führt die bisher äußerst magere Saisonausbeute auf zwei Umstände zurück. „Erstens", so erklärte er gestern der WELT, „hat die Viruserkrankung, die sich viele unserer Spieler bei einem Turnier in Valencia zugezogen hatten, fast schon alles kaputt gemacht. Außerdem wurde meine Mannschaft von vielen vor Saisonbeginn ganz erheblich überschätzt. Für beides kann ich nichts, aber ich muß jetzt alles ausbaden." Ob er damit rechne, daß sein bis zum Ende der nächsten Saison datierter Vertrag vorzeitig aufgelöst werden könne? Kröner: „Die Frage beantworte ich nicht."

Der Sport-Informations-Dienst (sid) verbreitete gestern noch einmal, daß am Betzenberg wieder ganz heftig der demnächst aus dem DFB-Dienst ausscheidende Jugendtrainer Dietrich Weise im Gespräch sei.

Tatsache ist, daß Kröners Ablösung für Kaiserslautern keinen allzu gewaltigen finanziellen Kraftakt bedeuten würde. Mit rund 8000 Mark Monatsgehalt ist er einer der billigsten im Lande.

Tabelle und Statistik des 25. Spieltages – Ronni Worm: mit einem Schuß gleich zwei Jubiläen

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	25	14	9	2	58:24	37:13	35:9	22:4	23:15	15:9
2. München	25	14	7	4	58:20	35:15	36:6	21:5	22:14	14:10
3. Dortmund	25	15	4	6	60:36	34:16	37:12	20:4	23:24	14:12
4. Stuttgart	23	14	5	4	55:29	33:13	34:15	19:5	21:14	14:8
5. Bremen	23	13	5	5	43:28	31:15	29:9	20:2	14:19	11:13
6. Köln	24	12	7	5	49:28	31:17	27:10	18:4	22:18	13:13
7. K'lautern	24	9	10	5	35:33	28:20	26:13	19:3	9:20	9:17
8. Nürnberg	24	9	5	10	31:46	23:25	23:18	18:6	8:28	5:19
9. Frankfurt	25	10	3	12	35:33	23:27	28:7	20:6	7:26	3:21
10. Braunschw.	24	7	7	10	27:38	21:27	17:11	16:8	10:27	5:19
11. Bielefeld	24	8	5	11	34:52	21:27	26:18	16:8	8:34	5:19
12. Bochum	24	6	8	10	26:33	20:28	17:13	12:12	9:20	8:16
13. Düsseldorf	25	6	8	11	39:60	20:30	24:28	14:10	15:32	6:20
14. Leverkusen	24	6	6	12	26:48	18:30	14:15	14:12	12:33	4:18
15. Gladbach	24	7	2	15	38:46	16:32	23:17	12:12	15:29	4:20
16. Hertha	24	4	8	12	31:43	16:32	20:18	12:12	11:25	4:20
17. Karlsruhe	24	4	6	14	30:59	14:34	16:18	12:14	14:41	2:20
18. Schalke	23	4	5	14	31:50	13:33	16:21	8:14	15:29	5:19

● Zuschauer-Bilanz

Am 25. Spieltag gab es den 13. Spielausfall (Bielefeld – Stuttgart). Zu den verbliebenen acht Begegnungen kamen 139 120 Zuschauer. Das ergibt eine Durchschnittszahl von 17 390 Besuchern pro Spiel – der fünftschlechteste Besuch dieser Spielzeit. Die meisten Zuschauer kamen zum Spiel Bremen – Dortmund (31 000), die wenigsten zur Begegnung Leverkusen – Berlin (6000). Die Gesamtzuschauerzahl dieser Saison liegt jetzt bei 4,9 Millionen und wird am nächsten Samstag die Fünf-Millionen-Grenze überschreiten. Für das ausgefallene Spiel gibt es noch keinen neuen Termin.

● Torschützenliste

Der Torschützenkönig von 1980 (26 Treffer) und 1981 (29) ist auf dem besten Wege, zum dritten Male ganz vorne zu stehen: Karl-Heinz Rummenigge hat nach seinem Tor gegen Braunschweig nun schon drei Treffer Vorsprung vor Karl Allgöwer (Stuttgart), Rudi Völler (Bremen) und Manfred Burgsmüller (Dortmund), die alle 14 Tore erzielt haben. Den einzigen Elfmeter des Spieltages verwandelte der Nürnberger Weyerich beim 3:2-Sieg über Schalke, das zum ersten Mal in dieser Saison einen Strafstoß hinnehmen mußte. Gegen Bielefeld wurden bisher die meisten Elfmeter verhängt (8).

● Jubiläen und Serien

Ein Tor von Ronni Worm – gleich zwei Jubiläen. Sein Treffer zum 1:1 gegen München war das 700. Tor dieser Saison und das 800., das Eintracht Braunschweig seit Gründung der Bundesliga erzielte. Der Isländer Atli Edvaldsson sicherte Fortuna Düsseldorf mit einem Kopfball den 150. Bundesliga-Sieg. Beim 2:4 in Bremen riß nicht nur Dortmunds Erfolgsserie nach 11:1 Punkten, seit Bestehen der Bundesliga hat der Verein nun auch 900 Gegentore hinnehmen müssen. Schalke 04 liegt zum dritten Mal auf dem letzten Tabellenplatz, seit Gründung der Bundesliga zum 44. Mal.

● Platzverweis, Sperren

Der Dortmunder Mittelstürmer Bernd Klotz ist der siebte Spieler, der in dieser Saison des Feldes verwiesen wurde. Zwei Minuten vor der Halbzeit hatte Klotz nachgetreten, nachdem ihn der Bremer Gruber schwer gefoult hatte. Dortmunds Trainer Feldkamp: „Ich empfand es als ungerecht, daß mein Spieler die rote Karte sah und Gruber ungestraft davonkam." Den letzten Platzverweis hatte Dortmund am 22. März 1980 hinnehmen müssen. Damals traf es Armand Theis, der danach zu Düsseldorf wechselte. Geye, Gruler und Günther sahen zum vierten Mal Gelb.

IFLIEGEN / Keine Medaille für Österreich, Kogler verlor Weltrekord

ei der Weitenjagd wird der Mensch um Spielball gewaltiger Kräfte

sid/dpa, Harrachov

r Österreicher Armin Kogler der große Verlierer des vor-pischen Winters. Erstmals seit gingen die Österreicher bei r Skiflug-Weltmeisterschaft aus. Mit dem 24 Jahre alten genthaler Klaus Ostwald 1,0 Punkte) sicherte sich in ei- dramatischen Finale in Harra- zum zweiten Mal nach Hans-rg Aschenbach ein „DDR"-pringer den Titel. Silber ge- n der neue Weltrekordler Pavel (1045,5) aus der CSSR vor finnischen Weltcup-Sieger ti Nykänen (1043,5).

ach dem Verlust des Weltrekor- an den 19 Jahre alten Lokalma- r Pavel Ploc (181 Meter) und Weltcup-Trophäe an Matti Ny-en verpaßte Armin Kogler n sein letztes Saisonziel. Mit ,0 Punkten fehlte ihm am En- ein halber Punkt für eine laille.

ber 100 000 Zuschauer an vier en feierten mit Pavel Ploc ei- Jungen aus Harrachov, der auf riesigen Schanze im Riesenge-e bei Regen und Nebel den arteten Weltrekord erreichte. ragen auf einer Woge der Begei-ung setzte er am Teufelsberg neue Bestmarke.

Bei besseren Bedingungen sind Weiten von 185 bis 186 Metern lich", behauptet Ploc. Anders sieht es Armin Kogler: „Weiten von 185 Metern sind hier zu stehen, aber das Problem sind die hohen Geschwindigkeiten von über 115 Stundenkilometer beim Anlauf und Aufsprung. Vielleicht müssen wir eine neue Technik erfinden, um das zu meistern." Als Skifliegen an der Grenze des Möglichen bezeichnete Bundestrainer Ewald Roscher das, was sich in Harrachov zugetragen hat. Als Beweis für seine Behauptung führt Roscher die verhängnisvollen Stürze des Kanadiers Horst Bulau, von Jens Weiflog („DDR") und Einar Braaten (Norwegen) an: „Das sind alles Weltklasseleute." Schon der kleinste Fehler hat fatale Folgen, und der Mensch wird angesichts der Geschwindigkeit und des Landedrucks zu einem nicht mehr reaktionsfähigen Spielball gewaltiger Kräfte. Armin Kogler: „In Oberstdorf auf der Flugschanze waren wir bei 105 bis 109 Stundenkilometern, in Planica bereits bei 113 und jetzt in Harrachov sind wir bei 116." Das ist so schnell, daß dem Übergang vom gebeugten Anlauf zum hochschnellenden Absprung in Sekundenbruchteilen Grenzen gesetzt sind. Der Mensch ist überfordert.

Was für den Anlauf gilt, trifft auch auf die Landung zu. Armin Kogler sagt es so: „Bei dieser Geschwindigkeit hat man ein schlechtes Gefühl für das Aufmachen, für den Übergang aus der Fluglage in die Landestellung." Zeit für diesen Vorgang: etwa eine Zehntelsekunde.

Im Gegensatz zu anderen Flugschanzen wie Oberstdorf oder Planica resultieren die Superweiten in Harrachov nicht etwa aus der Thermik bei schönem Wetter, sie sind ausschließlich das Ergebnis der hohen Geschwindigkeiten, die den Springer aus dem steilsten Anlauf aller Flugschanzen über den Schanzentisch förmlich hinauskatapultieren. So paradox es klingt, so zutreffend ist die Empfindung der Springer: „Regen und Nebel sind hier gut, weil sich dann keine Luftwirbel bilden."

Die psychischen Belastungen der Springer sind so groß, daß Kogler den Substanzverlust auf zwei bis drei Kilogramm täglich beziffert. „Nach dem Frühstück kann ich nichts mehr essen. Den ganzen Tag über bin ich nervlich auf den Wettkampf eingestellt, denn Skifliegen erfordert höchste Konzentration."

Die gewaltigen Ausmaße der Schanze in Harrachov lassen vermuten, daß eines Tages Sensationslüsterne auch noch die 200-Meter-Marke anpeilen werden. Der Internationale Ski-Verband (FIS) hat diesen irrwitzigen Rekordwettlauf bisher nicht stoppen können.

RUDERN / Henrik Lotz aus Hanau ist der neue Verbandspräsident

Plakatives Programm: Alles, was die Klubs stärkt, nutzt auch dem Verband

sid/dpa, Köln

Der Deutsche Ruderverband (DRV) geht mit einem neuen Präsidenten in das zweite Jahrhundert seines Bestehens. Auf dem 46. Deutschen Rudertag anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten in Köln wählten die 341 Delegierten den 53 Jahre alten Kaufmann Henrik Lotz aus Hanau per Akklamation zu ihrem Vorsitzenden.

Lotz tritt die Nachfolge von Claus Heß (49) an, der sich nach 17jähriger Amtszeit nicht zur Wiederwahl stellte. Der Würzburger Volkswirt, der sich verstärkt seiner Arbeit als Vizepräsident im Internationalen Ruderverband und im Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland (NOK) widmen will, wurde zum vierten Ehrenpräsidenten in der 100jährigen Verbandsgeschichte ernannt. Für seinen Einsatz in den zurückliegenden Jahren dankten ihm die Delegierten mit minutenlangem Beifall.

Der neue Präsident des Deutschen Ruderverbandes, Henrik Lotz, spielte beflissen das Leitmotiv einer Melodie, die von den Delegierten als Ohrwurm vernommen wurde. „Alles, was die Vereine stärkt, nutzt auch dem Verband. Deshalb brauchen wir sowenig Verband wie möglich und soviel Verband wie nötig", lautete die plakative Wahlformel von Lotz, der damit dem Dirigismus von oben eine deutliche Absage erteilte.



In der Vereinsarbeit groß geworden: Henrik Lotz FOTO: WEREK

Henrik Lotz, Vater von drei Kindern, hat sich über die Ochsentour im Klub durch viele Instanzen des Rudersports an die Spitze gearbeitet. Er war Jugendleiter, Sportwart, Trainer und zwischen 1967 und 1980 Vorsitzender der Hanauer Ruder-Gesellschaft. „Ich weiß, was es heißt, eine Beitragsschuld einzutreiben, oder was zu tun ist, wenn im Klubheim das Klopapier fehlt."

Vom mittlerweile überholten Amt eines Punktrichters für Stilrudern, über die Aufgaben als Pressesprecher des DRV bei den Olympischen Spielen in München 1972, bis hinein ins Amt des zweiten Verbands-Vorsitzenden (seit 1976) sammelte er seine Funktionärs-Erfahrungen. Aus der Verantwortung für das Personal- und Sozialwesen einer weltweit Kautschuk verarbeitenden Firma bringt er seine Kenntnisse in der Menschenführung mit.

Obwohl sich Henrik Lotz als Mann der Vereine versteht, galt der erste Punkt seiner programmatischen Ausführungen seinem Verbandsinteresse: Die Wiederherstellung des leistungssportlichen Ansehens des Deutschen Ruderverbandes. Im Leistungsbereich hatte es beispielsweise durch eine dirigierte Aufstellung von Renngemeinschaften die heftigste Kollision zwischen Basis und Verbandsspitze gegeben. Lotz: „Ich werde mich besonders dafür einsetzen, daß das leistungssportliche Ansehen unseres Verbandes wiederhergestellt wird."

Die Anknüpfung an die großen Zeiten unter der Leitung des Ratzeburger Ruderprofessors Karl Adam soll unter Führung von Lotz jedoch nicht um jeden Preis erfolgen, „wobei im Zweifelsfalle und letzten Endes für mich immer der Mensch Maßstab aller Dinge ist". Und einer der entscheidenden Punkte im Programm von Henrik Lotz ist, daß „Rudern uns allen richtig Spaß macht. Wir wollen einen Verband zum Anfassen".

SCHACH

Hübner wollte abreisen, Smyslow meldete sich krank

dpa, Velden/Moskau

Die Nervenschlacht ist in vollem Gange: Am Samstag drohte Robert Hübner mit Abreise, am Sonntag war Wassili Smyslow plötzlich krank. Die erste Partie im Viertelfinale des Kandidatenturniers um die Schach-Weltmeisterschaft in Velden (Österreich) zwischen dem deutschen Großmeister und dem sowjetischen Ex-Weltmeister fiel gestern aus.

Der Turnierarzt bestätigte dem 62 Jahre alten Smyslow, daß er wegen einer Grippe nicht spielen könne. Bei der Eröffnung am Vortag, bei der ihm für die erste Partie die schwarzen Steine zugelost worden waren, war Smyslow noch bei bester Laune. Dafür hatte Hübner mit Abreise gedroht, falls die geplanten Fernseh-Aufnahmen vorgenommen würden. Später war es dann zu einem Kompromiß gekommen, in dem sich Hübner mit Kurzberichten einverstanden erklärte. Am Sonntagmorgen monierten beide Parteien die Lichtverhältnisse im Saal. Smyslow hatte nach dem Reglement nur einen Tag Zeit, um seine Krankheit auszukurieren.

Als erster hat Garri Kasparow (UdSSR) das Halbfinale erreicht. Er führt gegen seinen Landsmann Beljawski uneinholbar 6:3. Sein nächster Gegner ist der Sieger aus dem Kampf Kortschnoi – Portisch.

2. Liga

Endlich mal ekämpft"

DW. Aachen

emannia Aachen atmet auf: Im Spiel unter dem während der on verpflichteten Trainer Slo-an Cendic gab es den dritten . Kickers Offenbach, in der h viele Spielausfälle unüber-lichen Tabelle noch immer auf z zwei, wurde mit 1:0 geschla- Die Reaktion von Trainer Cen- „Dieser Sieg ist besonders tig. Endlich haben meine ler mal gekämpft." Uerdingen nach Minuspunkten noch im- Dritter, konnte aber beim 2:1 r FSV Frankfurt erneut nicht rzeugen.

DIE ERGEBNISSE

mstadt – Duisburg	6:2	(2:2)
hen – Offenbach	1:0	(1:0)
nover – Osnabrück	4:3	(2:3)
– Solingen	3:0	(2:0)
burg – Fürth	1:1	(1:0)
tgart – Neuhaus	6:1	(4:0)
ringh. – Augsburg	ausgef.	
dingen – Frankfurt	2:1	(0:1)
tenscheid – Essen	2:1	(1:0)
sel – Mannheim	1:1	(1:0)

DIE TABELLE

Iannheim	28	17	8	3	64:24	42:14
ffenbach	28	17	5	6	59:29	39:17
assel	28	15	5	8	55:37	35:21
öln	29	13	9	7	63:40	35:23
erdingen	26	14	6	6	46:32	34:18
armstadt	29	13	7	9	53:45	33:25
reiburg	27	11	10	6	40:35	32:22
achen	28	11	8	9	38:39	30:26
tuttgart	27	11	6	10	55:41	28:26
uisburg	28	11	6	11	42:41	28:28
Iannover	27	9	7	11	53:50	25:29
snabrück	26	11	2	13	47:48	24:28
ürth	28	8	8	12	44:58	24:32
ssen	28	8	7	13	37:46	23:33
Vattensch.	29	9	5	15	43:55	23:35
ugsburg	26	8	6	12	20:35	22:30
olingen	26	6	9	11	37:51	21:31
üttringh.	26	7	6	13	38:60	20:32
rankfurt	28	6	6	16	38:69	18:38
Ieuhaus	28	5	4	19	32:69	14:42

DIE VORSCHAU

eitag: Osnabrück – Darmstadt, nbach – Stuttgart, Duisburg – tenscheid. – Samstag: Frankfurt – hen, Augsburg – Uerdingen, Lüt-ghausen – Freiburg, Mannheim – nover. – Sonntag: Schloß Neuhaus öln, Essen – Fürth, Solingen – Kas-

SKI ALPIN

Weltcup für Phil Mahre

sid, Furano

Die amerikanischen Skirennläufer feierten beim Weltcup-Finale in Furano (Japan) einen Saison-Abschied mit Glanz und Gloria. Am Samstag gewann Phil Mahre den dritten Riesenslalom in Serie und landete wie im Gesamt-Weltcup auch in dieser Disziplin als Weltcup-Sieger vor Ingemar Stenmark (Schweden). Tags darauf ließ sich Tamara McKinney, die am Freitag endgültig den Gesamt-Weltcup gewonnen hatte, als Slalom-Siegerin feiern. Im direkten Duell verwies sie die Weltcup-Siegerin der letzten Saison, Erika Hess (Schweiz), auf den zweiten Rang. Damit bleibt die Schweizerin hinter McKinney (225) und der Liechtensteinerin Hanni Wenzel (193) mit 192 Punkten Dritte der Abschluß-Wertung.

Einen versöhnlichen Abschluß gab es zum Saisonfinale für die Familie Wenzel. Andreas, der jüngere Bruder der Doppel-Olympiasiegerin, schaffte durch den zweiten Rang im Slalom noch den Sprung auf Platz drei der Gesamtwertung (177 Punkte). – Der Schwede Stig Strand ließ zum Saison-Finale noch einmal sein großes Können aufblitzen. Schon nach dem ersten Durchgang lag er in Führung und siegte mit einer halben Sekunde Vorsprung.

Mit Stenmark und dem Österreicher Franz Klammer dominierten die Stars der siebziger Jahre in Slalom und Abfahrt in dieser nun beendeten Saison. Bei den Damen gingen nicht nur zwei Siege in die USA (McKinney: Gesamtwertung und Riesenslalom), sondern auch in die Schweiz: Erika Hess tröstete sich mit der Slalom-Trophäe, Doris de Agostini war die überragende Abfahrerin. Hanni Wenzel gewann die Kombination.

Für den Deutschen Ski-Verband (DSV) gab es ein Jahr nach dem Erfolg von Irene Epple im Riesentorlauf keine Trophäe. Ihre Schwester Maria belegte in dieser Disziplin den dritten Platz in der Weltcup-Wertung.

NACHRICHTEN

urn Köln besiegt

öln (dpa) – Mit einem überra-nden 68:67-Erfolg für den ASC tingen endete die erste Begeg-g der Play-off-Runde um die tsche Basketballmeisterschaft öln. Der deutsche Meister BSC n müßte das zweite Spiel am mmenden Wochenende in Göt-gen gewinnen, um in einem drit- Aufeinandertreffen seinen Titel h verteidigen zu können.

x-Siege in der CSSR

ussig (dpa) – Bei einem interna-alen Box-Turnier in Aussig SR) gewann Stefan Gertel (Vel-) durch einen Punktsieg über denas (Kuba) das Finale im Ban-gewicht. Kurt Seiler (Leverku-) setzte sich im Halbschwerge-ht gegen Quintana (Kuba) eben-s nach Punkten durch.

ei Deutsche vorn

rechen (sid) – Werner Stauff öln) gewann das erste Radrennen Amateure um das „Grüne nd", den Amateur-Klassiker ln – Schuld – Frechen, über 171 ometer vor Ulrich Rottler (Stutt-t) und Peter Hilse (Neuwied).

ld für Süß

Dortmund (sid) – Bernhard Süß irnhausen) gewann bei den Euro-meisterschaften für Luftdruck-ffen in Dortmund im Luftge-hr-Schießen mit 587 Ringen die ldmedaille. Für den Deutschen hützenbund (DSB) gab es noch veils fünf Silber- und Bronzeme-illen.

Veltbestzeit durch Coe

Oslo (dpa) – Olympiasieger Seba-an Coe (England) stellte bei einem ternationalen Hallen-Meeting der Leichtathleten in Oslo eine Weltbestzeit über 1000 Meter auf. Coe verbesserte die Bestzeit des Leverkuseners Paul-Heinz Wellmann (2:19,1 Minuten) auf 2:18,58 Minuten.

Veith Abfahrts-Vierter

Söll (dpa) – Michael Veith (Tegernsee) belegte beim Abfahrtslauf der Skiprofis in Söll (Österreich) hinter drei Österreichern den vierten Platz. Sieger wurde Helmut Klingenschmid.

Weller gegen Cusma

Frankfurt (dpa) – René Weller (Pforzheim), dessen Boxkampf um die Europameisterschaft im Junior-Leichtgewicht am Einspruch der Europäischen Box-Union (EBU) scheiterte, will nun im Leichtgewicht um den Titel boxen. Als offizieller Herausforderer plant Weller für Mai in Frankfurt einen Kampf gegen Europameister Lucio Cusma (Italien).

Sieg für Saronni

San Remo (sid) – Mit deutlichem Vorsprung gewann Weltmeister Guiseppe Saronni (Italien) den Rad-Klassiker Mailand–San Remo über 294 Kilometer. 44 Sekunden nach Saronni kam die Verfolger-Gruppe mit Guido Bontempi (Italien) und Jan Raas (Holland) an der Spitze durchs Ziel.

Kießling nach Iserlohn

Iserlohn (dpa) – Der frühere Eishockey-Bundestrainer Gerhard Kießling hat für die nächste Saison einen Vertrag beim Bundesligaklub ECD Iserlohn unterschrieben, in dieser Saison arbeitete er beim EV Füssen.



Ivan Lendl: Wenn ich nicht dabei bin, ist alles zum Gähnen, gute Nacht, liebes Tennisturnier von München, ich mache ein Nickerchen.
FOTOS: WEREK/SIMON

Unmut über „lustlose Abfertigung" der Tennis-Zuschauer

DW. München

Die erste Entscheidung fiel bereits vor dem Finale des WCT-Tennis-Turniers von München: Auch im nächsten Jahr will Konzertveranstalter Marcel Avram ein Turnier durchführen – trotz der sportlichen und finanziellen Schwäche in diesem Jahr. In welcher Form dann gespielt wird, ist noch nicht klar. Avram: „Das hängt von der WCT ab. Sollte sich die Organisation entschließen, erneut in München zu veranstalten, würde alles beim alten bleiben. Dann entscheiden wir uns zur Fortsetzung der bisherigen Turnierform."

Avram ist aber auch noch im Besitz des Titels „Internationale Deutsche Hallenmeisterschaften", den er vom Tennis-Bund erworben hat. Hier läge ebenso eine neue Möglichkeit wie in dem Gedanken, erstmals eine Mannschafts-Weltmeisterschaft mit gemischten Teams durchzuführen – je zwei Herren – und Dameneinzel sowie ein Mixed.

Noch immer wird in München über die lustlose Spielweise von Ivan Lendl diskutiert, der in der ersten Runde bereits ausschied. Der Tschechoslowake verteidigt sich: „Manchmal habe ich den Eindruck, alle Leute meinen, meine Siege seien ein Kinderspiel." Doch er muß sich Briefe wie diesen übersetzen lassen, den eine Münchnerin an die „Abendzeitung" schrieb: „Ich habe 200 Mark investiert, um die einmalige Gelegenheit zu nutzen, die besten Spieler der Welt persönlich zu sehen. Ich habe meine Lehren aus der lustlosen Abfertigung der Zuschauer gezogen und werde für derartige Veranstaltungen kein Geld und keine Zeit mehr opfern."

Im Finale von München (bei Redaktionsschluß noch nicht beendet) standen sich die beiden Amerikaner Mark Dickson und Brian Teacher gegenüber.

Beim Damen-Turnier von Bosten hat Sylvia Hanika das Endspiel erreicht. Im Halbfinale besiegte sie die Amerikanerin Billie Jean King mit 7:5 und 6:2 und trifft nun auf Wendy Turnbull aus Australien.

MOTORSPORT / Auftakt zur Motorrad-WM und zur deutschen Rennsportmeisterschaft

Wildwestritt in Kyalami Behinderung und Fußtritt

dpa/sid, Kyalami

Auf der Kyalami-Ranch in Südafrika herrschen zum Auftakt der Motorrad-Weltmeisterschaft Wildwest-Sitten. Mit Rempeleien, einem Fußtritt, lautstarken Auseinandersetzungen und beinahe auch noch einem Protest endete das 250-ccm-Rennen zum Auftakt der Saison auf der 1600 m hoch gelegenen Rennstrecke von Kyalami. „Der Kerl hat mich in der letzten Runde viermal behindert, der Fußtritt war eine Reflexreaktion", verteidigte sich der Franzose Herve Guilleux nach seinem dritten Platz hinter Jean-François Balde (Frankreich) und Didier de Radigues (Belgien).

Gegen den Belgier richtete sich der Zorn von Langstrecken-Spezialist Guilleux, der bei seinem ersten Grand Prix auf der Siegerstraße fuhr, dann aber Balde und Radigues vorbeiziehen lassen mußte und von dem belgischen Vizeweltmeister (350 ccm) mehrfach ausgebremst wurde. Ein Fußtritt bei einer Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometern auf der Zielgeraden war die Antwort des Franzosen. Das kostete ihn den zweiten Platz. „Ich werde von einem Protest absehen", meinte Guilleux in den Boxen, wo es beinahe noch zu einer Boxeinlage gekommen wäre.

Schon in der letzten Runde hatten sich Radigues und Guilleux gerempelt, als der Belgier den Franzosen ausgebremst hatte. „Bei den Burschen wird ja härter gefahren als ich dachte", wunderte sich Herve Guilleux.

Daß diesem Trio niemand gewachsen war, erkannten auch die beiden deutschen Fahrer Manfred Herweh (Sechster) und Martin Wimmer (Achter) an. Dennoch strahlte der Lampertheimer Herweh, 1982 Überraschungssieger in Hockenheim. Hatte er doch auf seiner selbst präparierten österreichischen Rotax den Yamaha-Werksfahrer Wimmer deutlich besiegt. Der Münchner war denn auch nur mäßig zufrieden. Als Dritter vom Start weggekommen, fiel er zwischenzeitlich auf Rang 14 zurück, ehe er sich wieder in die Punkteränge vorarbeiten konnte.

Herweh hatte wohl die besseren Reifen erwischt. Nachdem Dunlop Pneus nur gegen Barzahlung abgeben wollte, ging er zu Michelin und erhielt prompt einen (kostenlosen) Vertrag. Das passierte 24 Stunden vor dem Rennen. Wimmer (an Dunlop gebunden) zweifelte schließlich an sich selbst. „Ich hatte das Gefühl, in den ersten Kurven regelrecht stehenzubleiben, vielleicht lag das auch an mir."

Die Klasse bis 500 ccm gewann der amerikanische Honda-Werksfahrer Freddie Spencer. Weltmeister Anton Mang war in Kyalami noch nicht dabei, weil seine Suzuki-Motorräder erst im Februar angeliefert wurden.

Ludwig mußte mit seinem neuen Ford aufgeben

DW. Zolder

Mit einem sicheren Sieg startete der deutsche Rennsportmeister Bob Wollek in Zolder in die neue Saison. Der 38 Jahre alte Straßburger distanzierte auf seinem 650 000 Mark teuren Porsche 956 C seinen Markengefährten John Fitzpatrick aus England um eine Runde. Vor 6000 Zuschauern kam der Hamburger Volkert Merl (ebenfalls Porsche 956 C) mit zwei Runden Rückstand auf den dritten Platz.

Pech hatte das Zackspeed-Team. In der zwölften von 36 Runden mußte Klaus Ludwig mit dem neukonstruierten Ford C/4 in eine weiße Dampfwolke gehüllt an den Boxen aufgeben. Sechs Durchgänge später folgte Vorjahressieger Klaus Niedzwiedz aus Unna, der am Ford C/8 Probleme mit der Hinterachse hatte. Nachwuchsfahrer Jörg van Ommen, der den letztjährigen Capri von Niedzwiedz fuhr, hatte ebenfalls Probleme. Mit defektem Motor fiel er noch in den letzten Runden vom fünften auf den siebenten Rang zurück. – Von 13 Startern kamen nur acht ins Ziel.

Porsche und Ford, die als einzige deutsche Automobil-Hersteller in der Rennsportmeisterschaft vertreten sind, engagieren sich im wichtigsten deutschen Championat nicht direkt. Vielmehr schicken sie Privatteams mit mehr oder weniger verdeckter Unterstützung auf die Pisten. Die wichtigsten Rennställe, die in Zolder am Start waren, sind Zackspeed (Ford) mit Ludwig sowie Jöst (Porsche) mit Zolder-Sieger Bob Wollek.

Mit zusammen sieben Wagen stellen beide Teams knapp die Hälfte des eigentlich 17 Fahrzeuge umfassenden Aufgebotes. Immerhin repräsentieren diese Fahrzeuge einen Gegenwert von mehreren Millionen Mark, zu deren Finanzierung sich trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage wieder etliche Sponsoren gefunden haben.

Ludwig brachte einen Nachfolger des letztjährigen C 100 nach Zolder. Im Kampf gegen die Konkurrenz und die Benzin-Verbrauchsregel (100 Liter für ein 160-km-Rennen) setzte er im C/4 auf den 1,7-Liter-Turbomotor, der bereits seinen Meister-Capri 1981 angetrieben hat. Niedzwiedz benutzte im ebenfalls von Erich Zakowski in Niederzissen gebauten C/8 den auf vier Liter aufgebohrten Formel-1-Motor von Cosworth.

Für seine beiden Porsche 956 C hat Teamchef Reinhold Jöst als Fahrer Wollek und Merl gesichert, die gleich im ersten Rennen überzeugten.

Den zweiten Lauf zur deutschen Rallyemeisterschaft „Rund um Gütersloh" gewannen überraschend Walter Smolej/Werner Hohenadel (Ditzingen/Qierschied) auf einem Ford-Escort. Die Titelverteidiger Demuth/Fischer (München/Kemnath) auf Audi Quattro schieden vorzeitig aus.

Zahlen

FUSSBALL

Erste englische Division, 31. Spieltag: Arsenal – Luton 4:1, Aston – Coventry 4:0, Ipswich – Nottingham 2:0, Liverpool – Everton 0:0, Manchester United – Brighton 1:1, Notts – Norwich 2:2, Southampton – Manchester City 4:1, Sunderland – Swansea 1:1, Watford – Tottenham 0:1, Bromwich – Birmingham 2:0, West Ham – Stoke 1:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 70 Punkte, 2. Watford 55, 3. Manchester United 52, 4. Aston 51.

„DDR"-Oberliga, 18. Spieltag: Rostock – Frankfurt 1:2, Union Berlin – Karl-Marx-Stadt 0:0, Aue – Magdeburg 2:1, Leipzig – Böhlen 2:1, Dresden – Dynamo Berlin 1:2, Zwickau – Jena 1:2, – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 40:14/29:5, 2. Jena 31:21/25:11, 3. Frankfurt 34:19/24:12, 4. Leipzig 31:16/23:13.

Europameisterschaft, Damen, Gruppe 4, Qualifikation: Holland – Deutschland 2:2 (0:1).

1. Holland	3	1	1	1	6:6	3:3
2. Belgien	3	1	1	1	4:4	3:3
3. Deutschland	2	0	2	0	3:3	2:2
4. Dänemark	2	1	0	1	2:2	2:2

Schüler-Länderspiel in London: England – Deutschland 1:0 (0:0)

BASKETBALL

Bundesliga, Play-Off-Runde, Herren: Köln – Göttingen 67:68. Play-Off-Runde, Damen: Düsseldorf – München 62:90.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Großwallstadt – Schwabing 16:15, Günzburg – Dietzenbach 29:18, Hofweier – Kiel 17:25, Nettelstedt – Gummersbach 18:18.

1. Gummersbach	11	2	3	333:280	24:8
2. Großwallstadt	10	2	3	310:256	22:8
3. Schwabing	10	1	6	385:357	21:13
4. Berlin	8	2	5	284:270	18:12
5. Kiel	8	2	6	339:308	18:14
6. Dankersen	8	0	7	269:282	16:14
7. Hüttenberg	7	1	8	331:337	15:17
8. Göppingen	7	1	8	316:322	15:17
9. Günzburg	5	4	8	365:370	14:20
10. Hofweier	6	1	9	311:330	13:19
11. Essen	5	2	9	286:299	12:20
12. Nettelstedt	4	4	9	315:351	12:22
13. Dietzenbach	4	0	12	292:374	8:24

Bundesliga, Damen, 14. Spieltag. Gruppe Nord: Greven – Engelskirchen 15:30, Stemmer – Jarplund-Weding 13:11, Herzhorn – Oldenburg 12:19, Kiel – Südwest Berlin 15:19. – Gruppe Süd: Sindelfingen – Würzburg 14:13, Lützellinden – Guts Muths Berlin 22:17.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Saarbrücken – Bad Hamm 9:3, Düsseldorf – Reutlingen 9:5, Stuttgart – Grenzau 3:9, Altena – Esslingen 9:4, Heusenstamm – Jülich 5:9.

VOLLEYBALL

Pokal der Herren, Viertelfinale: Gießen – Leverkusen 3:2, Paderborn – Celle 3:0, Bodensee – Passau 2:3, Hamburg – Fort. Bonn 3:1. – Pokal der Damen, Viertelfinale: Oythe – Münster 3:0, Godesberg – Rüsselsheim 1:3, Feuerbach – Wiesbaden 3:1, Lohhof – Schwerte 3:0.

SKIFLIEGEN

Weltmeisterschaften in Harrachov/CSSR, 2. Wertungstag: 1. Kogler (Österreich) 359,5 Punkte (175+171+165 m), 2. Holland (USA) 352,0 (148+177+163) und Parma (CSSR) 352,0 (143+163+172), 4. Schallert (Österreich) 351,0 (169+160+165), 5. Ploc (CSSR) 349,0 (181+154+152), 6. Deckert („DDR") 346,0 (159+175+133), 9. Steiert (Deutschland) 333,5 (160+163+156).

SKI ALPIN

Letzter Weltcup-Riesenslalom der Herren in Furano/Japan: 1. P. Mahre (USA) 2:35,20, 2. Julne (Schweiz) 2:35,21, 3. Stenmark (Schweden) 2:35,27, 4. Enn (Österreich) 2:35,55, 5. Zurbriggen (Schweiz) 2:35,72, 6. Strel (Jugoslawien) 2:36,13, 7. Erlachter (Italien) 2:36,59, 8. Wörndl (Deutschland) 2:36,78. – - Stand im Gesamt-Weltcup: 1. P. Mahre 285 Punkte, 2. Stenmark 218, 3. Girardelli (Luxemburg) 168, 4. Wenzel (Liechtenstein) 166, 5. Lüscher (Schweiz) 164, 6. Zurbriggen 161. – Endstand im Riesenslalom -Weltcup nach zehn Saisonrennen (darunter drei Super-Riesenslaloms): 1. P. Mahre 107, 2. Stenmark 100, 3. Julen 100 (aber weniger Saisonsiege).

SCHIESSSPORT

Europameisterschaften für Luftdruckwaffen in Dortmund, Luftgewehr Herren: Einzel: 1. Süß (Deutschland) 587 Ringe, 2. Dufaux (Schweiz) 587, 3. Wlassow (UdSSR) 586. – Mannschaften: 1. UdSSR 1753 (Weltrekord), 2. „DDR" 1741, 3. Norwegen 1730.

MOTORSPORT

1. WM-Lauf für Motorräder in Kyalami/Südafrika, Klasse bis 250 ccm: 1. Baldé (Frankreich) Chevallier 43:27,2 Min., 2. de Radigues (Belgien) Chevallier 43:27,7, 3. Guilleux (Frankreich) Kawasaki 43:27,7, ... 6. Herweh Rotax 43:39,4, ... 8. Wimmer (beide Deutschland) Yamaha 43,:48,9. – 500 ccm: 1. Spencer Honda 43:58,3, 2. Roberts (beide USA) Yamaha 44:05,7, 3. Haslam (England) Honda 44:11,6.

AMATEURBOXEN

Internationales Turnier in Usti/CSSR, Halbfinale: Bantam: Stefan Gertel (Deutschland) 4:1 PS über Men Chen (Nordkorea), Leicht: Puha (CSSR) kampflos über Gies (Deutschland), Welter: Duvergel (Kuba) 5:0 PS über Kopzog (Deutschland), Kotoseikow (UdSSR) 4:1 PS über Helmut Gertel (Deutschland), Halbmittel: Aguilar (Kube) 5:0 PS über G. Rocchigiani (Deutschland), Mittel: Lascek (CSSR) 5:0 PS über Bauer (Berlin), Halbschwer: Seiler (Deutschland) 5:0 PS über Pustai (CSSR), Quintana (Kuba) 5:0 PS über R. Rocchigiani (Deutschland).

REITEN

CHIO Dortmund, Großer Preis der Bundesrepublik der Springreiter: 1. Cuepper (Belgien) Cyrano 0 Fehlerpunkte/35,09 Sek., 2. Skelton (England) If Ever 0/38,30, 3. Bacon (Australien) Magabit 4/40,32, 4. Bettinger Santa Cruz 8/33,66, 5. Meyer zu Bexten (beide Deutschland) Marco 8/37,32, alle im Stechen. Großer Preis von Nordrhein-Westfalen für Springreiter: 1. Ernst (Deutschland) Stanley 0/29,93, 2. Pyrah (England) Diamond Seecer 0:32,24, 3. Ligges (Deutschland) Rodney 0:32,53.

RADSPORT

74. Profi-Rennen Mailand – San Remo über 294 km: 1. Saronni 7:7:59, 2. Bontempi (beide Italien), 3. Raas (Holland), 4. Vanderaerden (Belgien), 5. Kelly (Irland), ... 11. Moser (Italien) alle 44 Sek. zur., Hinault (Frankreich) aufgegeben.

JUDO

Internationale Deutsche Meisterschaften in Mannheim: Federgewicht: 1. Kida (Japan), 2. Dziemianiak (Polen), 3. Gliem (Deutschland), Leicht: 1. Pawlowki (Polen), 2. Miyake (Japan), 3. Rohleder (Deutschland), Welter: 1. Stranz, 2. Füchtemeyer, 3. Matusche (alle Deutschland), Halbmittel: 1. Adams (England), 2. Saier, 3. Fegert (beide Deutschland), Mittel: 1. Verhoeven (Holland), 2. Burggraf, 3. Schell (beide Deutschland), Halbschwer: 1. Neureuther (Deutschland), 2. Oosten (Holland), 3. Demming (Deutschland), Schwer: 1. Schnabel, 2. von der Groeben, 3. Ruiken (alle Deutschland).

TENNIS

WCT-Turnier in München, Einzel, Halbfinale: Teacher (USA) – Fibak (Polen) 6:4, 2:6, 6:2, Dickson – Scanlon (beide USA) 6:4, 6:0. – Doppel, Viertelfinale: Curren/Denton (Südafrika/USA) – Motta/Damiani (Brasilien/Uruguay) 6:3, 6:4, Rennert/Teacher (USA) – Gildemeister/Pratoux (Chile) 7:6, 6:3; Halbfinale: Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Dickson/Manson (USA) 6:4, 6:2.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Vitessa (M. Hofer), 2. Old Mary, 3. Wilja, Toto: 24, Pl. 12, 11, 26, ZW: 64, DW: 1552; 2. R.: 1. Mister Carlos (S. Klein), 2. Pai-Jar, 3. Ägäis, Toto: 20, Pl. 14, 19, 18, ZW: 172, DW: 653; 3. R.: 1. Ariporo (H. Strompen), 2. Blue Monn, 3. Wiener Wald, Toto: 28, Pl. 11, 12, 12, ZW: 68, DW: 216; 4. R.: 1. Owambo (G. Huber), 2. Amberger, 3. Las Minas, Toto: 116, Pl. 12, 10, 10, ZW: 368, DW: 1096; 5. R.: 1. Potomac (G. Bocskai), 2. Fahrewohl, 3. Oramos, Toto: 18, Pl. 11, 13, 15, ZW: 44, DW. 180; 6. R.: 1. Matadi (F. Puchta), 2. Timm, 3. Schwarze, Toto: 68, Pl. 22, 22, 15, ZW: 704, DW.: 2160; 7. R.: 1. Ostara (H. Deckers), 2. Whisky Pure, 3. Prise, Toto: 36, Pl. 14, 13, 20, ZW: 144, DW: 580; 8. R.: 1. Napoleon (L. Mäder), 2. Ensor, 3. Sachsenprinz, Toto: 84, Pl. 22, 13, 20, ZW: 252, DW: 880; 9. R.: Naseweis (L. Mäder), 2. Appia, 3. Alaskon o. W. und Araguaia, Toto: 32, Pl. 15, 42, 19, ZW: 436, DW: 2344.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 9, 22, 34, 37, 45, 48, Zusatzzahl: 19. – Spiel 77: 9 4 7 9 5 0 3 **Rennquintett:** Pferdetoto: 15, 9, 7. – Pferdelotto: 3, 13, 14, 15. – **Toto:** Elferwette: 0, 0, 1, 0, 0, 1, 1, 1, 0, 1, 0. (Ohne Gewähr).

REITEN

Am höchsten sprang nun Beethoven

sid, Dortmund

Der Rekordsprung über 2,27 m des Schweizers Walter Gabathuler war einer der Höhepunkte beim Dortmunder Hallen-Reitturnier. Vor 10 000 Zuschauern überwand sein Pferd Beethoven im vierten Stechen des Mächtigkeitsspringens als einziger die 2,27 m hohe Mauer und verbesserte damit die seit 22 Jahren bestehende Hallen-Bestleitung von Alwin Schockemöhle auf Winzer um fünf Zentimeter.

Schockemöhle hält aber nach wie vor mit 2,25 m die Bestmarke bei einem Freiluftturnier, erreicht 1965 in Köln auf Exakt. Den Weltrekord sprang 1949 auf dem speziell auf Hochsprung trainierten Huaso der Chilene Alberto Morales mit 2,47 m.

In der Entscheidung des Mächtigkeitsspringens, wo durch Hallenchef Hermann Heinemann zusätzliche 4000 Mark als Prämie bei einem Rekordsprung winkten, hatten Wilhelm Bettinger (Aegidienberg) auf Windy und der Ire Eddie Macken auf Royal Kion im Kampf gegen die Mauer keine Chance und wurden gemeinsame Zweite.

Der Grand-Prix-Special der Dressurreiter am Sonntagmorgen brachte der Deutschen Elite die ersten beiden Plätze ein. Sieger wurde Weltmeister Dr. Reiner Klimke (Münster) auf dem Westfalen Ahlerich mit 1456 Punkten vor Europameister Dr. Uwe Schulte-Baumer (Mettingen) auf Slibovitz (1405). und der Dänin Anne-Grethe Jensen auf Marzog (1387).

Die Dänin hatte am Freitag durch ihren Erfolg im Grand Prix die sieggewohnten Deutschen wachgerüttelt. Bundestrainer Harry Boldt sagte anschließend: „So ein Schuß vor den Bug ist manchmal ganz gut, denn ständiges Siegen macht auch nachlässig."

Heiß auf den Erfolg war vor allem Weltmeister Klimke, der die 30 Lektionen vor 4000 Zuschauern voller Konzentration herunterspulte, so daß ihn alle fünf Richter auf den ersten Platz setzten. Klimke: „Die neue Aufgabe ist sehr reizvoll zu reiten, verlangt aber unwahrscheinlich viel Kondition vom Pferd."

Der Journalist Werner Höfer wird 70 Jahre alt

Weltpolitik mit Wein

Immer, wenn das Mittagsforum mit den sechs Gesichtern aus fünf Ländern zu Ende geht, hebt Werner Höfer gravitätisch das Glas. Und was er dabei hofft, hoffen mit ihm allsonntäglich rund fünf Millionen. Daß mehr Frieden komme in diese Welt, zum Beispiel. Daß mehr Ehrlichkeit einzöge in die garstige Politik. Daß ...

Während der 30 Jahre, in denen der Diskussionsmaster mit der sonoren Stimme und dem unverwechselbaren Kopf diese Sendung moderiert – seine ureigene Idee, „das Kind meiner Lenden", wie er versichert, – hat Werner Höfer manche Gemüter aufeinander losrennen lassen, immer rechtzeitig mit dem Stoppschild zur Hand und mit dem versöhnlichen Trost am Ende. Ohne allen Zweifel: Der Frühschoppen auf der Mattscheibe hat manchen erst entdecken lassen, daß Politik auch unterhalten kann.

So begeht denn dieser Werner Höfer – „armer Leute Kind", wie der in Kaisersesch an der Mosel geborene Sohn eines Straßenbaumeisters gerne hervorkehrt – heute seinen Siebzigsten. Der Weinkenner wird nun das Glas zu seinen eigenen Ehren heben, einen weiten Blick zurückwerfen, mit sich selbst wahrscheinlich sehr, sehr zufrieden. „Ich bin glücklich", hat dieser studierte Philosoph und Historiker, einer der bekanntesten deutschen Journalisten, schon oft gesagt, „ich bin glücklich, daß sich meine Träume erfüllt haben."

Alle freilich nicht. Nur zu gerne wäre er Intendant des Westdeutschen Rundfunks geworden. Als Fernsehdirektor dieses Senders hatte er sich 1975 um jenes Amt beworben, war dann aber von dem kundigen Verwaltungsfachmann Friedrich Wilhelm von Sell ausgestochen worden. Höfer nahm bald den Hut; das Fernsehen sei ihm zu bürokratisch geworden, begründete er nicht ganz ehrlich seinen Abgang.

Mit einem kurzen Gastspiel als diplomatsicher Korrespondent beim „Stern" kehrte er zum gedruckten Medium zurück, dem er schon früher gedient hatte: bei der „Neuen Illustrierten" etwa, früher noch kurze Zeit beim „Rheinischen Merkur", noch früher – in den Dreißigern – beim „Neuen Tag" in Köln, beim „Signal" in Berlin, schließlich auch – nicht zu leugnen – bei der NS-treuen „BZ am Mittag". Aber was immer Werner Höfer in seinem Leben war und angepackt hat, nichts kam der einen Idee gleich, die er allwöchentlich nicht nur verwirklicht, sondern richtiggehend zelebriert: den „Internationalen Frühschoppen".

Was macht's, daß ein guter Teil des hier Geplauderten nicht sonderlich kompetent ist? Immer wieder zieht Höfer ganz bewußt den Allroundjournalisten dem Spezialisten vor, getreu seiner eigenen Selbsteinschätzung. „Ich bin ein Mann mit totaler Halbbildung", hat er mehr als einmal bekannt. Und was sich in der Zeitung eben noch so kompliziert haben mochte – hier wird's plötzlich einfach, und zwar nicht etwa, weil Höfer mit treffenden Kurzformeln Tatbestände klarlegte (das käme der Quadratur des Kreises gleich), sondern weil er alles in den herrlichen Nebel einer halb gemütvollen, halb ästhetizistischen Weltbetrachtung taucht. Hier wird Politik als Beschaulichkeit serviert.

Das hat seine glänzende und seine gefährliche Seite, aber es verwundert kaum. Schon den Nationalsozialismus hat Höfer, wie er einmal gegenüber Ben Witter bekannte, von einem ganz unpolitischen Standpunkt her gewertet:



Mit seinem „Internationalen Frühschoppen" zeigte er, daß Politik auch unterhalten kann: Werner Höfer FOTO: SCHULZE-VORBERG

„Es waren Stilfragen, die mich belästigten. Die Nazi-Uniform war zu häßlich ..."

Ohne allen Zweifel liebt sich dieser Mann mit dem virtuosen Pathos selbst über alle Maßen. „Wenn ich eine Frau wäre, würde ich mich heiraten", hat er sich einmal gegenüber der Frauenzeitschrift „Für Sie" gelobt. Durchaus ein sanfter Narzißmus, aber keiner, dem es um die genüßliche Betrachtung der eigenen Tüchtigkeit geht. Nein, er hat einfach „viel Glück gehabt", sagt er immer wieder. Das Glückskind also ist es, das Höfer an Höfer am meisten gefällt.

In Wirklichkeit freilich gibt es da etwas, das weit vor Glück und Verstand (einem zweifellos bestechenden Verstand) rangiert: der Fleiß. Werner Höfer hat in diesen 30 Jahren nur siebenmal gefehlt. Auch aus seinem Urlaub kehrte er jeweils pünktlich zu seinem Frühschoppen nach Köln zurück. Mögen andere weit reisen – Werner Höfer holt die internationale Welt an seinen Tisch.

HERMANN A. GRIESSER

KRITIK

Die Stunde der Reimreservisten

Die Bundesrepublik rüstet wieder zum Kampf um die Träller-Medaille 1983, den „Grand Prix d'Eurovision de la Chanson". Zwölf sprachgewaltige Männer und Frauen haben geschuftet und geschwitzt, um Lyrismen zu ersinnen, die stimmgewaltige Interpreten männlichen wie weiblichen Geschlechts vortrugen. Und unsere deutschen Tonsetzer, die die drei Grundharmonien aus dem Effeff beherrschen, schufen Melodien von internationalem Format: Vom „Frühlingsrauschen" über „Chariots of Fire" bis hin zum französischen Chanson kam alles irgendwie ein bißchen zu Gehör.

Ein Lied für München (ARD) galt es zu schreiben, und es zeigte sich, daß unter uns jede Menge Reimreservisten wohnen. „Ich mag dich", verkündete Costa Cordalis, und das haben wir ja nun wirklich lange nicht mehr gehört – bis auf die Melodie, die schon einmal ein Erfolg war. Auf den süßen Vogel Jugend setzte eine Dichterin, die ihr Geisteskind „Mit Siebzehn" überschrieb. Kam etwas Ähnliches nicht bereits vor? Und einer beherrschte sogar souverän den Binnenreim: „Mein Hit heißt Susi Schmidt." Das war vielleicht ein lustiges Lied!

Carolin Reiber hatte sichtlich Mühe, souverän durch den Abend zu führen. Das lag nicht zuletzt an den läppischen Zwischentexten (weiß der Himmel, wer ihr die geschrieben hat!), mit denen sie sich von Lied zu Lied hangeln mußte. Dem Niveau des Dargebotenen waren sie jedenfalls voll angepaßt.

Der Beitrag von Volker Lechtenbrink und Michael Reinecke machte schließlich das Rennen: Mit „Rücksicht" wird die Gruppe Hofmann und Hofmann am 23. April für die Bundesrepublik antreten. Sicherlich das Erträglichste, was in diesem Festival der Mittelmäßigkeit zu Gehör kam.

PS: Herr Siegel hat sich dieses Mal nicht am Rennen beteiligt. Nun ja, man kann nicht immer einen Jahrhundert-Hit wie im letzten Jahr liefern. Genies brauchen Denkpausen, die seien ihnen gewährt.

RAINER NOLDEN

Vergessen hatte keiner von ihnen

Mußte die Dokumentation nicht böse Geister auf den Plan rufen: Britische Zerstörer, die auf Schiffbrüchige schossen; GIs, die deutschen Gefangenen mutwillig Verletzungen zufügten; die Vernichtung des Lazarettschiffes „Tübingen" und andere Verstöße der Westalliierten gegen Haager Landkriegsordnung und Genfer Konvention, wie sie in **„Kriegsverbrechen – nach den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle – Westfront: 1939–1945"** (ARD) gezeigt wurden? Doch es scheint: Die Lübbe-TV-Produktion für den Westdeutschen Rundfunk war eine rettende Tat.

Dankenswerterweise zählte zu den Autoren des Films neben Wolfgang Venohr und Michael Vogt auch der amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas. Nach der Lektüre von 226 Aktenbänden kam er zu dem Resultat: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle hatte mit bemerkenswerter Genauigkeit gearbeitet. Das ergab auch ein Vergleich mit Akten in amerikanischen, britischen, französischen und schweizerischen Archiven. Mehrere Betroffene von Völkerrechtsdelikten sagten vor der Kamera aus: Neben Deutschen auch der Überlebende eines Massakers, das von Angehörigen der SS-Totenkopfdivision an britischen Gefangenen verübt wurde.

Vergessen hatte also keiner der Betroffenen. Blieben aber bei ihnen auch Ressentiments zurück? Das wurde aus den Interviews nicht ganz deutlich. Die Disproportion des Filmes – ein deutsches Delikt neben diversen alliierten – war durch die Thematik geboten und nicht charakteristisch für die tatsächliche Lage. Und WDR-Programmdirektor Heinz-Werner Hübner stellte eines klar: Das größte Verbrechen des NS-Staates – der Genozid an den Juden – hatte nichts mit Krieg und deswegen auch nichts mit Kriegsverbrechen zu tun.

GISELHER SCHMIDT

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Feuern wir den Lehrer
11.40 Drei Welten – eine Chance
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Schneemänner mit Herz
Spielfilm für die ganze Familie
Drei Väter werden vor ungewohnte Aufgaben gestellt: Sie müssen – dem sanften Druck ihrer Frauen folgend – auch ihre kleinen Kinder, sechs an der Zahl, mit in den geliebten Skiurlaub nehmen. Der war bisher reine Männersache.

17.35 Die Klemmgeschichten
Nach dem Buch von Elisabeth Stiemen

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (5)
Mit Sam Waterston u. a.
Bomben auf Hiroshima und Nagasaki
1945 – Der Krieg in Europa ist fast vorüber – nicht so in Japan. Der erste Atombombenversuch ist ein absoluter Erfolg. Die Vorbereitungen für den Abwurf der Bombe über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki sind in vollem Gang.

21.15 Kriegsverbrechen
Nach den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle.
Ostfront: 1939–1945
Zu Wort kommt der polnische Publizist und Historiker Janusz Piekalkuwicz, der 1944 im Warschauer Getto-Aufstand gegen die Deutschen gekämpft hat.

22.00 Solo für Spaßvögel
Mit der Schweizer Gruppe Mummenschanz

23.00 Das Nacht-Studio
Unterwegs
Ungar.-poln. Spielfilm, 1979
Regie: Marta Meszaros
(Wh. von 1981)
Auch in diesem Film der namhaften ungarischen Regisseurin geht es um Probleme heutiger Frauen.

00.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Schwierige Lernsteuerung
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Lassie
In letzter Minute

17.00 heute

17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Marco Bakker, Ba-be

17.50 Ein Colt für alle Fälle
Kein Weg führt aus Las Vegas (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Ein Colt für alle Fälle
Kein Weg führt aus Las Vegas (2)

19.00 heute

19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk

20.15 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Der Finger
Diesmal geht es um einen von jährlich 1,4 Millionen Arbeitsunfällen und seine Folgen. Ein Facharbeiter verletzt sich im Betrieb an einer Maschine und behält trotz sofortiger Behandlung durch den Unfallarzt und trotz mehrerer Operationen einen versteiften Finger zurück.

21.00 heute-journal

21.20 Der Stille Ozean
Fernsehspiel nach Gerhard Roth
Regie und Kamera Xaver Schwarzenberger

22.50 Zeugen des Jahrhunderts
Der heute 76jährige Dr. Kurt Birrenbach ist Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und war in vielen Gremien, auch als Senator der Max-Planck-Gesellschaft, führend tätig. Als er 1976 nicht mehr für den Bundestag kandidierte, wurde das allgemein bedauert.

23.50 heute

III.

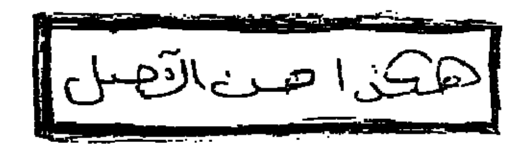
WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
21.45 Landesspiegel
22.15 Spaziergang im Wald
Engl. Fernsehfilm
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Berufsausbildung
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
21.15 Stadtgeschichten
22.45 Dr. Mambos Musikjournal
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
Ein europäisches Journal
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
Amerik. Kriminalserie
22.00 Filmmagazin
22.50 „Gandhi"
Entstehungsgeschichte eines Films

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
19.00 Unternehmen Haushalt
19.35 Bonanza
Die Thomas Bowers Story
20.25 Menschen unter uns
„... und es muß doch fliegen"
21.25 Soap – oder: Trautes Heim (24)
21.50 Sonderangebot:
Nachtbilder (1)
Vier Kurzfilme des Verbands Deutscher Nachwuchsfilm e. V.

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Der Major und das Mädchen
Amerik. Spielfilm, 1942
20.40 Das historische Stichwort
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Aus Forschung und Lehre
22.50 Rundschau



Pankraz, Gabrielle und die Liebe ohne Sex

...uch Mick Jagger, liest Pankraz in der Zeitung „The Vil...e Voice", habe sich nun der ...libatären Schickeria" ange...lossen. „Es erspart mir eine ...nge Probleme", soll der Rock... dazu gesagt haben. Das soge...nnte „neue Zölibat", die öffent...h proklamierte sexuelle Ent...tsamkeit, ist der letzte Schrei ...den intellektuellen Zirkeln Ka...orniens und New Yorks. Die ...wegung hat schon ihre Kultfi...ren, so Andy Warhol und den ...rflossenen kalifornischen Gou...neur Jerry Brown, und sie hat ...e Theoretikerin: die Dozentin ...brielle Brown von der Univer...ät Berkeley, deren Standard...rk „Liebe ohne Sex" soeben ...h auf Deutsch (bei Ullstein) ...chienen ist.

...andelt es sich wirklich nur ...ı eine neue Schickeriawelle? ...rmuten könnte man es, denn ... Schickeria tut bekanntlich ...mer das, was die große Masse ...ht tut. „Während unten im ...uterrain der Heizer zu ‚Lady ...atterly' greift, sind sie oben in ... Beletage schon wieder bei ...ke", konstatierte einst Robert ...umann. Der allzu prompte Er...g der Sexrevolution, das ...rchsickern der sexuellen Li...tinage bis ins letzte Dorf von ...terwald, die stramme Sexbe...ßtheit auch des letzten Nor...lbürgers hat den Paradiesvö...n jede Möglichkeit genom...n, in erotischen Dingen aufzu...mpfen oder neue Felder zu ...decken. Was liegt also näher, ... das Pendel zurückschwingen ...lassen und als das Feinste vom ...nen zu proklamieren, was man ...ben noch als Schwarzbrot und ...ießermanna abgetan hat.

...as Problem selbst freilich ist ...nit nicht erledigt. Und Ga...elle Brown macht es sich zu ...ht, wenn sie in ihrem Buch ...ar mutig die Frage formuliert: ...ibt es Liebe ohne Sex?", sich ...r dann um eine solide Ant...rt herumdrückt und sich da..., begnügt, gegen den Streß ...d den Leistungsterror der Sex...ellschaft zu wettern und die ...lassenen Wonnen des „neuen ...libats" zu preisen. Schließlich ...an man gegen sexuellen Lei...ngsterror sein und trotzdem ... Meinung vertreten, daß jede ...ebe sexuell getönt sei und sich ...ts aus sexuellen Antrieben ...rleite.

...ltmeister Freud dachte so, ...n Gabrielle frontal angeht, in...m sie seine Methode, alles auf ...bido herunterzuanalysieren, ...rantwortlich macht für die Sex...ssenheit der Gegenwart. Die ...ychoanalytiker, so meint sie, ...tten in der Gesellschaft die Il...sion erzeugt, alles sei in Butter, ...nn es nur im Bett „richtig ...ppt". So sei die Sexualität ...llig losgelöst von „wirklicher ...be", weithin zu einem Ersatz...jekt für mangelnden Erfolg auf ...deren, nichtsexuellen Gebie...n geworden. „Wie das Geld ...d sie dazu benutzt, Macht, ...llung und Ruhm zu kaufen ...er zu verkaufen ... Und immer ...h neigen die Sexualtherapeu... dazu, verringertes sexuelles ...eresse als krankhaft einzustu...i. So darf es nicht mehr weiter...en ...

...s folgt eine sehr interessante ...fzählung von Formen der Zuneigung und der Hingabe, von Liebe also, die nach Gabrielles Auffassung ganz ohne Sex auskommen. Da sind die alten Ehepaare, die seit Jahren keine sexuellen Beziehungen mehr zueinander haben und deren Verhältnis dennoch keineswegs nur durch Gewöhnung und Routine bestimmt ist, sondern gerade durch einen derart intensiven Grad von liebevoller Verbundenheit, daß aktive Sexpaare dadurch beschämt werden. Da sind jene rätselhaften Verbindungen, bei denen sexuell nichts klappt und wo jeder Partner seine eigenen Abenteuer sucht, um am Ende doch immer wieder zum anderen zurückzukehren, an den er untrennbar gekettet scheint.

Da sind ferner Mutter- und Geschwisterliebe, da ist der Eros zwischen Erzieher und Zögling, da ist die höfische Liebe des Mittelalters, deren Pointe in der Nichterfüllung lag, da ist die Liebe Gottes und die Liebe zum Tier. Für Freud und die Psychoanalyse sind alle diese Liebesformen letzten Endes doch nichts weiter als Emanationen, Variationen und Verspiegelungen einer durch und durch körperlichen Sexualität. Die (sexuelle) Basis bestimmt das Bewußtsein. Das Buch der Gabrielle Brown hingegen legt einen genau umgekehrten Liebesbegriff nahe. Ohne es ausdrücklich zu sagen, postuliert es eine allumgreifende, metaphysische Liebe, die wie ein Ferment die Lebenswelt durchzieht und der sich eben auch die Sexualität bedienen muß, um überhaupt erst wirklich attraktiv zu werden.

Die sexuellen Akte, Frau Brown konstatiert es, sind im wesentlichen Wiederholung, ihre Variationsbreite ist begrenzt. Die Möglichkeiten der Liebe aber tendieren zum Unendlichen. Sexualität ohne Liebe gerät schnell zur platten Bedürfnisbefriedigung, Liebe ohne Sexualität jedoch kann nie befriedigt werden, sie hört nicht auf und sie nutzt sich nicht ab, sie ist die Wärme, die den Lebenden über die kosmische Einsamkeit hinweghilft, eine elementare und trotzdem nicht materielle, nicht reduzierbare und nicht fixierbare Daseinskraft, deren Stärke alles übersteigt, was es sonst noch an Kräften geben mag, die diversen Formen der Bosheit inbegriffen.

Die kalifornischen Diskussionen über das „Neue Zölibat" mögen eine spontane Reaktion sein auf die Überfütterung der Öffentlichkeit mit Sex, und sie mögen immerhin manchem Schickeria-Intellektuellen die Gelegenheit verschaffen, sich interessant zu machen; das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dabei wirklich um wichtige, faszinierende Dinge geht. Einige journalistische Tölpel in Deutschland haben das Ganze schon als „Ausfluß der Prüderie in Reagans Amerika" zu denunzieren versucht. Trotzdem sollte man das Buch von Gabrielle Brown lesen. Mick Jaggers Sprüche zur Sache informieren nicht hinreichend.

Pankraz

Die Kunstwerke des Vatikans in Amerika – Zur Ausstellung des New Yorker Metropolitan-Museums

Marzipanschimmer auf göttlicher Haut

Der kleine Nebeneingang, bewußt unauffällig neben der pompösen Freitreppe placiert, läßt es schon vermuten: Das New Yorker Metropolitan Museum zeigt mal wieder eine Sonderausstellung. Unter der Markise am Eingang, geschmückt mit den gekreuzten Schlüsseln von St. Peter, drängeln sich die Besucher zur neuen, just eröffneten Ausstellung ‚The Vatican Collections ...' Ganz ähnlich wie ihre Vorgänger, u. a. ‚King Tut' und ‚The Search for Alexander', so wurde auch dieses Mammutunternehmen mit viel Pomp und Fanfarenstößen angekündigt. Einen Monat lang fanden hier, noch vor der Eröffnung, private Gala-Dinners statt. Da hatten sich Henry Kissinger und Terence Cardinal Cooke, umgeben von päpstlicher Kunst, die Hände geschüttelt, und das ‚Volk', vorläufig noch nicht zugelassen, durfte über die Kunst und das Händeschütteln höchstens in der Zeitung lesen.

Nun darf, jeder, der 4 Dollar für eine Karte im Vorverkauf ausgeben will, hier hinein. Doch der erwartete Ansturm des Publikums blieb aus: Die Schlange, die heute hier brav auf den 11-Uhr-Einlaß wartet, kann kaum darüber hinwegtäuschen, daß der Kartenverkauf alles andere als munter war. Mitte Februar waren kaum die Hälfte der 600 000 Tickets verkauft. Und obwohl es inzwischen etwas aufwärts geht, ist doch schon abzusehen: Die Päpste mit all' ihren Kunstschätzen können es nicht mit dem ägyptischen Königsknaben ‚Tut' aufnehmen – dessen Ausstellung war nämlich binnen 6 Tagen komplett ausverkauft.

Am Eingang zur Ausstellung grüßt ein Plakat mit dem Konterfei des gepflegt-soignierten Philippe de Montebello, Direktor des Metropolitan-Museums. Ein Telefonat, das Montebello mit Kardinal Cooke geführt hat, soll angeblich der Anstoß zu dieser Ausstellung gewesen sein. Verhandlungen mit dem Vatikan folgten, Papst und Kurie segneten die Idee ab, und durch die großzügige Unterstützung von Philip Morris und PanAm (die die Kunstschätze umsonst transportierten) wurde sie schließlich möglich.

Nun sind hier 237 ausgewählte Stücke aus den Beständen des Vatikans zu sehen und das Museum hofft, mit ihnen die Geschichte der Päpste als Sammler und Mäzene zu illuminieren.

Die ersten Räume der Ausstellung erinnern an Krypten. Raum nach Raum, durch den milchkaffeefarbenen Anstrich noch düsterer wirkend, zeigt früh-christliche Schätze: Emails, Grabplatten, Mosaike. Spektakulär und großzügig ist das installiert, oft stehen die Objekte auf eigens angefertigten Sockeln oder beherrschen eine ganze Wand. Dramatisch in Szene gesetzt und beleuchtet, erhalten viele der Kunstwerke eine ganz andere Gewichtigkeit als im Vatikan, wo sie oft auf eigenem Raum und gelegentlich recht lieblos zusammengepfercht, miteinander leben mußten.

Diese Ausstellung, das wird offenbar, ist von geschickten Profis „inszeniert", – in diesem Falle von Stuart Silver, der sich schon als Designer der ägyptischen „King Tut"-Ausstellung bewährt hatte. Für Mr. Silver ist Kunst eine Sache der Präsentation, und Geistesgeschichte eine Serie von Farben und Lichteffekten. Auf 2200 qm hat Silver eine gigantische Kulisse aufgebaut, einen Rahmen, vor dem die Vatikan-Kunst „wirkt" und wo sie mit geschickter Beleuchtung und Placierung auch beliebig „dramatisiert" werden kann.

So kann der Besucher gleich spüren, wie er sich vom dunklen Mittelalter hin zur lichtdurchfluteten Klarheit der Renaissance bewegt. Die kräftigen romanischen Rundbögen strecken sich, die warmen Wandfarben werden kühler, helles Tageslicht – und gleichzeitig der Apoll von Belvedere – werden sichtbar. Nicht, daß der Apoll, makellos reingeschrubbt und aus vielen Fragmenten wieder neu zusammengesetzt, einfach so im harschen künstlichen Tageslicht stünde. Vielmehr gibt es da irgendwo eine zartrosa Glühbirne, die einen warmen Marzipanschimmer auf die Marmorhaut des Gottes wirft. Unterstrichen wird diese Wirkung noch durch den aprikosenfarbenen Rundbogen, der sich hinter der Statue wölbt – doch nicht allzu nah, so daß man des Gottes knackige Hinterseite, im Vatikan vor neugierigen Blicken sicher, ebenfalls genießen kann. Ganz offensichtlich ist dieser Raum als Höhepunkt der Ausstellung zu verstehen. Das wird schon aus der Konzentration von Meisterwerken pro Quadratmeter deutlich: neben dem Apoll von Belvedere sind hier nämlich noch der berühmte „Belvedere Torso" und ein riesiger Wandteppich, „Der wunderbare Fischzug", nach einem Entwurf von Raffael, zu sehen. Andächtig verweilt das Publikum im Tageslicht, bei den Göttern. Und, weil sich hier bei der Hochrenaissance auch die erste Müdigkeit einstellt, sitzt man ein wenig auf den Bänken, die Mr. Silver in seiner New Yorker Version des Belvedere-Gartens aufgestellt hat. Die Harmonie der Szene wird leider ständig durch das schrille Piepen der Alarmanlagen gestört, die jedesmal ertönen, wenn ein Besucher der Kunst zu nahe tritt.

Die Werke sind in makellosem Zustand, Resultate eines Abkommens, das das Metropolitan-Museum mit dem Vatikan traf, um die Übergabe der Kunstschätze schmackhafter zu machen. 580 000 Dollar zahlte das Museum an den Vatikan, der dann die Restaurierungen in situ ausführen ließ. Tadellos ausgebessert, präsentieren sich nun kunstgestopfte und -geflickte Gobelins und päpstliche Stolen, von gleißenden Goldfäden durchwirkt. Die Gemälde wirken so frisch wie gestern gemalt.

Obwohl die Gemäldegalerie Eindrucksvolles bietet – u. a. Poussins „Martyrium des Heiligen Erasmus", zu glanzvoller Klarheit hochrestauriert, da Vincis unvollendeten und dennoch ergreifenden „St. Jerome", bleibt diese Kunst, fast durchgehend in dicke Plexiglasrahmen versenkt und oft auch noch mit eigenem Hygrometer und Thermostat versehen, ganz fern und steril. Die Seufzer und zahlreichen Begeisterungsschreie des Publikums können nicht darüber hinwegtäuschen: Diese Galerie mit ihren Hygrometern hat den Charakter einer Intensivstation.

Interessantes läßt sich über päpstliches Kunstverständnis im Wandel der Zeiten beobachten. Waren die Päpste des 16. und 17. Jahrhunderts noch kundige und leidenschaftliche Sammler und Mäzene gewesen, läßt die Passion ihrer Nachfolger für die Künste spürbar nach. Besonders in der Neuzeit wird das evident: Da hängen ein paar kümmerliche sakrale Werke von Rouault, Ben Shahn, Graham Sutherland – deutlicher Beweis, daß die Päpste der Neuzeit entweder gänzlich die Sammellust verloren oder, wie ein New Yorker Kritiker vermutet, Kunst schlechthin als „zu liberal" angesehen haben.

Der sonst so phantasievolle Mr. Silver scheint vor dieser einfallslosen Dürre ebenfalls die Waffen gestreckt zu haben. Keine Kulissen beleben mehr das Bild. Diese Farben verblassen und die Lichteffekte sind auf ein Minimum reduziert. So tröpfelt die große Vatikan-Ausstellung sich ganz undramatisch aus, und der anfängliche Fanfarenstoß wird zum kümmerlichen Piepen der Alarmanlagen.

VERA GRAAF

Makellos reingeschrubbt und aus vielen Fragmenten wieder neu zusammengesetzt: der Apollo von Belvedere. Aus der New Yorker Vatikan-Ausstellung. FOTO: KATALOG

JOURNAL

Auftrittsverbot für sowjetische Sänger

AFP, Mailand

Der politische Kulturstreit zwischen Italien und der Sowjetunion hat neue Opfer gefunden: Die Mailänder Scala wurde von den sowjetischen Behörden davon unterrichtet, daß die drei Sänger Alexej Steblianko, Juri Monolow und Alexander Woroschilow nicht, wie geplant, in der Oper „Convitato di Pietra" von Dargomiszki auftreten werden. Die Scala hat gegen das „Njet" protestiert. Bereits vor zwei Wochen hatten die sowjetischen Behörden drei Sängern die Ausreise zu Auftritten an der Oper in Neapel untersagt. Hinter dieser Haltung steht möglicherweise die Festnahme des stellvertretenden Handelsdirektors der Aeroflot in Rom, Viktor Pronin, und eines Direktors der italienisch-sowjetischen Handelsgesellschaft „Nafta-Italia", Viktor Konajew. Beide stehen unter Spionageverdacht.

Europarat-Schau über Portugals Entdeckungen

dpa, München

Das kulturelle Klima in der Renaissance, die großen überseeischen Entdeckungen Portugals und somit ein Blick über den Kontinent hinaus stehen im Mittelpunkt der bevorstehenden 17. Europäischen Ausstellung für Kunst, Wissenschaft und Kultur in Lissabon. Für die Schau des Europarats vom 7. Mai bis zum 30. September 1983 kommen neben den Beiträgen Portugals Leihgaben aus den 20 anderen Mitgliedsländern, dazu aus den nordamerikanischen Staaten, Afrika, aus Südamerika und dem Fernen Osten. Auf knapp 20 Millionen Mark – die erheblichen Gelder für die Restaurierung der fünf portugiesischen Ausstellungsorte eingerechnet – werden die Kosten für die Ausstellung geschätzt, die rund 1500 Stücke umfassen soll.

„Opera comique" erneut vor der Schließung?

AFP, Paris

Die „Opera comique", Zweitbühne der Pariser Oper, scheint wieder einmal von Schließung bedroht. Das traditionsreiche Haus hat gerade in letzter Zeit die Hoffnung aufkommen lassen, daß Paris endlich so etwas wie eine Art Volksoper mit ständigem Ensemble erhält, an dem junge Kräfte herangebildet werden und dem Pariser Publikum das Erlebnis bodenständiger Opernkultur vermittelt wird. Jahrelang blieb die „Opera comique" faktisch geschlossen, bis nach dem Regierungswechsel im Mai 1981 die Wiedereröffnung vom Operndirektorium beschlossen wurde. Doch je mehr sich die Übernahme der Leitung durch den Italiener Massimo Bigianchino im Herbst 1983 nähert, verdichten sich die Gerüchte um die bevorstehende Schließung der „Opera comique".

„Die Tunisreise" von Klee, Macke, Moilliet

DW. Bonn

Nach der Station Münster, wo die Ausstellung „Die Tunisreise" im Westfälischen Landesmuseum erarbeitet wurde und wo sie mit 180 000 Besuchern die erfolgreichste Veranstaltung im dortigen Museum war, ist die Ausstellung nun im Städtischen Museum Bonn als der zugleich letzten Station zu sehen. „Der Klee freut sich wie ein Kind, der wird die Augen aufmachen", schrieb die Mutter von Louis Moilliet, kurz bevor die drei Maler Klee, Macke und Moilliet zu ihrer legendären Reise im April 1914 nach Tunesien aufbrachen. Für die drei war die Reise eine Offenbarung (Klee: „Die Farbe hat mich"), für den Betrachter von heute sind die rund 220 Ölbilder, Aquarelle und Zeichnungen eine Augenweide. Der opulente Katalog (35 Mark), mit Handbuch-Qualitäten, enthält auch erstmals publizierte Photos aus dem Macke-Nachlaß. (Bis 24. April)



August Macke: „Caféhaus in Tunesien"

Gutes Kinojahr in Frankreich

DW. Bonn

Die französische Filmwirtschaft gab unlängst die offiziellen Zahlen für ihr Kinojahr 1982 bekannt. Danach konnte der Umsatz um 19,46 Prozent gesteigert werden. Bei den Besuchern erreichte man mit 200 453 000 ein Plus von 6,84 Prozent. Damit konnte die magische Grenze von 200 Millionen Besuchern zum ersten Mal seit 1968 wieder überschritten werden. Der einheimische Film erfreut sich ungeheurer Beliebtheit. Mit 53,3 Prozent (gegenüber 49,5 Prozent im Vorjahr) führen die Produktionen aus eigenen Ateliers weit vor den USA, die mit einem Marktanteil von 29,9 Prozent ihr Vorjahresergebnis knapp verfehlten.

...r Film „Bella Donna"

...n alten ...olvo quer ...rch Berlin

...elodramen müssen maßlos ...sein, maßlos schön und maß...aurig. Das wußte Rainer Wer...assbinder ebenso gut wie sein ...Douglas Sirk, das weiß auch ...Österreicher Peter Keglevic. ...eigt schon der Auftakt seines ...n Spielfilms „Bella Donna", ...im Kino der großen Gefühle ...n Platz für die Regeln der ...rscheinlichkeit ist.

...wird der klapprige Volvo des ...en Träumers, Saxophonisten ...Bankrotteurs Fritz (Friedrich-... Praetorius) mit einem Taxi ...echselt. Eine mondäne alte ...e namens Jutta möchte quer ...h Berlin kutschiert werden. ...sofort ist Fritz wie verzaubert ...seiner verschleierten Passagie.... Mit ihm staunt der Zuschauer. ...nnt er doch in ihr Brigitte Hor... die als runzlig-schöne Zeugin ...goldenen Ära des deutschen ...s fast sich selbst spielt.

...n Anlegesteg des Haveldamp... verliert Fritz Jutta aus den ...en. Doch wenig später stößt er ...dem Schiff mit seinem Schick...usammen. Es heißt Lena (Kry...a Janda) und ist Sängerin: ...d, mit laszivem Hüftschwung ... jenem verruchten Hauch in ...Stimme, mit dem einst Marlene ...rich die Männer verwirrte.

...eglevic, der schon zwei „Tat...-Krimis vor serienmäßiger ...geweile rettete, stürzt seine ...den in einen schwindelerregen... Reigen fiebriger Begegnun..., schriller Streitereien und ver...ifelter Versöhnungen. Nicht ... Fritz, auch die anderen Perso..., die um das magische Kraft...trum Lena kreisen, sind liebe... gezeichnet: Der galante Kava... Max (Erland Josephson), der ... mit bitteren Aphorismen seine ...gheit versüßt, Lenas vom Tod ...eichnete Freundin Flo (Ilse Rit... und Fritz' betrogene Geliebte Maria (Angela Gockel). Kein Zweifel, der Regisseur zitiert gern. Sein glühbirnenbunter Haveldampfer etwa gleicht jenen gleißenden Schiffen, die wie exotische Verheißungen durch Fellinis Filme ziehen.

Doch Keglevic jongliert mit solchen Motiven wie mit kostbaren Gläsern. Wenn wirklich einmal ein Kunststück mißlingt, bringen ihm auch die Scherben noch Glück. Denn die Komik, meist nächster Nachbar, aber auch ärgster Feind des Melodrams, wird hier mit der Tragik versöhnt. Edward Klosinskis Kamera gibt nicht nur der Großstadtnacht den verlorenen Zauber zurück, sondern spinnt die sensiblen Darsteller geschmeidig in einen Kokon aus Melancholie ein.

Ein Film, in dem der Regisseur wie seine Helden in jeder Minute alles riskiert, ein waghalsiger Seiltanz zwischen Kunst und Kitsch und – nicht zuletzt – eine nostalgische Liebeserklärung an das Melodram.

REINHOLD SPENRATH



Runzlig-schöne Zeugin der goldenen Ära des deutschen Films: Brigitte Horney in Peter Keglevics Film „Bella Donna" FOTO: DIE WELT

Berlin: Neuenfels präsentiert Genets „Balkon"

Das Böse weggebügelt

Vor schier einem Vierteljahrhundert, als (übrigens mit mehreren Darstellern des Bösen, die jetzt wieder auf der gleichen Bühne stehen) Jean Genets Teufelsstück von Abschaum, Garstigkeit, Heiligkeit und Faszination des Bösen, von der Herrschaft einer leidenden Niedrigkeit und vom gloriosen Sog des Sexus zum ersten Mal auf deutsch erschien, gab es eine Theaterschlacht. Der Zuschauerraum brodelte. Die einen schrien grimmig Protest. Die anderen sahen in der Teufelsvision des schrecklichen (und schrecklich leidensfähigen) Franzosen eine Erlösung. Der Mann hatte für sie den totalen, den poetisch neu verbrämten, den gleisnerisch verführenden „bösen Blick". Für sie stieß er lauter Klapptüren zu einem brodelnden Unterbewußtsein auf.

Der „Balkon" signalisierte eine krasse, weltfassende, fürchterliche – und fürchterlich schöne Vision. Es war, als würde plötzlich der Deckel vom Topf menschlicher Lüste und Herrlichkeiten genommen. Es dampfte. Unrat waberte. Erkenntnis wurde auf eine bestechend giftige Weise vermittelt. Kampf im Parkett.

Jetzt erneuert Hans Neuenfels im Berliner Schillertheater die alte Vorlage. Er tut es ausführlich (4½ Stunden Spielzeit). Er wirft die Bilder der vorgefaßten Garstigkeit mit hoher Inszenierungskunst auf die Szene. Er schiebt immer wieder neue Visionen des Schrecklichen nach. Er wirft sich mit ausführlicher Wollust in den Text. Aber die Provokation scheint gestorben. Nach der Pause kleckerte nur dürftiger Beifall. Am Ende kommen nur mühsam Akklamation und ein bißchen Widerstand auf. Der Giftdampf scheint aus der Sache raus.

Dabei sieht man eine immer wieder hinreißende Aufführung. Aber der Text reißt nicht mehr hin. Mißtrauen wir, inzwischen an schon viel Gräßlicheres gewöhnt, den Spielen der Gräßlichkeit? Erschrecken wir nicht mehr? Ist Genet, der Dichter des Schlimmen, zu einem Klassiker geworden, schlimmerweise? Eher ermüdet hat man seinen Visionen von des Menschen tiefer Verderbnis zugeschaut. Eine abgefeimte Revue hat stattgefunden auf mühsame Weise. Unsere Nerven flattern bei ihrem Anblick nicht mehr. Das poetisch so abgefeimt Böse trifft uns nicht mehr am Nerv. Liegt es an Genet? Liegt's an Neuenfels?

An bösartig entzückenden Inventionen läßt er es doch wahrlich nicht fehlen. Die ganze hintere Bühnenwand: ein gewaltiger Spiegel. Alles scheint doppelt. Wir selbst sind einbezogen: Wir erblikken uns kompakt als Publikum in der gewaltigen Spiegelwand. Also, wir spielen mit. Dieser optische Einfall ist grandios.

Wenn dann die trübseligen Besucher des Bordells, in dem dies spielt, auftauchen, treten sie aus dem Publikum auf. Aha, das sind also wir! Hier werden unsere eigenen schlimmsten Träume vorgeträumt: Der falsche Bischof, der armselig lüsterne Richter, der trübselige General im Sündenpuff. Ulrich Hass, Joachim Bliese und Erich Schellow stellen sie blendend und doch immer wieder sonderbar verhüllend dar.

Bernhard Minetti, als der schrecklich schicksalmischende „Gesandte", bleibt dagegen eher Schablone. Er grimassiert. Er stößt mit dem Kinn jedem seiner Sätze ruckweise nach. Ihn macht der Text sichtbarlich nicht satt. Ein großer Schauspieler chargiert deutlich. Das macht für den Text zusätzlich bedenklich.

Elisabeth Trissenar wogt, als schöne Puffmutter des totalen Unheils, durch die Spiegelsäle des metaphorischen Bordells. Sie hat immer wieder große Momente. Aber auch sie, unter ständigem Überdruck stehend, bleibt am Ende wiederholsam, tritt schauspielerisch deutlich auf der Stelle.

Berta Drews – herrlich und faszinierend, wie sie als Stute dem General Schellow dient und ihn reizt und in sexuellen Leerlauf versetzt. Da endlich schwelt wirklich Genets Gefährlichkeit. Hermann Treusch, als der Polizeipräsident, der im Puff zu Hause ist und von dort aus gegen die Revolution seine Truppen kommandiert, ist so kalt wie hilflos.

Arm an Sehenswürdigkeiten ist der lange Abend nicht, gewiß nicht. Aber er verläuft langsam doch immer wieder in (wenn das Wort hier am Platze ist) reine Selbstbefriedigung der Regie. Das Böse leuchtet nicht. Das grundsätzlich Ordinäre der Sache ist wie weggebügelt. Neuenfels hat das Allerschlimmste allzu fein und mit ästhetisch hochgezogenem Geschmack an der Geschmacklosigkeit immer wieder nur verdünnt zur feinsinnigen Allegorik – und damit die rüde Allegorie der Angelegenheit schließlich doch verfehlt.

Man verfolgt es mit Staunen und unter gelegentlichem Daumendrehen. Panik verbreitet Genets Nachricht von der Totalität des Bösen nicht mehr. Sicher liegt das in diesem Falle an dem perfektionsbesessenen Inszenator. Oder ist die Wirkung Genets wirklich ausgebrannt? Oder liegt es (wär's ja auch möglich!) an uns selber?

FRIEDRICH LUFT

Neue Schallplatte: in memoriam Ginette Neveau

Star vor dem Prüfstand

Der Klang ist flüchtig, vergänglich. Aber wer am 3. Mai 1948 in der Hamburger Musikhalle Ginette Neveau das Brahms-Konzert geigen hörte, wird sich an zwei Dinge erinnern: an einen ungewöhnlich großen, kraftvollen und intensiven Ton und an eine in sich ruhende Musikalität von machtvoller Ausstrahlung. Der Nachklang wirkte lange.

Die damals 29jährige Geigerin wurde nach ihrem sensationellen Auftritt zum Markenzeichen für technische und künstlerische Meisterschaft. Sie hatte nur noch ein Jahr zu leben. In der Nacht zum 29. Oktober stürzte das Flugzeug, das sie und ihren Bruder Jean nach Amerika bringen sollte, über den Azoren ab.

Wie die meisten Großen ihrer Zunft war Ginette Neveau ein Wunderkind. Keine acht Jahre alt, spielte sie im Konzertsaal Bruchs g-moll-Konzert, absolvierte dann ihre Studien bei Enesco und Flesch. 1935 gewann sie gegen eine Phalanx von 180 Rivalen den Wieniawski-Preis, eine der schwierigsten Prüfungen und begehrtesten Auszeichnungen für Violinvirtuosen. David Oistrach erhielt damals den 2. Preis. Die Türen zur Weltkarriere standen weit offen. Der Tod brach sie jäh ab, kaum daß sie begonnen hatte.

Man hat die Erinnerung an Ginette Neveau aufgefrischt und die wenigen Schallplatten, die sie aufnahm, gebündelt auf den Markt gebracht. Tut man ihr einen Gefallen damit? Die genaue Kenntnis ihres Spiels war verblaßt. Sie war zur Legende geworden, ihr Ruhm zeitlos. Aber in den letzten 40 Jahren sind die Grenzen der geigerischen Virtuosität neu abgesteckt worden. Zu den schier unbegrenzten, einzigartig erscheinenden Finger- und Bogenkünsten Kreislers, Heifetzs und des jungen Menuhin gesellten sich die Oistrachs, Kogans, Rabins e tutti quanti aus dem osteuropäischen Reservoir. Mit ihrem Talent wuchsen die Ansprüche daran.

Die von EMI edierte Kassette (The HMV Treasury, RLS 739) rückt auf vier Platten die Kunst der Ginette Neveau nicht nur in helles, sondern in unbarmherzig grelles Licht. Eine Legende wird demontiert. Übrig bleibt eine große geigerische Begabung, heute im Dutzend zu haben. Ihre Technik ist sehr gut, aber nicht perfekt. Sie ist – die süßen Nichtigkeiten der Encores beweisen es – keine geborene, sondern eine gelernte Geigerin. Dem virtuosen Schaumgebäck der Piecen von W. F. Bach, Chopin, Paradis, Suk, Tartini, Ravel, de Falla, Dinicu, Scarlatescu mangelt es nicht an Eleganz und Charme. Aber unübertrefflich in puncto geigerischer Brillanz sind diese Interpretationen keinesfalls, „historisch" kann man sie nicht nennen.

Die Violin-Klaviersonaten von Debussy und Richard Strauss bewältigt sie musikalisch tadellos, aber nicht aufregender als andere, die Stücke mit Orchester irritieren insgesamt. In Chaussons schwülstigem Poeme und Sibelius' Violinkonzert gibt es schöne lyrische Passagen zu hören, aber das Finale aus dem Land der tausend Seen läßt lähmende Langeweile aufkommen. Brahms' Violinkonzert verströmt in drängenden Tempi hektisch aufgeladene Energie. Den drei Sätzen fehlt Gelassenheit.

Die stellt sich erst ein in der zweiten Aufnahme des Brahms-Konzerts, einem Live-Mitschnitt jenes anfangs erwähnten Konzerts des Norddeutschen Rundfunks in der Hamburger Musikhalle (Arcanta 40 23 314). Hier stellt sich in imperialen Zeitmaßen – sicher auch ein Verdienst von Schmidt-Isserstedts Taktstock – die große Ruhe ein, die der erzählenden Rhapsodik des ersten, der meditierenden Versenkung des zweiten und der rhythmischen Kraft des Finales gemäß ist. Diese außerordentliche Leistung ist denn doch der Erinnerung wert.

HANS OTTO SPINGEL

KULTURNOTIZEN

Das 2. Internationale Filmfestival „Kunstgeschichte und Archäologie" an der Freien Universität Brüssel findet vom 28. 11.–2. 12. statt.

Das Dresdener Schloß Übigau, unter Denkmalschutz stehend, soll jetzt renoviert werden.

„Von den Sumerern nach Babylon" heißt eine umfangreiche Ausstellung in der Brüsseler „Passage 44" (bis 3. April).

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland hat zum 16. Mai zur Sammlungsaktion „Kirchlich-diakonischer Wiederaufbau in der DDR" aufgerufen.

Arnulf Herbst ist zum neuen Direktor des Landesmuseums Wiesbaden bestimmt worden.

Mit „Werther" von Massenet wird die Saison 1983/84 an der Rhein-Oper in Straßburg unter der neuen Leitung von Theodor Guschbauer eröffnet.

„Picasso und das Mittelmeer" heißt eine reich bestückte Ausstellung in der Athener Pinakothek (bis Ende Mai).

Die „Glorreichen Fünf" servierten statt Frühstücks-TV nur kalten Kaffee

FRITZ WIRTH, **London**

Die beiden ersten Damen des britischen Fernsehens, die ihren Ruhm und Glanz vor allem der Tatsache verdanken, fremde Texte fehlerfrei ablesen zu können, verbreiteten zum ersten Mal öffentlich eigene Gedanken – und es klang nicht gut. Denn da glitten ganz eigenartige Wörter über ihre sonst öffentlich-rechtlich ausgewogenen Zungen wie „Verrat" und „Intrigen" und es endete mit der Drohung, daß „die Geschichte schon alles enthüllen werde".

Nun stand hier nicht, wie man glauben könnte, das Schicksal des Vaterlandes auf dem Spiel sondern das einer schlichten und schlechtgehenden Fernsehanstalt. Doch wie das so ist in diesem von oft uferloser Selbstüberschätzung heimgesuchten Gewerbe: Man verkaufte es wie einen Weltuntergang. Und so verloren die beiden Damen – Anna Ford und Angela Rippon mit Namen – denn auch ganz willig und aufgeregt ihre sonst so bewunderte Contenance.

Die beiden Damen gehören zu den „Glorreichen Fünf". So nannte sich hier in London seit einigen Monaten eine Riege von Fernseh-Stars, die ausgezogen war, eine „Fernseh-Revolution" zu inszenieren, denn darunter tut man nichts mehr in diesen Kreisen. Sie wollten das noch unausgeschlafene Britannien zur Frühstückszeit vor die Fernsehschirme bringen. Zu diesen „Glorreichen Fünf" gehörten außer den beiden Vorsprech-Damen noch David Frost und Michael Parkinson, die bisher in den Randgebieten von Fernseh-Journalismus und Schaugeschäft arbeiteten und dabei zu Millionären wurden, und der angesehene Journalist Robert Kee.

Angeführt wurde die Riege von Peter Jay (45), Sohn des früheren Handelsministers Douglas Jay und


Muß fortan mit einem Knick in der Karriere leben: Peter Jay.
FOTO: CAMERA PRESS

Schwiegersohn des einstigen Labour-Premiers James Callaghan. Jay hat es in seinen jungen Jahren schon zu einigem gebracht. Er war Präsident der „Oxford Union", schrieb Leitartikel für die „Times", wurde 1974 vom Nachrichtenmagazin „Times" zum „klügsten jungen Mann in England" nominiert, zwei Jahre später von seinem Schwiegervater als britischer Botschafter nach Washington entsandt und von Jimmy Carter als Tennispartner und „mein guter Freund Peter" in den Kreis der Privilegierten des „Weißen Hauses" aufgenommen.

Der Knick in dieser steilen Erfolgskurve kam, als ihm vor drei Jahren mit der Rückendeckung erster Adressen in der Londoner City wie den Rothschilds und Barcleays Bank die erste Lizenz fürs britische Frühstücks-Fernsehen zugesprochen wurde. Jay baute als erstes ein Funkhaus im Werte von umgerechnet 40 Millionon Mark und kaufte dann alles ein, was auf dem Fernsehmarkt nicht unbedingt gut, aber teuer war. Seine Anstalt wurde zur „Star GmbH".

Die Geschichte dieser „Glorreichen Fünf" und der „Star GmbH" ist kurz und schmerzhaft. Vor knapp sieben Wochen strahlte sie ihr erstes Programm aus. Am letzten Freitag erlebte sie ihre große Bruchlandung. Chairman Peter Jay mußte zurücktreten, bevor er von seinen Aktionären gefeuert wurde. An seine Stelle rückte der frühere Labourminister und heutige Präsident des britischen Zeitungsverlegerverbandes Lord Marsh und als „Managing Direktor" zog der konservative Unterhausabgeordnete Jonathan Aitken ins neugebaute Frühstücks-Funkhaus ein. Aitken ist ein später Beaverbrook-Nachfahre, der beim einstigen Finanzgenie Jim Slatar, dem größten Bruchpiloten der Nachkriegszeit in der City, in die Lehre gegangen war.

Das Scheitern dieses kommerziellen Frühstücks-Senders ist mit wenigen Zahlen zu belegen. In der letzten Woche schauten sich nur noch karge 400 000 Briten sein Programm an. Zum Vergleich: Das anzeigenfreie Frühstücks-Fernsehen der BBC hat täglich durchschnittlich 1,7 Millionen Zuschauer. Um seinen Anzeigenpreis von 7200 Mark für die halbe Minute halten zu können, braucht das kommerzielle Frühstücks-Fernsehen aber mindestens eine Million Zuschauer.

Da sie ausblieben, wurden die Anzeigenpreise in den letzten Wochen um die Hälfte gesenkt. Damit stand fest, daß Peter Jay und seine „Glorreichen Fünf" jährlich nur rund zehn Millionen Pfund einnehmen würden. Um verlustfrei arbeiten zu können, war jedoch eine Jahreseinnahme von 20 Millionen Pfund erforderlich. Als die Aktionäre des Senders von dieser Summe Wind bekamen, zögerten sie keinen Augenblick: Jay mußte gehen.

Die Lehren aus diesem Kollaps? Gewiß ist es nicht der Schluß, daß es für das Frühstücks-Fernsehen keine Zukunft in England oder gar möglicherweise in Europa gibt. Die BBC hat bewiesen, daß der verschlafene Brite durchaus schon am Morgen um sieben vor den Bildschirm zu holen ist. Sicher dagegen ist, daß es keine Zukunft für ein Frühstücks-Fernsehen nach Art des Hauses Jay und der „Glorreichen Fünf" gibt.

Denn das Ironische an diesem Duell im Morgengrauen zwischen BBC und kommerziellem Fernsehen ist, daß die BBC ein Programm produziert, das man eher von der kommerziellen Konkurrenz erwartet hatte: lockeres Pullover- und Rollkragen-Fernsehen, angereichert mit Astrologischem, Gymnastischem und betontem Hausfrauen-Appeal. Die „Glorreichen Fünf" dagegen kamen den Briten am frühen Morgen ungeheuer ausgeschlafen, mit scharfen Bügelfalten, beamtenhaft und steril ins Haus. Sie wollten nicht so sehr unterhalten, sondern sehr ehrenwerte und seriöse Nachrichten verkaufen und analysieren.

Dazu kam ein weiteres Handicap: Zuschauer-Analysen zeigten, daß der eilige Brite zwischen Dusche und Frühstücksei höchsten 15 Minuten Zeit für einen Blick auf den Bildschirm hat. Wenn ihm in diesen 15 Minuten auch noch Werbespots ins Auge flimmern, zieht er die Flucht in die anzeigenfreie Fernseh-Landschaft der BBC vor. Da halfen denn auf dem kommerziellen Kanal auch keine Stars mehr. Das fiel sogar dem nun als Retter eingesprungenen Lord Marsh auf. Er hatte das bestimmte Gefühl, als werde hier das falsche Programm von den falschen Leuten fürs falsche Publikum gemacht.

Der Kollaps der „Glorreichen Fünf" und ihres Anhangs ist jedoch noch aus anderen Gründen bemerkenswert. Die meisten von ihnen wie David Frost, Peter Jay und die nun als Nothelfer eingesprungenen Jonathan Aitken und Lord Marsh sind Männer derselben Generation. Sie gehörten zu den „Jungen Meteoren" der sechziger Jahre, die einst voller Enthusiasmus auszogen, das Fernseh-Establishment mit neuen Ideen aus den Angeln zu heben. Nun, da ihnen dazu die Chance und das Geld gegeben wurde und da sie selbst Teil des Establishments sind, müssen sie erkennen, daß die Ideen der sechziger Jahre nicht mehr zeitgemäß sind, daß sie selbst und die Welt um sie herum sehr bürgerlich und schwer bewegbar geworden sind.

Die nächsten Opfer der großen Fernseh-Desillusion werden nun die „Glorreichen Fünf" selbst sein. Man will nicht mehr Stars sondern frische Gesichter vor die Kamera bringen.

Der Frühling grüßt mit einer Kaltfront

AP, **Frankfurt**

Der Frühling hält in diesem Jahr mit Regen und Kälte seinen Einzug. Gleichzeitig mit dem laut Kalender heute beginnenden Frühling wird nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach eine von der Nordsee kommende Kaltfront das Wetter im Bundesgebiet bestimmen. Sie wird im Flachland Regen und in den Alpen Schnee bringen. Die Temperaturen, die gestern in der Bundesrepublik zwischen sieben und elf Grad lagen, werden nach Ansicht der Meteorologen im Laufe der Woche noch um fünf Grad sinken.

Der erste Ansturm der Urlauber führte bereits an diesem Wochenende auf den Autobahnen in Richtung Süden zu Staus bis zu 30 Kilometer Länge, nachdem in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Osterferien begonnen haben.

Bei der ersten Oster-Reisewelle hatten die Hauptlast am Freitag und Samstag die Sauerland-Linie und die Autobahnen Kassel–Fulda–Würzburg sowie Nürnberg–München–Salzburg zu tragen. Bereits am Samstagvormittag war es im nordhessischen Raum im Bereich des Hattenbachdreiecks zu Staus von 10–12 Kilometer Länge gekommen.

Neuer Starttermin

AP, **Kap Canaveral**

Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa hat den 4. April als neuen Termin für den Jungfernflug der Raumfähre „Challenger" bekanntgegeben. Der ursprüngliche vorgesehene Termin vor zwei Monaten konnte wegen Triebwerksschäden nicht eingehalten werden.

Kind totgetreten

dpa, **Trier**

Unter dem Verdacht, ihr sieben Monate altes Kind durch Fußtritte getötet zu haben, wurde eine 37jährige Frau aus Trier verhaftet. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat die Mutter von drei weiteren Kindern inzwischen gestanden, im Januar 1980 das auf dem Boden liegende kranke Kleinkind getreten zu haben, weil es „immerfort schrie". Den in einen Müllsack verpackten Leichnam des Kindes versteckte die Frau. Vor zwei Wochen bat sie das Sozialamt ihr bei der Suche nach ihrem vermißten Kind zu helfen.

Dreibahn-Erfolg

AP, **Stuttgart**

Die erste dreibahnige Versuchsstrecke der Bundesrepublik hat sich in ihrer ersten, sieben Monate dauernden Testphase bewährt. Der Modellversuch auf der Bundesstraße 33 im Ortenaukreis hat nach einem wissenschaftlichen Zwischenbericht der Beratungsstelle für Schadensverhütung des HUK-Verbandes wesentliche Testziele erreicht. Nun soll der Versuch auf weitere geeignete Strecken übertragen werden. Dreibahnige Straßenabschnitte finden die Autofahrer bereits seit Jahren in Frankreich und Belgien.

Gericht erzwang Operation

dpa, **Ottawa**

Der sechsjährige, körperlich und geistig schwer behinderte Stephen Dawson aus Kanada ist auf gerichtliche Anordnung gegen den Willen seiner Eltern einer lebensnotwendigen Operation unterzogen worden. Der Oberste Gerichtshof der Provinz British Columbia ordnete den Eingriff an. Das Urteil war mit Spannung erwartet worden, weil die Eltern die Operation verweigert hatten. Ein untergeordnetes Gericht hatte ihnen zunächst das Sorgerecht und damit die Entscheidungsbefugnis für oder gegen die Operation zugesprochen.

ZU GUTER LETZT

„Der Bundestagspräsident hantiert fünf Jahre, und der Bundespräsident hat nur präservative Aufgaben." Aus dem Aufsatz eines 13jährigen Realschülers zum Thema „Bundestagswahl 1983".

Umbertos letzter Wunsch ging nicht in Erfüllung

Rückkehr des Exkönigs rückte zuletzt wieder in weite Ferne

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

In der Felduniform eines Marschalls von Italien ist der letzte italienische König, Umberto II., seit Samstag in der Abteikirche von Hauterhombe im französischen Hochsavoyen aufgebahrt. In dieser Abtei, die dem Hause Savoyen gehört, wird der in Genf verstorbene ehemalige Monarch zunächst auch beigesetzt werden.

Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten werden die Könige von Spanien und Belgien, Vertreter anderer regierender Königshäuser und die Spitzen des europäischen Hochadels erwartet. Umbertos Sohn Vittorio Emanuele, als neuer Chef des Hauses Savoyen jetzt Kronprätendent, antwortete auf die Frage eines Journalisten, was geschehen würde, wenn auch Staatspräsident Sandro Pertini zur Beerdigung käme: „Ich würde ihn unter die Familienangehörigen plazieren. Er bekäme den Ehrenplatz, der ihm zusteht. Er ist der Präsident einer Repubilik, das italienische Staatsoberhaupt."

Der Tod des „Maikönigs", der 1946 nach dem Thronverzicht seines Vaters nur einen Monat lang regierte – bis zum Verfassungsreferendum und der darauf folgenden Ausrufung der Republik –, hat einer in Rom eingeleiteten parlamentarischen Prozedur zur Verfassungsänderung die Dringlichkeit genommen. Es geht dabei um die Aufhebung jener Verfassungsbestimmung, die dem letzten König, seiner Frau und seinen männlichen Nachkommen das Betreten italienischen Territoriums verbietet. Unter dem Eindruck der schweren Krankheit Umbertos und seines Wunsches, die Heimat noch einmal wiederzusehen, war dieses Verfahren aus Erwägungen der Menschlichkeit vorangetrieben worden. Pertini hatte es voll unterstützt.

Da eine Verfassungsänderung in Italien von beiden Parlamentshäusern zweimal mit absoluter Mehreit gebilligt werden muß, hätte der Wunsch Umbertos frühestens in drei bis vier Monaten erfüllt werden können. Unter diesen Umständen waren vom christdemokratischen Justizminister Darida und von einigen Parteipolitikern Hypothesen für Ausnahmeregelungen ventiliert worden, die aber nicht mit der Verfassung zu vereinbaren gewesen wären.

Das stieß sofort auf den entschiedenen Widerstand starker Kräfte der Linken und belastete auch die anfänglich sehr guten Aussichten für eine ordnungsgemäße Änderung der Verfassung.

Jetzt haben sich die Dinge noch mehr kompliziert. In den Genuß einer Verfassungsänderung würde nicht mehr Umberto kommen, für den es in der Bevölkerung zumindest menschlich noch Sympathien gab, sondern sein Sohn Vittorio Emanuele. Dieser gilt nicht nur allgemein als arrogant, er hat sich auch durrh seine nächtliche Schießerei, bei der vor einigen Jahren auf Korsika der junge deutsche Arztsohn Dirk Hamer ums Leben kam, die letzten Sympathien verscherzt.

Zur Diskussion steht auch noch ein anderes Problem: Wo sollen Umberto und sein im ägyptischen Exil verstorbener Vater Viktor Emanuel III. definitiv beigesetzt werden? Das Haus Savoyen verlangt die Bestattung im römischen Pantheon an der Seite der anderen Könige von Italien. Die öffentliche Meinung ist in ihrer Mehrheit dagegen. Gegen die Überführung in die Familiengruft der Savoyer in Superga bei Turin hätte allerdings kaum jemand etwas einzuwenden.

Seine vorerst letzte Ruhe fand Italiens Ex-König Umberto in Frankreich. Gegen die Heimkehr des toten Monarchen gibt es allerdings nicht viel Widerstand. FOTO: AP

„Schöner Konsul" hinter häßlichen Gardinen

WERNER THOMAS, **Asuncion**

Mit dem süßen Leben des schönen Konsuls ist es vorerst vorbei. Hans Hermann Weyer sitzt seit dem Wochenende in einem paraguayischen Gefängnis, wo er auf die Entscheidung über einen neuen Auslieferungsantrag der Bundesrepublik warten muß. Es sieht so aus, als ob ihn die Regierung dieses südamerikanischen Landes diesmal abschieben möchte.

Ein früherer Auslieferungsantrag war im April 1981 von den Justizbehörden wegen angeblicher Verfahrensfehler abgelehnt worden. Nun hat Bonns Botschafter Walter Gröner erneut um die Festnahme Weyers ersucht. Sein Wunsch wurde prompt erfüllt. Gröner muß innerhalb von 30 Tagen einen neuen Auslieferungsantrag vorlegen.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Paraguay existiert kein Auslieferungsabkommen. Aus informierten Kreisen verlautete jedoch, daß die Regierung des Generals Alfredo Strössner den prominentesten Konsul in Paraguay loswerden will. Der vermutete Grund: Strössner, Sohn eines Bayern, möchte in diesem Jahr noch


Es wurde ernst: der „schöne Konsul" Hans Hermann Weyer
FOTO: SVEN SIMON

einmal das Land seiner Vorfahren besuchen.

Der wegen einer Reihe von Betrugsfällen gesuchte Weyer ist im Dezember 1980 nach Paraguay gekommen. Er lebte zunächst in der Provinzstadt Pedro Juan Caballero, dann in Asuncion. Der „schöne Konsul" betrieb auch in seiner Wahlheimat florierende Geschäfte. Er verkaufte Grundstücke und Appartementwohnungen und handelte mit deutschem Parfum. Ende vergangenen Jahres gründete er eine Firma, die sich auf deutsche Investitionen in Landwirtschafts- und Viehzuchtprojekten konzentrierte.

Auch in Asuncion ist Weyer seinem Gigolo-Ruf treugeblieben: Er erschien regelmäßig in den besten Restaurants und Nachtklubs mit den schönsten Frauen. (SAD)









Der Winter naht, wenn es soweit ist, mit Kontrasten: Die Linien bei Chloé (Zeichnung und Foto links) zeigen es deutlich im Vergleich zu Monatana (rechts)
ZEICHNUNGEN: MONIKA SCHNENKL / FOTOS: GAMMA/STUDIO X

An der Seine nehmen die Modemacher Abschied von ihrem Gleichschritt

CONSTANCE KNITTER, **Paris**

Das modische Paris bereitet sich auf einen langen Winter der Kontraste vor. Die Modemacher lassen die Rocksäume herunter und setzen auf eine extrem schmale und schlanke Linie. Pullover sind das Hauptthema der nächsten kalten Saison. Ob bei Karl Lagerfeld, bei Claude Montana oder bei Emanuel Ungaro: Ohne Pullis und Strick-Cardigans geht in den Prêt-à-porter-Kollektionen für den Winter 1983/84 nichts mehr.

„Die Zeit ist reif für Neues in der Mode", behauptet Yves Saint Laurent, der mehr als je zuvor für eine Mode des „Understatements" plädiert. Leichte Jersey-Tops, praktisch wie Polohemden, und weite, lange Stretch-Pullover, wie sie die Beat-Generation in den fünfziger Jahren liebte, sowie Hosen und weite lange Mäntel sind der Schlüssel zu der neuen lässig-sportlichen Modewelle von Paris. Wie auf Verabredung sagen die Pariser Couturiers und Kreateure der superfemininen französischen Eleganz adieu. Plötzlich huldigen sie dem „American way of life", den „easy going", so als wollten sie Kulturminister Jack Lang und seinem Donnerwetter gegen den „US-Imperialismus" ein Schnippchen schlagen.

Glaubt man Jacques Mouclier, dem Präsidenten der Pariser Modekammer, dann dürfen die meisten Pariser Modehäuser optimistisch sein. Trotz der italienischen Konkurrenz machten die 23 Couture-Häuser mit ihrer Boutique-Mode und allen ihren Accessoires letztes Jahr einen Umsatz von elf Milliarden Francs (3,85 Milliarden Mark).

Als Motor dieser Industrie kaum wegzudenken sind die Avantgardisten unter den Kreateuren: Karl Lagerfeld, Claude Montana, Thierry Mugler, Dietmar Sterling oder die Frauen Anne-Marie Beretta, Sonia Rykiel, Chantal Thomass und Dorothee Bis.

„Wir gehen einer Zeit der düsteren Frivolität entgegen", bemerkt Karl Lagerfeld. Der begabte Hamburger zeigte am Wochenende eine seiner besten „Chloé"-Kollektionen. „Bei mir ist alles scheinbar konstruiert. Die Modelle sehen aus, als seien sie zwei Nummern zu groß", verrät Lagerfeld. In Wirklichkeit ist Lagerfelds Silhouette schlank, rank und lang wie ein großes i. Die doppelsäumigen Röcke der Chloé-Strickensembles sind fast knöchellang. Kurze Pullis oder Cardigans werden über hüftlange Pullover gezogen. Dazu trägt man kurze Stiefeletten. Kostüme, siebenachtel- oder dreiviertellange doppelreihig geknöpfte Jacken mit Silberknöpfen und breiten Manschetten, die an Uniformen der Wiener Reitschule erinnern. Grau, schwarz, purpur, rost und anthrazit erzeugen eine Lagerfeldsche Düsternis. Seine langen schmalen Abendkleider im Stil der dreißiger Jahre sind mit Diamanten und Straß bestickt.

Platz den Kontrasten bei Claude Montana, wo die Frau zwei Gesichter wie die Garbo hat: Sportlich am Tag und reizend charmant zur Nacht. Wie die ersten Automobilisten zu Beginn des Jahrhunderts oder wie Sportflieger marschierten bei Montana die Mädchen in Lederkostümen auf Lammfell gefüttert, in Pilotenjacken und Lederkappen oder in langen, weiten Pelzmänteln über den Laufsteg. Die knöchellangen, schmalen Röcke haben hinten tiefe Kellerfalten. Hemdblusen, Krawatten und kleine Herrenhüte gehören zu sehr maskulinen Kostümen. Man könnte meinen, die Mädchen hätten jetzt das Sagen in der Unterwelt. Für die Nacht zeigte Montana lauter schwarze Lolitas in schwarzen Frisiermänteln und schwarzer Reizwäsche.

Thierry Mugler liebt es melodramatisch. Seine Mädchen erinnern an Wotans Töchter. Sie tragen enge lange Wildlederröcke, hinten geknöpft. Tweedjacken mit breiten Ledergürteln, karierte Overalls mit breiten Schulterpartien oder lange drapierte Plüschmäntel über blutroten drapierten Samtkleidern. Bei Chantal Thomass gab es schöne Marabout-Mäntel. Über graue Jersey-Pullis zog die Modemacherin, die die schönste Unterwäsche von Paris entwirft, ihren Mädchen graue Stäbchencorsagen aus Flanell. Diese Anspielung auf die „femme objet" wird bei Frankreichs Frauenrechtlerinnen kaum Gefallen finden. (SAD)

WETTER: Unbeständig

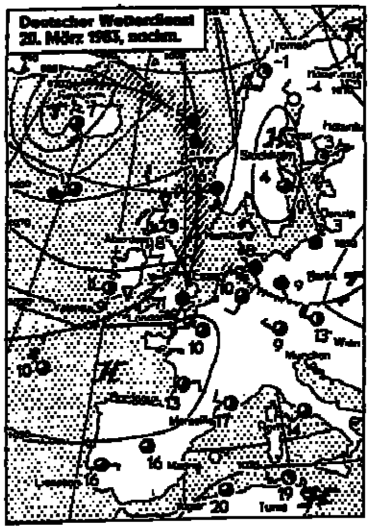
Wetterlage: Ein Tiefausläufer überquert Deutschland, hinter ihm fließt zunächst noch milde, später kühlere Meeresluft nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Montag

Süden und Osten: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, in Hochlagen über 1200 m Schneefall. Im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen um 10 Grad, in den Alpen in 2000 m Höhe leichter Frost. Nächtliche Tiefsttemperaturen 6 bis 2 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Südwest.

Norden und Westen: Bei wechselnder Bewolkung einzelne Schauer. Am Abend und in der Nacht von Westen her Eintrübung und nachfolgend Regen. Höchsttemperaturen 8 bis 12 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 5 Grad. Mäßiger, im Norden frischer bis starker Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten für Dienstag: Kühles Schauerwetter.



Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	23°
Bonn	11°	Kopenh.	5°
Dresden	9°	Las Palmas	19°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	12°	Madrid	16°
Hamburg	8°	Mailand	16°
List/Sylt	5°	Mallorca	17°
München	9°	Moskau	2°
Stuttgart	10°	Nizza	14°
Algier	20°	Oslo	1°
Amsterdam	10°	Paris	10°
Athen	17°	Prag	9°
Barcelona	18°	Rom	14°
Brüssel	9°	Stockholm	4°
Budapest	12°	Tel Aviv	22°
Bukarest	11°	Tunis	19°
Helsinki	3°	Wien	13°
Istanbul	8°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.22 Uhr, **Untergang:** 18.37 Uhr, **Mondaufgang:** 10.34 Uhr, **Untergang:** 2.38 Uhr
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Besuch zu Hause wurde Petra zum Verhängnis

Wie die Sekretärin eines Fliegerhorsts sich eine Anklage wegen „landesverräterischer Ausspähung" einhandelte

PETER SCHMALZ, **München**

Bei Alarmübungen im Fliegerhorst Memmingen wählte die Vorzimmerdame des Kommandeurs eine Telefonnummer in Dresden und sagte einem fremden Mann: „Hier ist Petra, die Oma liegt im Krankenhaus." Petra sitzt nun wegen „landesverräterischer Ausspähung" auf der Anklagebank der 3. Strafkammer des Bayerischen Obersten Landesgerichts: Hinter dem Decknamen verbirgt sich die 42jährige Sekretärin Ingeborg Behnisch, der ein Besuch in ihrer Geburtsstadt Bautzen zum Verhängnis geworden ist.

1954 war sie nach ihrer Schulzeit in den Westen gekommen, hatte hier und da gearbeitet und dann 1970 bei der Bundeswehr unterschrieben. Im Jahr darauf wurde sie Sekretärin im Vorzimmer des Kommandeurs des Fliegerhorsts Memmingerberg, Standort des Jagdbombergeschwaders 34.

Die Gründe liegen im dunkel, warum die blasse, aber doch attraktive Frau 26 Jahre nach ihrer Flucht 1980 von Sehnsucht nach einem Besuch in ihre frühere Heimat erfaßt wurde. Womöglich sind ihre Lebensumstände ein Schlüssel zum Verhängnis. Die Ehe war gescheitert, die inzwischen 17jährige Tochter fast erwachsen, der neue Freund soviel jünger, daß von einer Heirat keine Rede war. Und dazu fand sie in ihrer Arbeit in der Kommandatur keine Befriedigung mehr und hatte sich schon mehrfach um eine Versetzung bemüht. Das könnte der psychologische Hintergrund sein, vor dem der Wunsch entstanden ist, die Erinnerungen der Jugend aufzufrischen.

Der feste Wille, ja sogar nur der Gedanke daran, durch die Reise in die Laufbahn einer Mata Hari einzusteigen, erscheint bei dieser Frau abwegig. Ihr fehlt dazu nicht nur die nötige Portion an Kaltblütigkeit und Gewitztheit, auch die Nerven scheinen bei ihr nicht im mindesten für die Belastungen einer solchen Untergrundkarriere geeignet zu sein. Schon vor ihrer ersten „DDR"-Reise fühlte sie sich verfolgt. „Sie bat mich nach dem Nachhausekommen sogar mehrmals, bei mir auf der Straßenseite aus dem Fenster schauen zu dürfen, weil sie sich verfolgt fühlte", erzählt eine Nachbarin als Zeugin vor Gericht. Und ihr Freund berichtet von zwei Sicherheitsschlössern an der Wohnungstür, ja selbst das Schlafzimmer wurde nachts verschlossen.

Welches Motiv auch immer den Anstoß zu der ersten Reise gab, der im Januar 1982 eine zweite folgte, der „DDR"-Staatssicherheitsdienst nutzte die Gelegenheit. Arglos scheint Ingeborg Behnisch über die deutsch-deutsche Grenze gefahren zu sein. Sie war für die Sicherheitsstufe 1 geprüft und hatte die Reise ordnungsgemäß angemeldet. Im Fliegerhorst hatte es keine Einwände gegeben. „Ich hatte eigentlich Bedenken", berichtet sie jetzt als Angeklagte, „aber ich wurde geradezu ermuntert zu fahren".

Die „DDR"-Agenten gingen vorsichtig ans Werk. Die Frau aus dem Westen lernte den Ehemann ihrer Schulfreundin Sigrid kennen, einen angeblichen Bauingenieur namens Lothar. Zwischen der ersten und der zweiten Reise tauchte Lothar zweimal in Memmingen und in München auf, traf die Sekretärin jedoch nie an. Eine Zeugin erinnert sich: „Ein ausgesprochen elegant gekleideter Herr. Wie aus dem Ei gepellt."

Spätestens bei der zweiten Reise schnappte die Falle zu. Ehemann Lothar brachte eines Abends einen gewissen Klaus mit, der sich als Staatssicherheitsmann entpuppte und rasch zur Sache kam. Frau Behnisch vor Gericht: „Plötzlich legte er eine handgezeichnete Skizze vom Fliegerhorst auf den Tisch. Da bin ich erschrocken."

Ob der Plan korrekt ist, wollte Klaus wissen, ob in Memmingerberg Atommunition der Amerikaner gelagert ist, wie die Alarmpläne und wie die Tornadoausrüstung aussehen. Als Lockmittel reichte er ihr 1000 Mark und drohte ihr, er habe sie in der Hand. Die Angeklagte: „Ich hatte furchtbare Angst."

Sie gesteht, sich für die Durchgabe der Alarmpläne an eine konspirative Telefonnummer in Dresden bereit erklärt zu haben, sie habe dort nur einmal aus Neugierde angerufen, der Hörer sei aber nicht abgehoben worden. In ihrer Wohnung wurde allerdings auch eine Gitternetzkarte des Fliegerhorstes gefunden. Für das Gericht ist dies der wichtigste „stumme Zeuge" in diesem Prozeß. Ingeborg Behnisch gibt zwar an, sie habe die Karte nur aus Angst vor einer Verschleppung mitgenommen, um sie im Notfall vorzeigen zu können. Die auf mehrere Wochen angesetzte Verhandlung wird zeigen, ob das Gericht ihr glaubt. Denn immerhin hat sie ihrer Freundin in Bautzen in einem Brief mitgeteilt, sie habe „was Hübsches".